

Internationale Öffentliche Friedenskonferenz 2006

München 3. - 5. 2. 2006

Beiträge und Texte von der Konferenz „Friedensprozesse - Erfahrungen und Hoffnungen“

u. a. von:

Roswitha Jarman
Dieter Wenderlein
Emanuel Matondo
Hans-Peter Dürr
Hep Monatzeder
Katajun Amirpur
Mohssen Massarat
Andreas Zumach
Clemens Ronnefeldt



**FRIEDEN UND GERECHTIGKEIT
GESTALTEN - NEIN ZUM KRIEG**

Impressum:

Dokumentation der Internationalen und öffentlichen Friedenskonferenz München „Frieden und Gerechtigkeit gestalten – Nein zum Krieg“ München, 3.2. – 5.2. 2006

Herausgegeben vom Helmut-Michael-Vogel Bildungswerk der DFG-VK Bayern mit Unterstützung des Kreisjugendrings München

Eigendruck im Selbstverlag, ViSdP: Thomas Rödl, c/o DFG-VK, Schwanthalerstr. 133 80339 München

Redaktion: Thomas Rödl, Heinz Staudacher

Zusammenfassung der Vorträge, Abschriften vom Tonträger und Textbearbeitungen: Johanna Pfeffer, Peter Voß, Sabine Hahn, Gudrun Schneeweiß, Klaus Mittlmeier, Jutta Eble

Umschlag: Heinz Staudacher

Layout: Werner Bergheim
gesetzt aus Charis SIL und Pigiarniq

Bildmaterial: Rebecca Krause, Stefan Philipp

Unser Dank gilt allen, die uns bei der Ausrichtung der Konferenz unterstützt und ermuntert haben. Besonderer Dank gilt den ReferentInnen, der musikalischen Unterstützung durch Klaus Kreuzeder, den Trägerorganisationen, der Stadt München und allen HelferInnen.

Trägerkreis (weitere Informationen Seite 67 bis 70)

- Deutsche Friedens Gesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Landesverband Bayern
- Friedensinitiative Christen in der Region München e.V.
- Internationaler Versöhnungsbund e.V.
- Pax Christi München
- NaturwissenschaftlerInneninitiative Verantwortung für Friedens- und Zukunftsfähigkeit
- Kreisjugendring München
- Netzwerk Friedenssteuer Region Bayern

Die Organisation erfolgte in Zusammenarbeit mit dem Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerk der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Landesverband Bayern sowie mit der freundlichen Unterstützung des Kulturreferates der Landeshauptstadt München.

Inhaltsverzeichnis

Impressum/Trägerkreis	2
Aufruf	4
Internationales Forum: „Friedensprozesse – Erfahrungen und Hoffnungen“	5
Grußwort der Stadt München Hep Monatzeder	6
Grußwort des Schirmherrn Hans-Peter Dürr	7
Einführung Clemens Ronnefeldt	10
Frieden Schaffen in Afrika am Beispiel Mozambique Dieter Wenderlein	11
Versöhnungs- und Vermittlungsarbeit im Kaukasus Roswitha Jarman	15
Das andere Afrika: Widerstand gegen Krieg, Korruption und Unterdrückung Emanuel Matondo	21
Ausblick Clemens Ronnefeldt	26
Berichte aus den Diskussionsforen	
Region Mozambique mit Dieter Wenderlein	28
Region Kaukasus mit Roswitha Jarman	29
Region Angola/Kongo mit Emanuel Matondo	30
Berichte aus den Workshops	
Kampagne Schritte zur Abrüstung mit Thomas Rödl	32
Chancen für einen Friedensprozess in Tschetschenien mit Imran Escheev	34
Podiumsdiskussion: „Wie ist der Krieg gegen den Iran abwendbar?“	36 - 49
Katajun Amirpur	37
Mohssen Massarat	40
Andreas Zumach	43
Appell an Kofi Annan	50
Anhang	
Zu den ReferentInnen	51 - 61
Presseecho	62 - 66
Informationen zu den Trägerorganisationen	67 - 70

Aufruf

Auch in diesem Jahr treffen sich Politiker, Vertreter des Militärs und der Rüstungsindustrie wieder in München zur „Internationalen Konferenz für Sicherheitspolitik“. Es wird, wie in den letzten Jahren, vermutlich wieder ein „Sicherheits“-Konzept vorgestellt, das auf Androhung und letztlich auch auf Anwendung von militärischer Gewalt beruht. Diese „Sicherheits“-Konzepte können – wie die Kriege gegen Serbien/Montenegro, Afghanistan und Irak gezeigt haben – die Sicherheit der Menschen nicht gewährleisten. Die Berichte aus den genannten Ländern belegen dies.

Die Militarisierung der europäischen Außenpolitik, wie sie in der EU-Verfassung festgeschrieben werden sollte, entspricht ganz der Logik dieses „Sicherheits“-Konzeptes. Eine solche Politik birgt die Gefahr, dass es beim Kampf um Interessenssphären und Ressourcen zu einem verschärften Rüstungswettlauf – selbst mit dem NATO-Partner USA – kommen wird.

Die Friedensbewegung nimmt die „Sicherheits“-Konferenz zum Anlass, gegen Krieg und Kriegsvorbereitung zu protestieren und eine Sicherheitspolitik einzufordern, die sich nicht mehr über militärisches Planen und Handeln definiert.

Unsere öffentliche Friedenskonferenz mit internationaler Beteiligung soll die Kritik an der bestehenden Kriegspolitik ausdrücken und Konzepte für Frieden, Abrüstung und Konfliktbearbeitung öffentlichkeitswirksam vorstellen. Sie soll zeigen, dass Krieg Probleme immer nur verschärft und auch die Gefahren durch den „internationalen Terrorismus“ erhöht, wie uns die jüngste Vergangenheit drastisch vor Augen geführt hat.

Konzepte für zivile Konfliktbearbeitung und friedliche Entwicklung sind vorhanden. Die für zivile Konfliktbearbeitung bereitgestellten Mittel decken allerdings nicht annähernd den nötigen Bedarf.

Frieden und Sicherheit erwachsen aus Interessensausgleich und Gerechtigkeit. Der Einsatz für politische und soziale Gerechtigkeit sowie für die Erhaltung der Umwelt ist natürlicher Bestandteil der Friedensarbeit.

Die starke Beteiligung an den Veranstaltungen zur „Internationalen Friedenskonferenz“ der letzten Jahre hat uns gezeigt, dass ein großes Interesse besteht, sich mit Chancen und Möglichkeiten einer kooperativen Politik auseinander zu setzen und Alternativen zu einer auf Machtstreben und Gewalt basierenden Politik kennen zu lernen.

Die öffentliche Friedenskonferenz soll der Entwicklung einer anderen politischen Kultur und deshalb auch der Vernetzung der internationalen Friedens- und Sozialbewegungen dienen.

Mit dem diesjährigen Thema „Friedensprozesse- Erfahrungen und Hoffnungen“

soll darauf hingewiesen werden, wie sich verschiedene Menschen und Gruppierungen mit gewaltfreien Mitteln für Versöhnung, Verständigung und Kriegsverhinderung einsetzen. Wir wünschen uns, dass die Öffentlichkeit verstärkt Notiz nimmt von Friedensprozessen, die ja konkret zu beobachten sind.

Die „Münchner Friedenskonferenz 2006“ will deshalb an drei ausgewählten Beispielen zeigen, wie Friedenspolitik mit gewaltfreien Mitteln aussehen kann.



Internationales Forum

Friedensprozesse – Erfahrungen und Hoffnungen

Einführung

Auszüge aus der Einführung von Clemens Ronnefeldt, der als Moderator durch den Abend geleitet hat. Er ist seit 15 Jahren als Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes tätig und hat in dieser Zeit an zahlreichen Friedensmissionen im ehemaligen Jugoslawien, in Israel und Palästina, Syrien und Libanon, zuletzt im Dezember 2005 im Iran teilgenommen.

Die diesjährige Friedenskonferenz mit dem Motto „Frieden und Gerechtigkeit gestalten – Nein zum Krieg“ wird ermöglicht durch zahlreiche Einzelunterstützerinnen und Unterstützer sowie einem Trägerkreis von Organisationen (s.S. 67-70), die sich heute Abend auch mit Informationstischen vorstellen.

Allen, die zum Zustandekommen dieses Abends wie auch des morgigen Tages beigetragen haben, möchte ich an dieser Stelle bereits einen herzlichen Dank sagen.

Es ist mir eine Ehre und Freude zugleich, Sie heute Abend durch das Programm zu führen.

Besonders begrüßen möchte ich die Referentin und Referenten des heutigen Abends, Frau Roswitha Jarman, Herrn Dieter Wenderlein und

Herrn Emanuel Matondo, die ich Ihnen später noch näher vorstellen werde.

Damit sich nach den einzelnen Beiträgen das Gehörte besser setzen kann und gleichzeitig Kopf, Herz und Bauch neu geöffnet werden, haben wir einen der weltbesten Saxophonisten eingeladen: Klaus Kreuzeder, dem wir ebenfalls sehr herzlich für sein Kommen und seine Musik danken.

Herrn Professor Hans-Peter Dürr gilt unser Dank für die Schirmherrschaft der heutigen Veranstaltung. Er wird

ein Grußwort an uns richten.

Wir freuen uns, dass der Oberbürgermeister der Stadt München, Christian Ude, dem weltweiten Netzwerk der „Bürgermeister für den Frieden“ beigetreten ist, die die Abschaffung aller Atomwaffen bis zum Jahre 2020 einfordern.

Als ersten Gast möchte ich nun den 3. Bürgermeister der Landeshauptstadt München Hep Monatzeder bitten, ein Grußwort der Stadt München an uns zu richten. Auch ihm gilt unser herzlicher Dank.



Grußworte

Hep Monatzeder

3. Bürgermeister der Landeshauptstadt München:

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Im Namen der Landeshauptstadt München darf ich Sie sehr herzlich zur Internationalen Friedenskonferenz, der meiner Meinung nach eigentlichen Sicherheitskonferenz, in unserer Stadt begrüßen. Ich sage „eigentliche Sicherheitskonferenz“, weil im Mittelpunkt der von Herrn Teltschik veranstalteten Sicherheitskonferenz einmal wieder nicht langfristige Sicherheit für möglichst viele Menschen im globalen Maßstab stehen wird. Nebenan beim Treffen der NATO-Staaten und der Rüstungsindustrie wird es wie immer darum gehen, Einflussphären einiger weniger Staaten abzusichern und die Androhung militärischer Gewalt als Allheilmittel zur Lösung von Konflikten hoch zu stilisieren.

Um wessen Sicherheit geht es? Diese Frage müssen sich verantwortliche Politikerinnen und Politiker endlich stellen. Die Sicherheit der Menschen und Familien im Irak wurde jedenfalls durch den Krieg der führenden „Sicherheitsnation“ nicht verbessert. Erst der Krieg hat dieses Land zum vielleicht unsichersten Land dieser Welt gemacht und unsägliches Leid über hunderttausende von Menschen gebracht.

Es ist auch – leider – nicht nur die derzeitige USA-Regierung, die von einem falschen, ja pervertierten Sicherheitsbegriff ausgeht. Der französische Präsident hält den Einsatz von Atomwaffen gegen Terror-Regime durchaus für legitim und angebracht. In welcher Welt leben wir eigentlich, wenn ein führender europäischer Politiker ungestraft den Einsatz der Atombombe andro-

hen darf und damit Kriege bislang ungekannten Ausmaßes in Aussicht stellt? Und in welchem Land leben wir, wenn wir in der Zeitung vor drei Wochen wörtlich lesen dürfen: „Bundeskanzlerin Merkel unterstützt die Atomdrohung Chiracs“?

Die Welt soll sicherer gemacht werden. Aber wer Augen hat zu sehen, der sieht, dass diese Damen und Herren die Welt unsicherer machen, und dass sie sogar vor dem letzten Tabubruch nicht mehr zurück schrecken und selbst einen atomaren Flächenbrand in Kauf nehmen.

Es gibt Terror auf dieser Welt, und dieser Terror muss bekämpft werden; denn diesem Terror fallen unschuldige Menschen zum Opfer. Darüber sind wir uns alle einig. Wenn Terror aber mit Krieg oder der Androhung von Krieg beantwortet wird – siehe Irak und siehe die Atomdrohung Chiracs – dann werden letztendlich nur neue Kreisläufe des Terrors entfacht. Die eigentlichen Probleme werden verschärft, aber um die Ursachen kümmert man sich nicht.

Es führt kein Weg an der Tatsache vorbei. Terror speist sich aus Erniedrigung, aus Perspektivlosigkeit, aus der Erfahrung von Ohnmacht und Gewalt. Hier und nur hier liegt der Ansatzpunkt zur effektiven Bekämpfung von Terror. Die Lebensverhältnisse der Menschen im weitaus größten Teil dieser Welt erträglicher, menschenwürdiger und sicherer zu machen, zivile Konfliktlösungen zu entwickeln und nach Wegen zu suchen, diese auch einzusetzen. Das



müsste im Mittelpunkt einer jeden Sicherheitskonferenz stehen, die diesen Namen führen will.

Ich freue mich, dass ich auch in diesem Jahr wieder die Internationale Friedenskonferenz eröffnen darf. Sie stellt diese elementaren Fragen in den Mittelpunkt und erarbeitet Alternativen zur überkommenen und letztendlich gescheiterten Sicherheitspolitik.

Frieden und Gerechtigkeit können nicht herbei gebombt werden, sondern sie müssen gestaltet werden, ganz wie es das Motto dieser Konferenz hier zum Ausdruck bringt. Natürlich haben Sie und haben wir noch nicht alle konkreten Antworten für die aktuellen und zukünftigen Konflikte dieser Welt gefunden. Aber hier werden zumindest die richtigen Fragen gestellt – während ich der offiziellen Konferenz nur bescheiden kann: Erneut Thema verfehlt!

In diesem Sinne bedanke ich mich noch einmal, dass so viele von Ihnen zu dieser Alternativ-Veranstaltung gekommen sind. Ich bedanke mich bei den Veranstaltern für das anspruchsvolle Programm. Und ich wünsche Ihnen allen spannende Diskussionen.

Hans-Peter Dürr

Schirmherr der Friedenskonferenz

Abschrift vom Band: Gudrun Schneeweiß

Liebe Friedensfreundinnen und liebe Friedensfreunde!

Auch ich möchte Sie ganz herzlich begrüßen zu diesem internationalen Forum des internationalen öffentlichen Friedenskongresses und ich freue mich sehr, dass Sie in so großer Zahl erschienen sind.

Wir sind auch der Stadtverwaltung sehr dankbar – das möchte ich auch an den Oberbürgermeister Ude weitergeben und das möchte ich auch dem Bürgermeister Hep Monatzeder sagen, dass wir sehr glücklich darüber waren, - dass wir wieder diesen schönen altehrwürdigen Festsaal der Stadt zu dieser Veranstaltung benutzen dürfen. Es ist atmosphärisch einfach wunderbar.

Das Thema der Friedenskonferenz ist ja ein Doppeltes: Frieden und Gerechtigkeit gestalten auf der einen Seite und Nein zum Krieg. Ein Ja am Anfang, aber auch ein Nein danach.

Diese Konferenz ist zeitgleich, wie Sie wissen, – und ganz bewusst zeitgleich – mit der 42. Sicherheitskonferenz, die heute auch noch den Untertitel hat wie letztes Jahr: „Friede durch Dialog“, die jetzt im Bayerischen Hof stattfindet, nur einige Häuserblöcke weiter. Die Nachfolgekonferenz von den früheren Nato-Wehrkundetagungen, an die sich einige noch erinnern, die um 1964 hier begonnen haben. Grob betrachtet – und das fragen mich die Journalisten auch immer „Was ist der Unterschied? Können Sie nicht mit einverstanden sein, was sie gefordert haben?“ – „internationale Sicherheitskonferenz“ und dann noch den Untertitel „Frieden durch Dialog“. Eigentlich eine Gemeinheit. Es ist uns gestohlen worden. Es ist unser Slogan gewesen: „Frieden durch Dialog“.

Der Dialog ist doch genau das, was wir vorantreiben wollten. Aber es gehört einfach dazu heute, diese schönen Ausdrücke, die wir brauchen zu unserer eigenen Orientierung, die dann auch auf einmal in einem anderen Kontext wieder eingebaut werden. Und das kann man sehr wohl nachlesen bei Orwell, das nenne ich „new speak“, auf diese Weise zu vertuschen, dass wir eigentlich etwas ganz anderes damit meinen. Sie wissen, das ist doch dasselbe geworden mit dem Wort Globalisierung, was wir „eine Welt“ nannten, und was ist draus geworden? In der Globalisierung ist etwas, was wir auch ablehnen müssen, weil es missbraucht wurde.

Wir sind in diesem Sinne keine „Gegenveranstaltung“, wenn ich nur den Titel nehme, aber wir sind ganz bestimmt verschieden, wenn wir etwas nachsehen, was wir eigentlich damit meinen. Wir unterscheiden uns ganz wesentlich in den Inhalten, wir betonen anders, wir sprechen von Gerechtigkeit für alle, das ist bei uns ganz am Anfang, die anderen sagen Sicherheit. Für wen? Für die, die jetzt hinter den Mauern zusammensitzen, oder Sicherheit für die, die wir alle außerhalb sind? Darum geht es doch. Aber das wird nicht klar, das wird nicht weiter definiert, wie es ist. Wir sind öffentlich, sie tagen im Geheimen. Wir beide wollen Frieden durch Dialog, aber wir haben den verbindlichen Dialog, in dem wir uns austauschen und das Gemeinsame herauszufinden versuchen, was der einzelne, der andere meint. Und wir meinen nicht den hierarchischen Dialog, wo einer das Problem definiert und die anderen müssen es abnehmen, sie müssen einfach dem folgen. Wir sind Vertreter der Zivilgesellschaft, wir glauben, wir sind in dem Sinne mehr legitimiert, für die Menschen zu sprechen im großen und ganzen, obwohl wir es nicht abgezählt haben, aber wir brauchen uns nur zu unterhalten mit den Menschen und Sie werden sehen, sie wollen alle den Frieden und sie wollen nicht das, was im Augenblick passiert und was diese andere Gruppe repräsentiert. Wir wissen gar nicht, wer sie ist. Ist



es die Rüstungslobby? Oder sind es einfach die heutigen Repräsentanten der Macht, wie auch immer, ob sie sich politisch legitimiert fühlen oder sich legitimiert fühlen, weil sie das meiste Geld haben, oder weil sie die größte Zerstörungsmacht der Welt darstellen. Das ist unser Problem heute.

Die Friedenskonferenz hat die beiden Aspekte, Frieden und Gerechtigkeit gestalten und dann Nein zum Krieg. Wir sind alle enttäuscht, dass wir wieder den zweiten Punkt heute betrachten müssen. Ich habe angenommen, nachdem wir den Irak-Krieg vor drei Jahren auf dieselbe Weise besprochen haben und nicht durchgekommen sind, dass wir heute doch ganz klar doch die Folgen davon sehen, dass es nicht mehr notwendig sein wird, jemals darüber zu sprechen, warum Krieg eigentlich notwendig ist, dass wir nochmals sagen müssen „Nein zum Krieg“. Und wieder sind wir in der Situation, dass wir hier jetzt darüber sprechen müssen, und dass wir uns nicht konzentrieren können auf das, was uns mehr interessiert, nämlich, Frieden und Gerechtigkeit gestalten, was ja auch der Inhalt ist dieses Forums, denn diesmal wollten wir uns darauf konzentrieren, nicht das Kriegsthema als Hauptthema zu nehmen, sondern wir haben uns auch Gedanken darüber gemacht, wie es anders gehen könnte. Und das ist auch unsere Aufgabe und nicht nur zu sagen, wir wollen das andere nicht, sondern dass wir auch formu-

lieren können, was wir eigentlich wollen und wie wir es können und wie wir unsere ganze Zeit benützen, das auszuformulieren und es auch immer wieder an die Öffentlichkeit zu bringen. Das ist, was wir eigentlich vor Augen haben.

Iran, wieder dieselbe Situation wie vor drei Jahren, nur hieß es damals Irak, nur ein Buchstabe ausgewechselt und wieder derselbe Schwindel am Anfang! Erinnern Sie sich noch? „Massenvernichtungswaffen“, dies sei die eigentliche Bedrohung der westlichen Welt und dies fordere uns dazu auf präventive Kriege zu führen, wir sollten doch nicht warten bis diese „Schurken“ mit ihren Massenvernichtungswaffen über den Westen herziehen. Und was ist heute? Wir reden eben wieder über Massenvernichtungswaffen - nicht so direkt -, über die Möglichkeit, dass der Iran eine Uranbombe baut. Ja, sie reichern Uran an, Uran 235, „diese Schurken“. Anreicherung von Uran ist erlaubt. Wer heute Kernkraftwerke betreibt, betreibt sie nicht mehr mit Natururan, weil Natururan nur zu 0,7 % Uran 235 enthält. Es ist einfacher einen Kernreaktor zu bauen, wenn man das Uran anreichert, bis zu 20 %. Wenn jemand ein Kernkraftwerk bauen will, warum lässt man ihn nicht das Uran anreichern? Das ist nicht verboten aufgrund des Nichtverbreitungsvertrages. Aber jetzt auf einmal, wenn es ein „Schurke“ macht, dann muss man es verbieten, denn er kann ja am Ende auch eine Bombe bauen. Ja, ich untertreibe nicht. Ich als Kernphysiker weiß noch viel besser, warum das ein ganz gefährliches Geschäft ist, diese Atombomben. Aber warum lügt man uns an? Warum sagt man nicht, dass alle Kernkraftwerke, die für zivile Zwecke gebaut werden, jedes Jahr 70 Tonnen Plutonium produzieren in ihrem Abfall? 70 Tonnen! Für eine Nagasaki-Bombe brauche ich nur 8 kg, d.h. ich stelle das Material bereit für 10 000 Nagasaki-Bomben, wenn ich diesen Abfall aufbereiten würde. Warum fordert man nicht, dass alle Kernkraftwerke sofort abgestellt werden, dass diese Quelle eben verschwindet?

Ich möchte die Atombombengefahr nicht verkleinern, nun, ich finde es wirklich gefährlich, aber ich finde es gefährlich, wenn jemand behauptet, ich habe das Recht, einen Atomkrieg anzufangen, einfach so, präventiv, davor habe ich Angst. Ich habe Angst davor, wenn jemand sagt, wir werden Atomwaffen nicht nur gegen Atomwaffenstaaten anwenden, sondern auch gegen Staaten, die keine Atomwaffen haben. Davor habe ich Angst, denn es gibt sehr viele von diesen Staaten. Was soll das eigentlich? Ich habe Angst, wenn Leute über Kernwaffen so leichtsinnig sprechen wie Chirac, dass er sagt: „Selbstverständlich, wir haben sie ja, und wir werden sie auch anwenden selbst durch einen Ersteinsatz, wenn der andere es nicht machen kann.“ Dann sagt auch noch eine Angela Merkel: „Ja, ja, das haben wir immer schon gewusst, dass das so ist.“ Als ob das das natürlichste in der Welt ist! Oder ein Rupert Scholz, der sagt, „Ja, dann müsste auch Deutschland seine eigenen Atomwaffen haben. Wie sollte es sich schützen?“

Jetzt sind wir wieder dort angekommen, was wir eigentlich vermeiden wollten, dass die Leute sagen, ich muss Atomwaffen selber entwickeln, damit ich mich schützen kann, von diesen, die Atomwaffen haben, angegriffen zu werden. Das ist doch die Situation. Dieser Schwindel kommt hier wieder durch. Ich verstehe nicht den iranischen Präsidenten, der so Reden führt, dass er so über Israel redet, und ich würde ihm verbieten, so zu reden. Aber ich würde auch es jedem anderen Staatsoberhaupt verbieten, so über andere zu sprechen.

Das Nein zum Krieg: Ich frage mich, wer mit gesundem Menschenverstand und wer einen minimalen Sinn für Menschenrechte und vielleicht auch noch für Ehrfurcht vor dem Leben auf unserer Erde hat, kommt dazu, dass er noch nicht genügend Beweise hat, dass Krieg keine Möglichkeit mehr darstellt, Konflikte zu lösen, Konflikte zu bearbeiten. Er ist unbrauchbar, er treibt uns in eine Eskalation hinein, und muss deshalb schlicht und einfach verbannt werden als eine

Möglichkeit, auch nicht als „ultima Ratio“, wie man immer sagt: „Ja, wenn mir nicht anderes übrig bleibt, dann muss ich es machen.“ Warum denn, wenn es auch nicht funktioniert. Wenn das eine nicht funktioniert, warum muss ich auch noch das andere machen, auf diese Weise können wir uns hier von dieser Erde verabschieden. Das hat Albert Einstein schon vor 60 Jahren gesagt und ist todunglücklich gewesen, dass keiner darauf gehört hat. Es liegt auch daran, dass Krieg nicht mehr Krieg ist, was man darunter früher verstanden hat. Krieg müssten wir eigentlich Massaker nennen. Wir müssten ihn eigentlich auch puren Terror nennen. Wenn Sie eine Bombe abwerfen aus großer Höhe und sagen, dass dabei hundert Tausende Menschen zu Grunde gehen, ist das Terror, weil es nur einer vielleicht verdient hat, von dieser Bombe erwischt zu werden, aber die Hunderttausend weniger eins sind nicht davon betroffen, das ist doch Terror. Auf diese Weise kommt der Terror in die Welt herein.

Ich frage mich, was geht in den Menschen vor, die das immer noch nicht begriffen haben. Ist es Bosheit? Vielleicht ist es nicht einmal Bosheit, sondern sie haben einen Nutzen davon. Aber das sind doch nur ein paar. Ist es Dummheit? Ich kann mir nicht vorstellen, dass es so viele dumme Menschen gibt. Aber es könnte sein, dass ihre Wahrnehmung es nicht mehr zulässt, das, worüber sie sprechen, auch noch zu sehen, weil sie von soviel Information überschwemmt werden.

Wir brauchen eine andere Möglichkeit, um den Krieg wirklich unmöglich zu machen. Das ist eine richtige Aussage. Und warum fangen wir nicht heute an? Wir brauchen eine andere Möglichkeit, Kriege zu verhindern, Konflikte zu entschärfen. Johannes Rau hat mit Recht gesagt: „Friede ist der Ernstfall, nicht der Krieg. Der Krieg ist schon die Katastrophe.“

Wir werden immer wieder aufgerufen als Friedensgruppe: Was macht ihr jetzt. Wir haben hier jetzt einen

Fall, den wir nicht lösen können. Warum seid ihr auf einmal so still? Warum? Weil die Katastrophe eingetreten ist, vor der wir immer gewarnt haben. Dann können wir es auch nicht reparieren. Der Friede ist der Ernstfall, bevor ich in diese Situation komme, muss ich etwas machen und jetzt anfangen, noch im Frieden, bevor es zu spät ist und wir müssen hier Methoden entwickeln, um das zu verhindern, und das fängt schon viel früher an. Und dazu gehört auch folgendes: Auch die Drohung mit Gewalt ist schon ein Auslöser von Gewalt, sie ist schon Terror und muss verboten werden. Und es ist nicht nur die Drohung mit militärischer Gewalt, es ist auch die strukturelle Gewalt, die auf die Mehrzahl dieser Menschen ausgeübt wird durch ein Finanzsystem, das absolut nicht funktioniert, das den Menschen Schwierigkeiten bereitet. Das ist Gewalt, das ist auch der Auslöser und wir kommen damit auch in eine Eskalation hinein.

Im Zusammenhang mit dieser Tagung hier möchte ich noch sagen: Wenn wir eine solche Tagung haben und morgen eine Demonstration usw., dann sollten wir uns immer überlegen: „Können wir nicht auf eine Art demonstrieren, dass wir unser Gegenüber nicht wiederum bedrohen, weil es dann auch wieder zu einer Eskalation kommt.“ Stellen Sie sich vor, Sie haben diese Polizisten vor sich - das ist ein schrecklicher Anblick -, aber denken Sie auch daran, hinter diesen Schilden und Helmen da sind auch junge Gesichter, da sind auch Leute, die mit uns leiden, in dieser Welt zu leben. Und sorgen wir dafür, dass sie an unserer Demonstration auch Freude haben, deshalb bin ich dafür, dass wir tanzen und singen. Damit wir zeigen, das wir das, was wir als Frieden bezeichnen, auch leben wollen und nicht den Krieg im Hass gegen den anderen überwinden wollen.

Ich will noch ein Beispiel geben: Wie können wir den Krieg vermeiden, wie Konflikte lösen? Wie können wir es anfangen? Wäre es nicht an der Zeit, den Vorschlag, den ich der rot-grünen Regierung

vor sieben Jahren gemacht habe, als sie nach Berlin umgezogen ist, zu verwirklichen. Wäre es nicht an der Zeit, das Verteidigungsministerium umzubenennen? Es hieß einmal Kriegministerium, dann hat man es Verteidigungsministerium genannt. Gut schon! Könnten wir nicht nochmals einen weiteren Schritt machen, es nochmals umzubenennen. Wir brauchen keine Verteidigung mehr, weil wir nur noch von Freunden umgeben sind. Ich bin nicht dafür, dass man es nun als ein Ministerium beschreibt für globale Schnelleingreiftruppen, so müsste man es ja heuer benennen, um es zu bezeichnen, was wir im Augenblick tun. Könnten wir es nicht einfach nennen ein Ministerium für Konfliktbearbeitung? Und dann würden wir die jungen Leute auffordern: „Möchtest Du in den zivilen Zweig oder in den militärischen Zweig? Und Du hast auch die Möglichkeit, eine Ausbildung zu bekommen, wie man mit friedlichen Methoden, Konflikte bearbeitet.“ Und diese Kunst müssen wir alle erlernen und wir müssen einmal damit anfangen. Und das Land, das damit anfängt, sein Ministerium für Konfliktbearbeitung zu nennen, wird in der ganzen Welt Nachahmer bekommen, insbesondere wenn es denselben Etat bekommt.

Liebe Freunde, das wäre doch eine phantastische Aufgabe für Europa zu sagen: „Warum noch mit den USA wetteifern, und nicht diesen neuen Weg beschreiten.“ „Gut“, haben sie mir gesagt, „wo willst Du die Lehrer dazu hernehmen?“ Ich antwortete: „Ich kenne sie noch nicht. Aber morgen werden wir sie haben, wenn wir anfangen, das zu lehren und übermorgen haben wir noch mehr und überübermorgen haben wir sie in allen Schulen. Und dann machen auch die Schüler mit und lösen ihre eigenen Probleme, weil sie gelernt haben, wie man Konflikte löst. Und das ist doch die Zukunft der Menschheit.“

Wäre das nicht wunderbar, wenn wir dies hier in Gang setzen könnten und damit auch zeigen, wir haben auch anderes im Kopf, wir wollen nicht nur den Krieg verhüten, wir

wollen auch einen „Ersatz“ dafür schaffen? Ich will nicht weiter auf andere Möglichkeiten eingehen, aber es gibt genügend zu tun, und lassen Sie uns irgendeinen Weg sehen, wo wir auch unter unseren so genannten Gegnern nicht die Gesamtheit meinen, sondern immer nur die wenigen sehen, die diese große Menge von Menschen verführt, in die falsche Richtung zu gehen. Das sind alles Leute, die im Prinzip auch auf unserer Seite sein möchten, aber es nicht können, weil sie verführt werden mit diesen Dingen wie Massenvernichtungswaffen und so fort.

Ja, wir müssen deshalb weitermachen, auch unsere Stimme zu erheben, wobei wir alle diese Menschen brauchen. Viele Leute fragen mich: „Warum hast Du überhaupt den Optimismus, dass das geht, das ist doch eine solch verfahrenere Geschichte.“ Der Grund ist, weil ich an den Menschen glaube. Der Mensch ist von Grund auf jemand, der empathisch ist, der nicht den anderen totschiessen will, wenn er könnte, wenn er nicht durch Gesetze gehindert wird. Wir wollen letzten Endes mit dem anderen etwas zusammen tun, weil das auch das Prinzip des Lebendigen ist, Ich will anders sein, als der andere, aber ich will mit dem anderen etwas gemeinsam machen, was wir nur zusammen machen können. Das ist das Prinzip des Lebendigen und das müssen wir in den Menschen wecken. Wir brauchen nicht die Institution, die uns sagt: „Du darfst nicht den anderen töten!“ Das kommt ganz natürlich auf uns zu. Wir werden aggressiv, wenn wir mit dem Rücken zur Wand stehen, es wird uns immer wieder vorgeführt, Du stehst mit dem Rücken zur Wand. Jetzt musst Du aggressiv sein und alles, was in den Weg kommt, totschiessen. Nein, wir müssen den anderen erkennen und wir sagen, wir können die Probleme lösen. Es gibt unendlich viele Möglichkeiten.

Wenn jemand sagt, es gibt keine Alternative, dann heißt das nur, es ist ein Mangel an Phantasie. Bitte, geh nach Hause und versuche etwas phantasievoller zu werden.

Einleitung zu den Vorträgen

Clemens Ronnefeldt

„Frieden und Gerechtigkeit gestalten - Nein zum Krieg“ - unter diesem Motto möchten wir Alternativen zu einer auf Militär und Rüstung basierenden Politik aufzeigen.

Während im vergangenen Jahr weltweit rund 960 Milliarden Dollar für Rüstung und Militär ausgegeben wurden, summierte sich die globale Entwicklungshilfe auf gerade einmal rund 70 Milliarden US-Dollar.

Den Sicherheitsdoktrinen der USA wie auch der Europäischen Union zufolge scheinen die Gefahren durch Schurkenstaaten und Internationalen Terrorismus heute so groß wie nie zuvor. Von dieser Analyse profitieren in hohem Maße vor allem Rüstungskonzerne und Wirtschaftslobbyisten einiger weniger Branchen.

Den Studien Internationaler Friedensforschungsinstitute zufolge zeigt sich ein ganz anderes Bild. Zwischenstaatliche Kriege wie z.B. zwischen Indien und Pakistan um Kaschmir scheinen zum Auslaufmodell zu werden, Bürgerkriege dagegen haben an Bedeutung gewonnen.

Weltweit hat sich seit dem Jahre 2000 die Zahl der Kriege von 52 auf 26 halbiert - der niedrigste Stand seit dem 2. Weltkrieg.

Wer waren und sind die Menschen, die mit ihrem Engagement in zähen Verhandlungen es vermocht haben, Kriegen ein Ende zu setzen - oder drohende Gewalt zu verhindern?

Warum nimmt die Öffentlichkeit so wenig Notiz von Friedensstiftern, die sich oft selbst aufreiben und in die Schusslinien geraten, um verfeindete Gruppen oder ganze Milizen an einen Tisch zu bringen?

Im Gegensatz zu den Vertretern der gleichzeitig in München stattfindenden „Münchner Konferenz

für Sicherheitspolitik“ sind wir als Vorbereitungsteam dieser heutigen Veranstaltung der Ansicht, dass Gerechtigkeit, Frieden oder Demokratie niemals durch Kriege erzwungen werden können. Der beste Schutz vor neuen Kriegen und Gewalt in den internationalen Beziehungen ist unseres Erachtens eine gerechte Weltwirtschaftsordnung.

Wir halten es für eine gefährliche Entwicklung, dass internationale Konflikte zunehmend mit militärischen Mitteln bearbeitet werden. Haben nicht gerade die Kriege der jüngeren Zeit gezeigt, dass der Einsatz von Militär nicht nur keine Probleme löst, sondern im Gegenteil zu einer erheblichen Konfliktverschärfung führt, wie das Beispiel Irak zeigt?

Bei schweren Menschenrechtsverletzungen stellt sich immer wieder die Frage, wie durch andere als militärische Mittel Konflikte gelöst oder zumindest deeskaliert werden können.

Wer erinnert sich noch an die Mitte der achtziger Jahre, als das Regime des Diktators Marcos auf den Philippinen mit Hilfe einer gewaltlosen Revolution namens „people power“ gestürzt wurde?

Wie erfolgte die Beendigung der jahrzehntelangen Unterdrückung der schwarzen Bevölkerungsmehrheit in Südafrika? Zeigte dieses Beispiel nicht einmal mehr, dass politische Transformationsprozesse ihre Zeit brauchen und es auch ohne Bombenkrieg möglich ist, einen langjährigen politischen Häftling und Kämpfer für Gerechtigkeit wie Nelson Mandela als Staatsoberhaupt zu wählen? Wie viel Hass- und Vergeltungspotenzial wären immer noch aufgestaut, wenn es keine Versöhnungs- und Wahrheitskommissionen gegeben hätte?



Zwischen Ecuador und Peru tobte mehrere Jahre ein Krieg mit vielen Opfern um die Grenzziehung zwischen beiden Ländern. Der als Vermittler eingeladene Friedensforscher Professor Johan Galtung trug 1995 maßgeblich zu einem Friedensschluss bei, der bis heute hält. Sein kreativer Lösungsvorschlag brauchte den Mut beider Länder, aus alten festgefahrenen Denkgleisen heraus zu springen: Er schlug vor, statt einen Grenzzaun zu ziehen, eine gemeinsame binationale Zone mit einem Naturpark einzurichten, die beiden Ländern gemeinsam gehört, was dann auch umgesetzt wurde.

Im Jahre 2001 stand Mazedonien am Rande eines Bürgerkrieges. Im Abkommen von Ohrid wurde eine diplomatische Lösung gefunden, zum Krieg bereit liegende Waffen wieder eingesammelt. Warum hat dieses Beispiel einer erfolgreichen zivilen Konfliktbearbeitung bisher nur so wenig öffentliche Aufmerksamkeit gefunden?

In Zeiten der Verteidigung Deutschlands am Hindukusch und eines möglichen Einsatzgebietes der Bundeswehr, das inzwischen die ganze Welt umfasst, scheint immer mehr in Vergessenheit zu geraten, mit welchen gewaltfreien Methoden die Berliner Mauer zum Einsturz gebracht wurde.

Wir möchten heute Abend an drei ausgewählten Beispielen zeigen, wie Friedenspolitik mit gewaltfreien Methoden aussehen kann.

Dieter Wenderlein

Mosambik - Frieden schaffen in Afrika

Auf höchster politischer Ebene hat die kleine italienische Nichtregierungsorganisation Sant'Egidio in Rom durch unparteiliche Vermittlung im mosambikanischen Bürgerkrieg es vermocht, nach fast einem Jahrzehnt unermüdlichen Einsatzes Anfang der 80er Jahre ein Friedensabkommen zu erzielen. Welche Rückschläge es immer wieder gab und was schließlich zu diesem Erfolg geführt hat, darüber wird uns gleich Dieter Wenderlein berichten, der die Verhandlungen über lange Zeit aus nächster Nähe verfolgt hat.

Der Einsatz für die Armen

Einer der charakteristischen Züge der Gemeinschaft Sant'Egidio ist der Einsatz für die Armen. Dieser wird als konkrete Freundschaft, wie eine Beziehung zu Familienangehörigen, gelebt. Die Mitglieder von Sant'Egidio kümmern sich z.B. um alte Menschen, Obdachlose, Kinder aus sozialen Brennpunkten, Gefangene oder Flüchtlinge; sie tun dies in der Überzeugung, dass man ein christliches Leben nicht ohne die Armen leben kann. In diesem Sinne sind auch die Friedensinitiativen der Gemeinschaft Sant'Egidio immer von der klaren Entscheidung für ein Engagement zugunsten der Armen und Ausgegrenzten getragen.

Nach der Unterzeichnung des durch Vermittlung von Sant'Egidio erreichten Friedensabkommens für Mosambik erkundigte sich ein Journalist der New York Times, seit wann sich die Gemeinschaft von den früheren sozialen Aktivitäten abgewandt und der friedensstiftenden Diplomatie zugewandt hatte. Dies ist nie geschehen. Niemand braucht den Frieden mehr als der Arme, denn der Krieg ist die Mutter aller Armut. Die Freundschaft zu den Armen ließ das Interesse an internationalen Proble-

men reifen. Seit den frühen 80er Jahren ist Sant'Egidio in zahlreichen Regionen, die unter Kriegen und lokalen Konflikten leiden, tätig; so leistete Sant'Egidio zunächst Entwicklungs- und Katastrophenhilfe in Albanien, in El Salvador, Vietnam, und in vielen afrikanischen Ländern, vor allem in Guinea Bissau und Mosambik.

International bekannt wurde Sant'Egidio durch die Vermittlung des Friedens im mosambikanischen Bürgerkrieg.

Am 4.10.1992 unterschrieben der Präsident von Mosambik, Joaquim Chissano, und der Anführer der Guerilla, Alfonso Dhlakama, in Rom die Friedensvereinbarung für Mosambik, die den über 15-jährigen Krieg zwischen der Frelimo und der Guerillabewegung Renamo beendete. Der Unterzeichnung des Friedensvertrages waren mehr als zwei Jahre Friedensverhandlungen in Rom durch die Gemeinschaft Sant'Egidio vorausgegangen.

Bevor ich versuche, das Spezifische an diesem Friedensprozess herauszuarbeiten, will ich zum besseren Verständnis einige Daten zur jüngeren Geschichte Mosambiks nennen:

- Nach der Nelkenrevolution in Lissabon (25.04.1974) änderten sich auch in Mosambik innerhalb eines Jahres die Verhältnisse in entscheidender Weise: Der Befreiungskampf der Frelimo setzte die neue Regierung in Lissabon unter argem Druck, die einer Übergangsregierung in Maputo und schließlich der Unabhängigkeit zustimmte. Am 25.06.75 konnte der damalige Frelimo-Führer Samora Machel die Unabhängigkeit der Republik von Mosambik ausrufen; Machel wurde



erster Präsident.

Es trat eine Verfassung in Kraft, mit der ein marxistisches Ein-Parteien-Regime zementiert wurde; die marxistische Frelimo wurde die führende Kraft in Staat und Gesellschaft.

- 1977 wurde von Rhodesien die Renamo gegründet, als Teil der Destabilisierungspolitik des rassistischen Regimes von Ian Smith. Mit dem Ende des Smith-Regimes 1980 und der Schaffung des Staates Simbabwe unter Robert Mugabe endete die Unterstützung der Renamo. Dafür wurde Südafrika aktiv: Südafrika entschied sich gegen einen direkten Krieg gegen Mosambik, sondern wollte durch die Unterstützung der Renamo das Land destabilisieren. Die logistische Unterstützung der Renamo war Bestandteil des südafrikanischem Militärkonzepts der „Total National Strategy“; mit dieser Strategie wollte das Apartheid-Regime einen cordon sanitaire von Ländern um Südafrika einrichten, die ihm freundlich gesonnen waren und die den ANC nicht unterstützten.
- Die durch den Bürgerkrieg und eine Dürreperiode (1986) ohnehin kritische politische und ökonomische Situation Mosambiks verschlechterte sich durch den Tod des Präsidenten Samora Machel im Oktober 1986 weiter. Machel kam bei einem Flugzeugabsturz ums Leben, dessen Hintergründe bis heute unklar sind, es ist aber davon auszugehen, dass Südafrika darin verwickelt war. Neuer Präsident Mosambiks wurde der damalige Außenminister

Joaquim Chissano. Chissano führte mit großer Umsicht einige Änderungen im Vorgehen der Regierung gegenüber die Renamo ein, die offiziell noch darin bestanden, der Renamo jegliche politische Legitimation zu entziehen, in dem man sie als „bandidos armados“ bezeichnete. Unter Chissano löste sich die Frelimo 1989 vom Marxismus-Leninismus.

Der mosambikanische Bürgerkrieg gehörte zu den von der Weltöffentlichkeit weitgehend vergessenen Kriegen in Afrika. Mosambik war gelähmt. Der Krieg war blutig, beide Seiten kämpften gnadenlos. Es gab grauenhafte Massaker, für die man sich gegenseitig die Verantwortung zuschob. Der Krieg forderte etwa eine Million Tote, 1,7 Millionen Flüchtlinge befanden sich im Ausland, im Land gab es etwa vier Millionen Vertriebene.

Der mosambikanische Bürgerkrieg ist also sehr im Zusammenhang der politischen Ereignisse im südlichen Afrika nach der Unabhängigkeit der portugiesischen Kolonien, innerhalb der sogenannten „3. Welle der Demokratisierung“, ein Begriff, den der amerikanische Politikwissenschaftler Samuel Huntington für diesen Zeitraum prägte.

Der Frieden in Mosambik ist oft auf das Ende des Kalten Krieges zurückgeführt worden. Genannt werden auch die politische Entwicklung in Südafrika und das Ende der Apartheid, der Friedensprozess in Angola und die Unabhängigkeit Namibias. Ein solcher Zusammenhang zwischen der internationalen Entspannung und der Mäßigung der kriegerischen Ambitionen der Kriegsparteien existiert, falsch ist jedoch die Annahme, es habe sich um einen reinen Stellvertreterkrieg gehandelt.

Der Einfluss des Apartheid-Regimes in Südafrika und sein Zusammenbruch auf den mosambikanischen Bürgerkrieg sind oft überschätzt worden. Die Rolle Südafrikas war komplex, doch insgesamt hatte sich

Südafrika in den Jahren langsam, aber stetig immer mehr zurückgezogen. Der Konflikt in Angola, der namibische Befreiungskampf und der Kampf gegen die Apartheid bereiteten ihm zunehmend Probleme und banden viele Kräfte. Die Renamo, die lange als Marionette Südafrikas galt, war seit Mitte der 80er Jahre weitgehend autark. Der Krieg konnte also durchaus ohne Südafrika weitergeführt werden.

Der Krieg in Mosambik war ein Bürgerkrieg, der in den Regionalkonflikt im südlichen Afrika eingebunden war, ließ sich nicht durch eine Veränderung internationaler Gegebenheiten beenden. Der Krieg war zum Dauerzustand geworden, auf den die traditionelle Diplomatie kaum Einfluss nehmen konnte.

Das Interesse der Gemeinschaft Sant'Egidio für Mosambik geht auf die Zeit direkt nach der Unabhängigkeit des Landes 1975 zurück. Mitte der 70er Jahre begann die Freundschaft zu einem jungen mosambikanischen Priester, der Sant'Egidio in Rom kennen lernte und sich mit für die Armen Roms einsetzte. Nach seiner Rückkehr wurde er schnell zum Bischof der zweitgrößten Stadt Mosambiks, der mittelmosambikanischen Stadt Beira. Bereits 1976 bat der junge Bischof von Beira, Jaime Gonçalves, die Gemeinschaft um Hilfe für seine Diözese. Seit dieser Zeit leistet Sant'Egidio kontinuierlich Entwicklungshilfe. Durch die Hilfen konnte im Lauf der Jahre ein Netz von Freundschaften und Beziehungen in Politik und Kirche aufgebaut werden; Sant'Egidio galt als ein engagierter und verlässlicher Freund Mosambiks.

Bei der Gemeinschaft reifte die Erkenntnis, dass eine nachhaltige Verbesserung der Lebensverhältnisse für die arme Bevölkerung nicht zu erreichen war, wenn man nicht zuerst das grundlegende Problem des Friedens angeht. Ohne den Frieden war alles verloren, mit dem Frieden wurde alles möglich.

Die Zeit vor den Verhandlungen
Die Gemeinschaft Sant'Egidio

versuchte, als sie in den 80er Jahre überlegte, was für den Frieden getan werden könne, die Kriegsparteien und vor allem die inneren Gründe für den Konflikt zu verstehen.

Die Frelimo war leicht zu verstehen: Sie war eine marxistische Partei, die vor der Unabhängigkeit den Befreiungskampf geführt hatte. Dagegen war die Renamo, die Guerilla, sehr undurchsichtig, nirgends war ein politisches Programm zu entdecken. Es gab kaum Auslandskontakte, außer anfangs nach Rhodesien und später nach Südafrika nur nach Deutschland - nach Bayern.

In geduldiger, jahrelanger und systematischer Arbeit wurden Beziehungen zu beiden Parteien aufgebaut. Einer der ersten Schritte war, Erleichterungen für die bedrängte katholische Kirche in Mosambik zu erreichen. Sant'Egidio vermittelte einen Kontakt zwischen dem Generalsekretär der italienischen Kommunisten Enrico Berlinguer, der den „historischen Kompromiss“ zwischen Kommunisten und Katholiken vorgeschlagen hatte, und der Frelimo. Der Einsatz von Berlinguer und den italienischen Kommunisten für Religionsfreiheit in Mosambik (ab 1982) führte zu einer gewissen Entspannung zwischen Staat und Kirche (ab Ende 1984); vor allem aber wurde die Frelimo in einen Dialog eingebunden und fasste Vertrauen.

Ein weiterer Schritt war, einen Kontakt mit der geheimnisvollen Renamo aufzubauen. Über viele Umwege wurde es möglich, dass Bischof Jaime zum Stützpunkt der Renamo im Busch Mittelmosambiks reisen konnte (Ende Mai 1988). Darauf wurde der Renamo-Führer Dhlakama nach Rom eingeladen. In den folgenden Monaten verstand die Renamo immer besser, dass sie nicht nach den üblichen Klischees (wie „schwarze Khmer“) oder den propagandistischen Äußerungen der Regierung in Maputo („banditos armados“ = „bewaffnete Banditen“) betrachtet wurde.

Zwischen 1989 und 1990 entschied die Renamo, sich auf die politische

Ebene zu begeben; gleichzeitig wurde sich die Frelimo der Unmöglichkeit eines militärischen Sieges bewusst. Nun musste eine Möglichkeit gefunden werden, dass die beiden Parteien miteinander sprachen.



Die Gespräche in Rom

Am 08.07.1990 fand die erste Begegnung in Rom in den Räumen von Sant'Egidio statt. Vier Personen führten die Bürgerkriegsparteien zum Frieden: Andrea Riccardi und Matteo Zuppi von der Gemeinschaft Sant'Egidio, der Mosambikaner Jaime Gonçalves, Erzbischof von Beira, sowie der italienische Abgeordnete Mario Raffaeli.

Man musste auf die kriegsbestimmenden Faktoren einwirken. Dies war an erster Stelle der Hass zwischen den Bürgerkriegsparteien. In der ersten Begegnung schlug Andrea Riccardi als Regel für die Verhandlungen das Arbeitsmotto von Johannes XXIII vor: „Bemühen wir uns das zu suchen, was verbindet, nicht das, was entzweit“. So wurde der Rahmen für die Verhandlungen gesucht, der von beiden Parteien geteilt werden konnte: Mit Mühe erkannte man sich als „mosambikanische Brüder, Teil derselben großen Familie“. Die Gespräche durften nicht zu einem Tribunal werden, bei dem einer der Parteien der Prozess gemacht wurde.

Neben unzähligen konkreten Details mussten in den folgenden Monaten die grundlegenden Probleme geklärt werden: Die Renamo hatte die Frelimo als Regierung des Landes anzuerkennen und nicht mehr nur als Partei zu betrachten, die die Macht an sich gerissen hatte. Im Gegenzug musste die Frelimo die Renamo als Oppositionspartei anerkennen

und nicht mehr nur als „bandidos armados“. Der Renamo gelang es, sich während der Verhandlungen von einer rein militärisch geprägten Guerilla zu einer politischen Partei zu wandeln.

Ein wesentlicher Punkt bei den Verhandlungen war die Auflösung der Streitkräfte der ehemaligen Bürgerkriegsparteien, die Aufstellung eines gemeinsamen Heeres und die Wiedereingliederung ehemaliger Kämpfer ins Zivilleben. Dass die alten Streitkräfte noch vor den ersten Wahlen Ende

Oktober 1994 demobilisiert wurden und man eine neue Armee aufstellte, war für die Aufrechterhaltung des Friedens von großer Bedeutung, denn so wurde es für den künftigen Wahlverlierer bedeutend schwieriger, das Wahlergebnis mit Waffengewalt zu revidieren.

Die „italienische Formel“

Von einigen Seiten wurde die lange Dauer und die zu langsamen Fortschritte der Gespräche in Rom kritisiert (v.a. von Portugal), während derer ja das Sterben in Mosambik weiterging. Doch die 27 Monate der Verhandlungen waren nötig, um den Hass abzubauen und wichtige Punkte wie das Protokoll



über „Gründung und Zulassung politischer Parteien“, ein Wahlgesetz, Probleme der Verfassung, militärische Fragen u.v.m. zu klären.

Die Verhandlungen waren eher untypisch, vor allem wegen der außergewöhnlichen Zusammensetzung der Vermittlertruppe. Diese schuf die geeignete Atmosphäre für die Gespräche, ein menschliches Klima

zwischen den Parteien. Die langwierige Vermittlungsarbeit forderte ein hohes Maß an Geduld und Ausdauer; es gab einige Momente, in denen die Verhandlungen sich im Kreise drehten oder zu scheitern drohten, und in diesen Momenten musste der Dialog wieder angeregt werden. Die Vermittler nötigten den mosambikanischen Parteien keine Dokumente, Lösungen oder Fristen ab, sondern unterstützten sie im Dialog, bauten das gegenseitige Misstrauen und den Hass ab, und schufen Möglichkeiten der Zusammenarbeit (im Unterschied zum damaligen Friedensprozess in Angola, der in gewisser Hinsicht aktiv von den Vermittlern geleitet wurde und am Ende scheiterte).

Die „immanente Schwäche“ einer Vermittlung durch Sant'Egidio erschien den Bürgerkriegsparteien als eine Garantie dafür, dass keine wirtschaftlichen oder politischen Interessen verfolgt wurden. Im Gegenteil, es erwies sich als Stärke, keine bestimmten materiellen Interessen verfolgen oder verteidigen zu müssen.

Der damalige UNO-Generalsekretär Boutros-Ghali bezeichnete das Konzept von Sant'Egidio als „italienische Formel“, als eine „Mischung aus Regierungs- und Nichtregierungsaktivitäten für den Frieden, die in ihrer Weise einzigartig ist, eine Mischung aus Flexibilität und dem Verzicht auf große Formalitäten, dem Nutzen von Kontakten zu allen Kräften, die zu einer Lösung beitragen können. Der Respekt für die am Konflikt beteiligten Parteien, für die, die vor Ort in den Konflikt verwickelt sind, ist ein grundlegender Faktor für den Erfolg dieser Arbeit.“

Charakteristische Züge der Friedensarbeit von Sant'Egidio

Es gibt kein einheitliches Schema, keine „Gebrauchsanleitung“ der Friedensinitiativen von Sant'Egidio. Die Konflikte nach dem Ost-West-Konflikt sind viel komplexer geworden, jeder Konflikt hat seine eigenen Charakteristika, und deshalb erfordert jede bewaffnete Auseinandersetzung eigene Antworten. In

diesen neuen Situationen muss sich auch die Diplomatie erneuern und entwickeln.

Trotzdem könnte man einige Züge benennen, die in allen Friedensbemühungen von Sant'Egidio zu finden sind:

- Eine christliche Gemeinschaft wie Sant'Egidio ist schwach; sie verfügt weder über politische noch militärische noch wirtschaftliche Macht, mit denen man Druck ausüben kann. Diese vermeintliche Schwäche erweist sich jedoch immer wieder als eine Stärke; die Tatsache, dass Sant'Egidio keinerlei wirtschaftliche oder politische Interessen verfolgt, ist wie eine Garantie für die Konfliktparteien, die das Vertrauen zueinander fördert. Das einzige Interesse von Sant'Egidio ist der Frieden; dies macht Sant'Egidio zu einem glaubwürdigen Vermittler.
- Die Einsätze von Sant'Egidio entstehen immer aus einer jahrelangen Verbundenheit mit dem Land, sei es dass dort lokale Gemeinschaften von Sant'Egidio leben oder dass Entwicklungshilfe geleistet wurde (oder beides). Dies führt zu einer detaillierten Kenntnis der Verhältnisse und schafft

ein Geflecht von Beziehungen und Freundschaften in Politik, Kirche und Gesellschaft.

- Das einzige Mittel für die Beendigung eines Konflikts ist der Dialog. Es ist nötig, mit allen zu sprechen, alle in den Dialog einzubinden, und man begegnet dabei nicht nur den „Guten“. Im geduldigen Dialog entdeckt man, dass es eine Entwicklung auch für den „Bösen“ gibt.

Eine besondere Aufgabe kommt hierbei den Religionen zu. Sant'Egidio betrachtet die Religionen als eine Kraft des Friedens. Leider ist davon oft wenig zu spüren, denn häufig dient die Religion zur Legitimation von Krieg und Unterdrückung. Wir glauben, dass dem Friedensgedanken, der in jeder Religion enthalten ist, geholfen werden muss, ans Licht zu kommen. Die jährlichen internationalen Friedenstreffen in der Nachfolge des interreligiösen Friedensgebets, zu dem Johannes Paul II 1986 die Führer der Weltreligionen nach Assisi eingeladen hatte, zeigen, dass man auch unter den Religionen einen Dialog führen kann - keinen theologischen Dialog, vielmehr einen Dialog über bestimmte Situationen und Konflikte. Gerade der Dialog der drei großen Buch-Religionen

- Judentum, Islam, Christentum - ist von größter Bedeutung.

Um zu einer Verständigung im Dialog zu kommen ist es nötig, die „Grammatik“ der Sprache des anderen zu lernen. Man braucht im gemeinsamen Gespräch eine „multietnische Grammatik“ aus Sympathie und Respekt, Geduld und Hoffnung, um die Sprache des Friedens, der Toleranz und des Pluralismus sprechen zu können.

Auf dieser Basis fand die Gemeinschaft zu Formen der Diplomatie, die der „free lance diplomacy“ zugerechnet werden (womit ihr nichtstaatlicher Ursprung in der Gesellschaft und in Nichtregierungsorganisationen gemeint ist). Denn wenn spätestens seit den Attentaten des 11. September 2001 klar ist, dass jede Gruppe einen Krieg beginnen kann, so zeigte das Beispiel Mosambik schon viel früher, dass auch jeder in der Lage ist, den Frieden zu vermitteln. Die Erfahrungen von Sant'Egidio im mosambikanischen Friedensprozess sind ein Beispiel dafür, welche Möglichkeiten der Einflussnahme für Nichtregierungsorganisationen, Gruppen und Einzelpersonen der Gesellschaft im Bereich der Konfliktlösung bestehen.



Roswitha Jarman

Versöhnungs- und Vermittlungsarbeit im Kaukasus

Zu den internationalen hot-spots der Sicherheitspolitik gehört auch unser zweites Beispiel: Die Kaukasus-Region. Vor wenigen Wochen bekam Roswitha Jarman, die sich seit vielen Jahren im Kaukasus engagiert, in Bremen einen Friedenspreis und wir freuen uns, dass sie die weite Reise aus London nach München auf sich genommen hat. Sie wird uns von ihrem Engagement an der Basis mit verfeindeten Gruppen, ihrer Heilungsarbeit mit Opfern und ihrer Beratungstätigkeit von Friedensgruppen der Region berichten.

Roswitha Jarman ist in Kolberg in Pommern aufgewachsen, 1945 floh sie in den Westen. 1956 begann sie eine Ausbildung als Krankenschwester in England, heiratete 1958 und bekam drei Kinder. Von 1960 bis 1969 lebte sie in Australien, anschließend ein Jahr in Genf, bevor es sie wieder nach England zog. Sie arbeitete als Lehrerin, war in der Lehrerinnenfortbildung tätig und machte eine Ausbildung als Gesprächstherapeutin.

Von 1983 bis 1989 besuchte sie regelmäßig die DDR und lebte von 1991 bis 1994 in Moskau. Nach einer erneuten Zeit in England zog sie um nach New York, von wo sie wieder nach London zurückkehrte.

Seit vielen Jahren bereist sie die Kaukasus-Region und ich möchte sie nun bitten, uns von ihrer Friedensarbeit zu berichten.

„Wenn wir uns hilflos fühlen, fangen wir an zu hassen“, sagte ein junger Ossete, als wir über das Schicksal der Ingusch Flüchtlinge sprachen, die aus seinem Land in einem Kurzkrieg vertrieben wurden. Gewaltaktionen sind erniedrigend und können zu Hilflosigkeit und Hass und so zu weiteren Gewalttaten führen.

Nord-Ossetien, Inguschetien und

Tschetschenien gehören zu den vielen kleinen Republiken des Nordkaukasus, die sich zwischen dem Schwarzen und dem Kaspischen Meer befinden. In diesen drei Republiken war ich in den letzten fünfzehn Jahren hauptsächlich tätig. Ich werde aus meinen Erfahrungen in diesen Republiken sprechen.

Krieg und Gewalt hat viele Wurzeln, im Politischen wie im Persönlichen. Meine Erfahrungen liegen auf der persönlichen Ebene. Wie können wir Menschen so gegenwärtig sein, dass sie sich nicht hilflos fühlen, und dass wir dazu beitragen können, dass Hass nicht entfacht wird? Wie können wir Menschen helfen, ihre Würde wieder so zu finden und aufzubauen, dass sie nicht zu Gewalttaten getrieben werden? Wie kann man Menschen beistehen, dass sie nach erlebten Verlusten, nach Schmerz und Trauma, Gesundung finden? Wie können verfeindete Gruppen wieder Kontakt miteinander aufnehmen, sodass Versöhnung geschehen kann? Das sind meine Themen hier.

Ich möchte in dem was ich sage, das Wort Krieg auf 'Gewalt anwenden', und auf Gewaltsituationen, erweitern. Der Krieg in Tschetschenien ist offiziell vorbei, aber die Tschetschenen leben in konstanter Angst vor weiterer Gewalt, die fast pausenlos ihr Leben bedroht.

Zu mir und meiner Arbeit

Seit 1991 bin ich mindestens zwei Mal im Jahr im Nordkaukasus tätig. Ich bin Quäkerin. Mein Mann und ich lebten von 1991 bis 1994 in Moskau für die Quäker (Gesellschaft der Freunde), um in dieser Zeit den Menschen beiseite zu stehen und sie zu unterstützen im Aufbau einer Zivilgesellschaft. Wir waren



Gesprächspartner und boten Workshops an, um Fertigkeiten zu lernen mit Konflikten besser umzugehen. Nach 1994 setzte ich meine Arbeit auf Bitten von Menschen aus dem Kaukasus und auf eigene Initiative fort. Seit 1995 bin ich zusätzlich als Trainerin für eine tschetschenische NGO tätig, deren Aufgabe es ist, traumatische Erfahrungen zu heilen. Ich spreche russisch, was auch die Verbindungssprache zwischen den kleinen Republiken ist.

Zu der Situation im Nord Kaukasus

Mit dem Zerfall der Sowjet-Union sind die Spannungen in dem ganzen Gebiet gestiegen. Menschen erinnerten sich an Ungerechtigkeiten die zur Zeit der Sowjet-Union unterdrückt lagen. Dispute über Umverteilung von Landstrichen zur Zeit der Deportationen wurden lebendig (1944 deportierte Stalin ganze Volksgruppen - z.B. Tschetschenen und Ingusch - weil sie angeblich mit Hitler kollaboriert hatten). Auch Missachtung eigener Sprache, Kultur und die Bevormundung während der Sowjet-Zeit hatten Schmerz und Zorn hinterlassen. Die Frage der Nutzung des tschetschenischen Öls - who benefits from the oil? - war und ist nicht gelöst. Die muslimischen Gruppen, zu denen die Ingusch und die Tschetschenen gehören, hatten zur Zeit der Sowjet-Union besonders gelitten. Ossetien war in dieser Zeit eine bevorzugte Republik, denn Stalin war ein Süd-Ossete (Georgier).

Eine Anzahl von meist gewalttätigen

Ereignissen spielen in diesem Gebiet eine Rolle. 1989 wurden Süd-Ossetien aus Georgien nach Nord-Ossetien vertrieben. 1990 verlangte der damalige tschetschenische Präsident Dudaev die Unabhängigkeit Tschetscheniens von Russland. Dies führte zu einer Trennung zwischen Inguschetien und Tschetschenien und dann zu zwei Kriegen zwischen Tschetschenien und Russland. Der erste von 1994-96 und der zweite, der im Herbst 1999 anfang und bis jetzt weiterschwelt.

Im Herbst 1992 trieb ein Kurzkrieg zwischen Nord-Ossetien und Inguschetien um einen umstrittenen Landstreifen (Prigorod) 60 000 Ingusch auf die Flucht. Nur ein kleiner Teil der Menschen ist seit dem wieder zurückgekehrt. Die meisten leben auch heute noch in Baracken in einem Stück Niemandsland wo ihnen jetzt droht, wieder raus zu müssen. - Vergessene Menschen.

Zu meiner Tätigkeit

Seit 1991 bin ich regelmäßig auf Bitten der Menschen in der Region, um dazu beizutragen, wie man kreativ mit Konflikten umgehen kann. Nach dem Kurzkrieg zwischen Nord-Ossetien und Inguschetien ist es mein Anliegen, den Menschen der beiden Republiken gegenwärtig zu sein, ihre Geschichten zu hören und nach Wegen zu suchen, die das Zusammenleben der beiden Menschengruppen wieder möglich machen. So war ich in Nord-Ossetien und Inguschetien in Kontakt mit Psychologen, Lehrern, Schülern und Studenten, um in Workshops zu verstehen worum es uns geht, was wir uns für die Zukunft wünschen und was dieser Zukunft im Weg steht. Wir haben darüber nachgedacht, wie wir uns mit uns selbst und wie wir uns mit dem andern versöhnen können und wie wir besser mit unseren Ängsten, Verletzungen, Vorurteilen und Schuldgefühlen umgehen können, damit sie uns nicht in weitere Gewalt führen.

Ich verstehe mein Engagement im Kaukasus so, dass ich den Menschen ein Gesprächspartner bin und in erster Linie zuhöre. Als Zuhörer werde

ich ein Zeuge des Erlebten. So war es wichtig, die vertriebenen Menschen in ihren Baracken und Zelten aufzusuchen und ihre Geschichten zu hören, aber auch im Zuhören ihre Wut und ihren Schmerz auszuhalten. Dies ist ein erster Schritt, den Menschen zu helfen ihre Würde wieder zu finden, denn Kriegserlebnisse entwürdigten. Dies braucht seine Zeit, aber sollte dahin führen, dass die Menschen sich ermutigt fühlen, ihre eigenen Kräfte und Fähigkeiten im Leben wieder positiv einzusetzen. Mein Zuhören galt aber nicht nur den Vertriebenen, sondern auch denen, die vertrieben hatten. Das Zuhören bei diesen Gruppen, fiel mir nicht leicht, ich wollte mich in Gegenargumente verwickeln lassen, die zu nichts führen konnten. Wie konnte ich mit meiner begrenzten Erfahrung behaupten, dass die Vertriebenen nicht dem Feinbild entsprechen, das mir in diesen Gruppen vorgestellt wurde?

Ich entschloss mich bei meinen nächsten Aufenthalten, in beiden der zerstrittenen Republiken tätig zu sein, um durch mein einfaches Hin- und Herreisen zu zeigen, dass Menschen auf beiden Seiten gelitten hatten und sich nach einer Zukunft sehnen, die nicht noch mehr Gewalt herbeiführt. So bot ich Konversations-Englisch an der Universität von Inguschetien an (was mit großer Freude aufgenommen wurde) und war drei Tage in der Woche dort. Ich fuhr in Nord-Ossetien fort mit den Workshops an Schule und Universität zusammen mit Psychologen zu Fragen, wie man kreativ (schöpferisch) mit Konflikten umgehen kann.

Als Gesprächspartner kann ich dazu beitragen, Hilflosigkeit zu überwinden. Eine Hilflosigkeit, die verschiedene Gründe haben kann. Es kann bedeuten, dass die einfachen Fertigkeiten fehlen, gewaltfreie Lösungen für Konflikte zu finden und anzuwenden oder auch, dass die Emotionen und die verwirrenden Ereignisse in den Menschen das Gefühl der Hilflosigkeit hinterlassen. Hilflosigkeit baut sich auch auf, wenn sich der Mensch als passives Opfer der Geschehnisse sieht. Krieg

ist entwürdigend. Wir können den Menschen so gegenwärtig sein, dass sie ihre eigene Würde und Handlungsfähigkeit fühlen, in dem sie (auch Kinder) voll einbezogen werden in die Lösung der Probleme. Das bedeutet, dass wir aufmerksame Gesprächspartner sind, die Achtung vor dem Menschen, seiner Tradition und seiner Situation zeigen und die den möglichen Einsatz des Einzelnen würdigen und unterstützen. Aus Hilflosigkeit heraus zu führen bedeutet auch, Menschen zu helfen, ihre Traumata und starken Emotionen zu verstehen und zu verarbeiten; und es bedeutet, sich mit Schuldgefühlen, Schuld-Übertragungen und Vergeltung auseinanderzusetzen.

Über Gewalt

Es wird gesagt, dass Gewalt in diesen Situationen in vier Varianten erlebt werden kann.

Die erste Variante ist die Gewaltaktion als solche, d.h. der Krieg und die Zerstörung.

Die zweite Gewalt kann die sein, die ich als Außenseiter bringe, indem ich meine Lösungen verwirklichen will.

Die dritte Form der Gewalt in diesen Situationen ist die, dass sich Menschen als Opfer fühlen. Opferstellung übt seine eigene Gewalt aus, indem sie vom Anderen Lösungen erwartet.

Und die vierte Form ist die der Vereinfachung, wenn die Dinge schwarz-weiß gesehen werden. Gewalt überwinden bedeutet also auch, die Dinge komplex zu machen. Ich muss mir immer wieder klar werden, dass ich durch meinen Beitrag auch Teil der Gewaltaktionen sein kann.

Parallel mit den Aufgaben auf der persönlichen Ebene ist es natürlich wichtig, sich auch auf politischer Ebene zu engagieren. Es ist gut, wenn man politische Strukturen versteht und Wege finden kann, die Verbindungen zwischen dem Einzelnen und den Strukturen knüpfen und es ist wichtig, den Menschen hinter der Struktur zu erkennen. Meine Erfahrung auf diesem Gebiet ist sehr spärlich, aber ich habe von

Zeit zu Zeit mit Verantwortlichen in der lokalen Regierung gesprochen und aus meiner Erfahrung mit den Opfern meine Besorgnis um bestimmte Gruppen und Situationen ausgedrückt.

Aus der Praxis

Erfahrene Gewalt liefert die Bausteine für weitere Gewalt. Mein Engagement liegt hauptsächlich in der Zeit nach Gewalt, die eben auch immer eine Zeit vor möglicher weiterer Gewalt ist. Was kann in dieser Zeit getan werden?

1992 lud International Alert (IA ist eine internationale Organisation, die unter anderem Workshops zu Konfliktmanagement anbietet) Menschen aus dem Kaukasus zu einem zweiwöchigen Workshop im Kaukasus ein. Ich nahm an diesem Workshop teil. Als die jungen Leute (Lehrer, Journalisten und Menschen aus dem öffentlichen Dienst) kamen, lächelten sie etwas verlegen und auch überlegen und drückten ihre Einstellung etwa so aus: „ja, wir nehmen gern an diesem Seminar teil, wir hören gern was ihr uns zum Umgang mit Konflikten sagen wollt, aber wir haben unsere Konflikte bisher immer mit Waffen gelöst. Das wird auch weiter so sein.“ Nach zehn Tagen hatten sie ihre Meinung geändert, ihnen wurden Erfahrungen und Fertigkeiten vorgestellt, die ihre Sicht erweiterten. Sie konnten sich nun Alternativen zu Gewalt vorstellen. Heute sind einige von ihnen in kleinen Friedensgruppen tätig.

Es ist wichtig, die Traditionen zu würdigen, aber ebenso wichtig ist es, sie respektvoll zu hinterfragen, indem man Alternativen vorstellt. Eine gute Art, etwas Neues zu lernen und aufzunehmen, ist die durch Selbsterfahrungs-Workshops. Man bietet also nicht eine Theorie an, sondern man durchlebt mit den Teilnehmern des Workshops neue Denk- und Handlungsweisen und zieht aus dieser Erfahrung neue Einsichten für das Leben.

Bei dem Workshop mit International Alert hatte ich eine Einsicht, die für mich hilfreich war. Nach einer

Übung (Visualisation) zu Vergebung sagten die Männer voller Enttäuschung, „ja aber wenn ich vergeben habe, dann verliere ich ja die Energie zum Kampf“. Ich konnte sehen, wie wichtig für die Männer diese Energie als Bestätigung ihrer Männlichkeit und Würde war. Diese Energie ist Leben bestätigend, Wert bestätigend, besonders in Zeiten, wo viel verloren gegangen ist. Krieg oder Kampf wird oft geführt, weil man denkt, dadurch seine eigene Würde, den Respekt vor sich selbst wieder neu zu gewinnen oder zu erhalten. Bei den Menschen im Kaukasus ist dies noch besonders deutlich zu erleben. Es verlangt Zeit, Sensibilität und Aufmerksamkeit, den Schritt zur Vergebung zu machen und in der neuen Situation seinen Wert, den Respekt vor sich selbst und seine Lebensenergie zu finden. - Es ist ein großer Schritt.

Aus meiner Projektarbeit

1. Das Prigorod und die vertriebenen Menschen aus diesem Gebiet

Die Tragik der vertriebenen Menschen des Prigorod ist eine Nachkriegssituation, die die Emotionen für weitere Gewalt schürt. Offiziell sind politisch die Weichen gestellt für eine langsame Rückkehr der Vertriebenen, aber die feindseligen Gefühle der Osseten und die Angst der Ingusch verhindern diese Rückkehr. Hass, ein Ausdruck der Hilflosigkeit und der Angst, stellt sich wie eine Mauer zwischen Menschengruppen, die über Jahrhunderte Nachbarn waren und rechtfertigt Gewalttaten. Dem Andern wird Schuld zugesprochen, der Andere wird verteufelt, Geschehnisse werden verzerrt dargestellt, die eigene Schuld wird übersehen oder auf den Anderen übertragen, die eigenen Taten werden gerechtfertigt. Dinge werden in Schwarz-Weiß repräsentiert.

Seit dem Kleinkrieg 1992 habe ich versucht, mit Menschen Wege zur Versöhnung zu finden. Ich habe in Schulen und Universitäten Workshops gehalten, die sich mit persönlichen Verletzungen, persönlichen Ängsten, Vorurteilen und

Hilflosigkeit beschäftigt haben und habe immer wieder erlebt, dass das Nachfühlen der eigenen Emotionen und das Erkennen der Gründe für diese Emotionen hilft, dem Andern gegenüber offener zu sein und zu verstehen, dass auch der andere von Ängsten, Hilflosigkeit und Verletzungen getrieben ist. Ich habe in diesen Workshops erlebt, wie sich Einstellungen verändert haben. Es war ermutigend einen jungen Osseten nach den Workshops sagen zu hören: „ich weiss nicht, warum meine Eltern diesen Krieg mit den Ingusch geführt haben, aber ich habe keinen Hass auf die Ingusch.“

2002 war es mir möglich mit einer Inguschin und einer Ossetin ein Projekt aufzubauen, in dem sich Lehrer und Schüler (Ingusch und Osseten) aus dem Prigorod trafen und langsam Vertrauen zueinander aufbauten und gemeinsam sportliche und kulturelle Begegnungen organisierten. Diese gemeinsamen Treffen brauchten eine Zeit der Vorbereitung, indem zuerst mit jeder Gruppe separat gesprochen wurde und ausgedrückt werden konnte, was die Menschen noch betroffen macht (Dies waren in kleinen Orten, in die einige Ingusch zurückgekehrt waren).

Als ich mich im Frühjahr 2004 in einer Schule mit jungen Schulabgängern (Osseten und Ingusch gemischt) unterhielt, sagten mir die jungen Leute, „jetzt lebt es sich gut in diesem Ort, wir haben keine Angst mehr hier zu leben, wir können überall hingehen, wir treffen uns und tun gemeinsame Dinge.“ Das war zwei Jahre früher nicht der Fall. Ich habe bei diesen Treffen auch gemerkt, wie sehr sich Menschen nach Heilung sehnen, aber ohne einen Dritten den Weg nicht leicht finden können. Dann kam das furchtbare Geschehen von Beslan. Der alte Hass, die alten Vorurteile, das Verteufeln einer ganzen Menschengruppe baut die Trennungsmauer wieder auf und damit die Gefahr weiterer Gewalt. Nur sehr langsam kann die Versöhnungsarbeit wieder aufgenommen werden.

Es ist bei solchen ersten Versuchen des Zusammenkommens nicht ratsam, über die Geschehnisse, den Krieg, die Gewaltereignisse zu sprechen. Dazu muss erst mehr Vertrauen aufgebaut sein. Dieses Aussprechen kann erst dann geschehen, wenn beide Seiten es selbst wünschen. Für das Gelingen einer solchen Aussprache ist ein Dritter, der als Zeuge dabei ist, hilfreich. Jedoch für eine unbestimmte Zeit müssen die grausamen Geschehen erstmal in einem schwarzen Kasten (symbolisch) aufgehoben werden. Später kann man anfangen, Erinnerungen auszusprechen. Es ist wichtig, sich dabei nicht um absolute Wahrheiten zu streiten, sondern die Wahrheit des Einzelnen und seine Erfahrungen zu würdigen. Es geht um eine gemeinsame Erinnerung und um das Würdigen des Erlebten eines jeden Einzelnen. (Dies kommt aus den Einsichten der Erfahrungen in Süd Afrika - A Common Memory).

Nicht zugegebene Schuld führt zu Hass und Vorurteilen, man sieht im andern, was man von sich selbst nicht zugeben möchte. Die Osseten haben in dem Kurzkrieg besonders viel Schuld auf sich geladen, es ist schwer für sie, das zuzugeben und zu verarbeiten. Hass, den man für die feindliche Gruppe fühlt, kann auf nicht zugegebenen Schuldgefühlen aufgebaut werden.

Es dauert also oft eine lange Zeit, bis Menschen ihre Einstellungen verändern können, um Veränderungen in der Situation zu erreichen. In diesem Fall die Rückkehr der vertriebenen Ingusch in das Prigorod. Die Osseten sind voller Angst und Vorurteile und tun alles, um dies zu verhindern. Aber die Einstellung von Gruppen von Menschen ist nicht die einzige Hürde, die überwunden werden muss. Als ich mit einem klugen und sensiblen Mann aus der Regierung von Inguschetien sprach und ich am Ende die Frage stellte: „wie kommt es, dass, wenn das Problem so gut verstanden ist und wenn es ein Programm gibt, die Vertriebenen zurückkehren zu lassen, und wenn so sensible Menschen wie Sie sich damit beschäftigen, wie kommt es,

dass keine Veränderung zustande kommt?“ antwortete er mir: „Sie, aus dem Westen kommend, haben keine Ahnung was alles im Hintergrund mitspielt!“

Ein unsichtbares politisches Netz mit politischen Interessen liegt auf diesen politischen Handlungen (und Nicht-Handlungen) in dieser Region, zu dem den einfachen Menschen der Überblick und der Zugang fehlt. Immer wieder haben die Ingusch-Vertriebenen versucht, eine Protestaktion zu organisieren. Immer wieder wurden sie unmündig gemacht.

2. Tschetschenien und das verbliebene Trauma

Traumatische Ereignisse verändern den Menschen. Der normale Prozess in dem wir mit unsern Sinnen und unserem Verstand Veränderung aufnehmen und eingliedern, gilt bei einem traumatischen Ereignis nicht. Das Geschehen bricht so unvorbereitet in unser Leben ein, dass wir verwirrt aus dem Geschehen herauskommen. Ganz abgesehen von den Verlusten einer Gewaltaktion hinterlässt der plötzliche Einschnitt ins Leben Symptome und verändert Verhalten, mit denen sich der Mensch auseinandersetzen muss. Der zurückbleibende emotionale Wirrwarr schürt Wut und Zorn, macht hilflos und kann die Grundlage für weitere Gewalt werden. Um mit Traumata zurechtzukommen und einen Weg zu Gesundheit zu finden, braucht der Mensch einen Gesprächspartner.

Eine Kinderärztin aus Grosny wollte mit Hilfe von Geldern der niederländischen Kirchen Frauen (meist Lehrerinnen) ausbilden lassen, um Kindern zu helfen, traumatische Erlebnisse zu verarbeiten. Sie sah die Symptome die die Ereignisse in den Kindern hinterlassen hatten, Symptome wie lähmende Angst, Alpträume, emotionales Erstarren, ungebändigte Wut und Zorn und mehr und erkannte, dass hier mehr als ärztliche Behandlung von Nöten war. Ich bin als Gesprächstherapeutin ausgebildet und weil ich regelmäßig in dem Gebiet war, bat man mich, mich mit ihr zu treffen und Lehrerinnen und Sozialarbeiterinnen

Fähigkeiten zu vermitteln, um mit diesen Kindern zu arbeiten.

Psychologische Hilfe war in diesem Gebiet etwas Neues und wurde zuerst mit viel Misstrauen gesehen, man wollte nicht als psychisch kranker Mensch eingestuft werden. Die Psychologie, die man aus der Sowjet-Zeit kannte, betraf entweder kranke Menschen oder es waren psychologische Tests, die den Menschen in die eine oder andere Kategorie einordneten.

Die ersten Treffen mit den Frauen die zu diesem psychologischen Training kamen, waren Gratwanderungen. Traditionell zeigen die Tschetschenen ihre Gefühle nicht. Man weint nicht, man ist stark und erfüllt seine Aufgaben und erfüllt die Rolle, die von Frau, Mann und Kind erwartet wird. Die Frauen, die zusammen kamen hatten alle ihre eigenen traumatischen Geschichten, die sie tapfer in sich trugen. Sie konnten diese Geschichten zwar in beherrschter Form und von Gefühlen losgelöst erzählen, aber ihre Gefühle dazu auszusprechen oder einen Trauerprozess einzugehen, war zu viel verlangt. Es war für mich wichtig, ganz langsam voran zu gehen. Wir mussten erst ein Vertrauensklima aufbauen, einen sicheren Raum schaffen und uns dann Verhaltensregeln für diesen besonderen Raum erlauben. Die Würde und der Selbstrespekt der Frauen durften auf keinen Fall verletzt werden.

Zweimal jährlich kamen wir zusammen; und jetzt, nach 10 Jahren, arbeiten diese Frauen nicht nur mit Kindern, sondern mit allen Menschen einschließlich mit Familien. Es war eine große Überraschung für mich, als nach zwei oder drei Jahren dieser Arbeit Männer auf mich zukamen und sagten, „dies ist eine wichtige Arbeit, die ist nicht nur für Kinder wichtig, wir Männer brauchen sie auch.“

Wie kann Trauma-Heilung in der Realität aussehen? In einer Schule, in der eine von unsern Konsultantinnen arbeitet, brach der Direktor immer wieder in Wutanfälle aus. Die

Lehrer kamen zur Konsultantin und baten sie, doch auch dem Direktor zu helfen. Es war eine mutige Sache für die junge Frau, gegenüber einem Mann - und noch dazu einem Mann in höherer Position - vorzugehen (wir sind bei den Menschen im Kaukasus!), um etwas für ihn zu tun. Aber sie stellte sich geschickt an und der Mann war bereit, mit ihr zu sprechen. Er sagte selbst: „ich weiß nicht, was ich machen kann, aber ich kann diese Wutanfälle nicht beherrschen.“ Dann fing er an, ihr seine Geschichte zu erzählen. Er war in einem Filtrationslager* der russischen Sicherheitskräfte und wurde nach Tortur und Schikanen von dort entlassen und nackt auf einem Feld aus dem Auto ausgeladen. Mit viel Mühe schlug er sich zu seinem Dorf und seinem Haus durch. Er arbeitete zuerst auf dem Land und in dieser Arbeit ging es ihm gut. Dann wurde er als Direktor an diese Schule gegeben und damit fingen seine unkontrollierbaren Wutanfälle an.

Die junge Konsultantin kommt nun regelmäßig zu ihm und er spricht sich aus. Langsam versteht er seine Gefühle und durch Verstehen kann er Wege finden, wie er damit umgehen will. Das Erlebte hatte ihm den Respekt vor sich selbst geraubt und das schmerzt tief, es will sich ausdrücken. In diesem Fall in Wut und Zorn. In anderen Fällen vielleicht in weiterer Gewalt.

Zentral für die Trauma-Arbeit ist, Gefühle kognitiv zu machen, damit der Mensch wieder Herr seiner Gefühle werden kann und ihn nicht die ungebändigten Gefühle treiben. Die Geschichte eines kleinen Jungen illustriert dies gut. Der Junge sah immer Teufel vor Augen. (Weil so viele Grausamkeiten durch Vermummte ausgeführt werden, bleiben Teufelsbilder besonders bei Kindern hängen). In der Gruppe, in der der Junge war, wurde mit Masken gespielt und als die Konsultantin eine Maske sah, die teuflisch aussah, fragte sie den Jungen: „sehen Deine Teufel so aus?“ „Ja“, sagte er, „aber

da müssen noch Ohren dran.“ Er veränderte die Maske so, dass sie wie seine Teufelsbilder aussah. Dann bat die Konsultantin ihn diese Maske zu malen, was er auch tat. Danach fragte sie ihn: „und was willst du nun mit dem Bild machen?“ Da nahm der Junge das Bild, zerknüllte es und stampfte darauf. Erleichtert und mit einem großen Lächeln sah er sich um.

Kreative Aktivitäten, Malen, Bewegung, Rollenspiele, Rituale sind wichtige Elemente im Heilungsprozess. Es ist auch wichtig, das soziale Miteinander wieder aufzubauen. Erlebte Gewalt isoliert die Menschen, soziale Verbindungen werden zerbrochen; zum Heilungsprozess gehört auch Gemeinsamkeit und Verantwortlichkeit füreinander neu zu definieren und zu finden.

Immer wieder bin ich mir bewusst, dass besonders junge Männer in einer Notsituation sind. Viele werden als Terroristen festgenommen und gefoltert oder irgendwo tot aufgefunden. Viele verschwinden ohne jegliche Spur. In letzter Zeit sind es in Tschetschenien aber nicht nur Männer die verschwinden, sondern auch Frauen. Täglich geschehen Erniedrigungen und Gesetzlosigkeiten, gegen die es keinen Widerspruch gibt. Die tobenden Gefühle, die diese Gewaltaktionen hinterlassen, treiben die jungen Männer voller Zorn und Wut in die Berge zu den Separatisten. Sie fühlen sich hilflos angesichts der Geschehnisse und der Gefühle, die diese hinterlassen haben. Ihr einziger Ausweg ist, sich zu den Separatisten zu gesellen.

Die jetzige Situation in Tschetschenien ist alles andere als normal. Die Zeltlager in Inguschetien, in die hunderttausende Tschetschenen nach Ausbruch des zweiten Krieges (1999) geflohen waren und in denen sie verhältnismäßig sicher lebten, sind geschlossen. Die Menschen mussten 2005 nach Tschetschenien zurückkehren und leben dort in provisorischen Wohnheimen oder

kleinen Räumen, mühsam in dem Trümmerskelett von Grosny zusammengebastelt. Wasser gibt es meist nur aus einem Hahn auf der Strasse und Licht und Gas wird unzuverlässig geliefert.

Die meisten Menschen versuchen, so gut wie möglich, zwischen den gesetzlosen Akteuren dieses Landes ihr Leben zu führen. Zusätzlich zu den spasmodischen Gewaltaktionen gibt es unerklärte Krankheiten, die die Menschen unsicher machen, was die Gründe dafür sein können. In einer Fabrik in Grosny wurde sehr hohe Radioaktivität gefunden. Viele junge Menschen sterben plötzlich am Herzinfarkt. Der Stress, in Tschetschenien zu leben, ist groß.

Journalisten werden kaum ins Land gelassen. Die mutigen Menschen von Memorial, einer russischen Menschenrechtsgruppe, arbeiten in ständiger Gefahr. Die Menschen fühlen sich machtlos, sie können nicht protestieren und die Weltgemeinschaft weiß wenig von dem, was wirklich vor sich geht.

Die Menschen im Kaukasus sind nicht von Natur aus Terroristen oder gewalttätige Menschen. Sie haben sehr schöne Traditionen und eine feine Kultur. Die Gastfreundschaft ist besonders stark ausgeprägt. Man sagt, dass ein Gast ein von Gott (Allah) geschickter Engel ist. Egal, ob er aus der eigenen oder einer fremden Menschengruppe kommt. Auch der schlimmste Feind wird im Haus bewirtet und respektiert. Das Gras vor dem Haus soll flach getreten sein; das bedeutet: viele Engel Gottes sind hier zu Besuch gewesen.

Es ist Ehrensache, sein Wort zu halten. So erzählt man diese Geschichte: Ein zu Tode Verurteilter stand vor seinen Anklägern und bat vor seinem Tod, noch einen Becher Wasser zu bekommen. Als er ihn in der Hand hielt und nicht trank, fragten die Ankläger: „warum trinkst du nicht?“ Da antwortete er: „ich fürchte, ihr werdet mich nicht zu Ende trinken lassen.“ „Doch“, sagten die Ankläger, „du kannst zu Ende trinken.“ Da schüttete er das Wasser

*Die Filtrationslager sind russische Gefängnisse in die vermutliche Terroristen gebracht werden und furchtbaren Torturen ausgesetzt werden.

auf die Erde, die Ankläger behielten ihr Wort und er behielt sein Leben.

Der Tanz ist eine wichtige Ausdrucksform. Er kann überall und mit einfachsten Mitteln organisiert werden. Man stellt sich in einen Kreis und klatscht. Schön, wenn es eine Ziehharmonika und eine Trommel gibt, aber es geht auch ohne. Ein Mann geht in den Kreis und läßt diskret mit Augen oder Hand ein Mädchen in den Kreis. Das Mädchen bewegt sich mit ruhigen, graziösen Schritten und der Mann zeigt seine Kraft und seine Beherrschtheit in seinen schnellen, rhythmischen und kraftvollen Bewegungen, mit denen er um die Frau tanzt, aber sie auf keinen Fall berührt. Ein wunderbares Zwiespiel von weiblicher Grazie und männlicher Energie. Ich erinnere mich an einen Abend während der Kriegszeit 1995 in Grosny, als eigentlich Ausgangssperre war. Wie die Menschen aus den Wohnblocks schlichen und sich in einem Hof trafen, um zu tanzen. Ein paar hundert Meter entfernt schossen die Russen ihr Begleitenspiel in die Luft.

Auch in den Zeltlagern war der Tanz immer eine eindrucksvolle Art, Menschen an ihre Wurzeln, ihre Würde und an ihre Freude zu erinnern. Kleine Kinder tanzen schon

mit genau so viel Energie und Grazie wie die Erwachsenen. Der Tanz und die Erinnerung an Traditionen haben heilende Kräfte, ich würde sogar sagen: Die Tschetschenen tanzen sich gesund.

Was habe ich aus diesen Erfahrungen über Friedensarbeit gelernt?

- Dass Menschen sich nach Versöhnung und friedlichem Zusammenleben sehnen.
- Dass Menschen, die sich durch Geschehnisse erniedrigt fühlen, ihre Würde wieder finden und fühlen wollen und dass sie oft nur den einen Weg, den Weg der Gewalt sehen können.
- Dass das Gefühl der Hilflosigkeit Menschen dazu treiben kann, zu hassen.
- Dass Zeuge sein, Zuhören, den anderen achten (nicht nur tolerieren, sondern achten!), wichtige Elemente beim Friedenbauen sind.
- Dass Versöhnung ein langer Prozess ist.
- Dass traumatische Erlebnisse Heilung brauchen.
- Dass ein Dritter, ein Zeuge, ein Katalyst für viele Situationen wichtig ist.

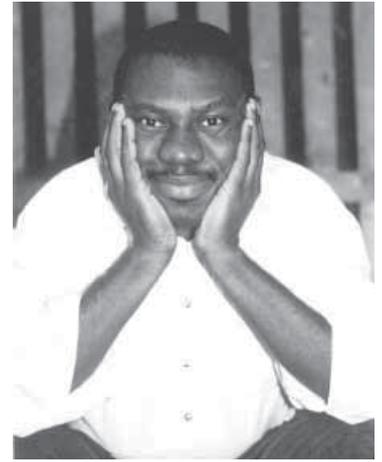
Friedensarbeit verlangt von uns so viel Mut, wie sie ein Krieger braucht. Friedensarbeit ist nicht so sehr Hilfe, als ein Ausdruck unseres gemeinsamen Menschseins. Die Erfahrungen in der Friedensarbeit knüpfen enge Verbindungen, wenn man einmal angefangen hat, kann man nicht einfach aufhören und weggehen. Wir sind wichtiger Teil einer Sache und Menschen geworden, die weiter unsere Sache sein wollen. Friedensarbeit verlangt Ausdauer und Hingabe.

Ich weiß auch, dass ich Friedensarbeit mit einem freien Herzen tun muss. Wenn ich Erfolg oder Dank erwarte oder wenn ich mich als Person beweisen will, dann sollte ich es lieber nicht tun. Erfolg und auch Niederlagen müssen mit einem ruhigen Herzen angenommen werden. Friedensarbeit muss in Freiheit getan werden, die Menschen mit denen man zusammen ist, müssen sich hinterher auch frei fühlen, nicht gebunden an die Person oder zu Dank verpflichtet, das entwürdigt. Friedensarbeit zu leisten, bedeutet für mich: das Leben in seiner ganzen Fülle zu schätzen und zu erleben.



Emanuel Matondo

Das andere Afrika: Widerstand gegen Krieg, Korruption und Unterdrückung



Abschrift vom Band: Gudrun Schneeweiß

Mit dem dritten Beispiel möchten wir uns der wohl größten Herausforderung Afrikas, dem Krieg im Kongo, stellen. Seit August 1998 sind bis heute knapp vier Millionen Menschen in diesem weltweit verlustreichsten Konflikt seit dem zweiten Weltkrieg ums Leben gekommen.

Emanuel Matondo engagiert sich seit langem in der Friedensarbeit im Kongo und wird uns über die Versuche zu einer gewaltfreien Lösung in diesem zentralafrikanischen Land berichten. Beim letzten Kirchentag war er in der Projektleitung Afrika aktiv.

Emanuel Matondo ist 39 Jahre und stammt aus Angola. Dort verweigerte er den Kriegsdienst und wurde Menschenrechtler. 1998 gründete er - nun schon in Deutschland - den Verein „Antimilitaristische Angolanische Menschenrechtsinitiative“.

Er ist Sprecher des Dritte-Welt-JournalistInnen-Netzwerkes und Mitglied im Rat der „War Resisters International“, einer weltweit tätigen Kriegsdienstverweiger-Organisation.

Ich möchte ihn nun bitten, zu uns zu sprechen.

Ich will heute hier in München über Angola und den demokratischen Kongo sprechen, beide Länder, die sich als Treffpunkt aller Globalista, oder Globalisierungstreiber, aller Abenteurer oder Kriegsausbeuter hervorgetan haben, über eine Region mit sehr, sehr vielen Bodenschätzen.

Ich will aber auch über die Zusammenhänge zwischen den Kriegen dort und Euren Ländern sprechen,

in diesem Falle, Deutschland, Schweiz und München als Straftatort für die Verbrechen, die damals im Kongo unter Mobutu begangen wurden, und dies nachweislich. Man wusste schon, dass solche Firmen wie Giesecke und Devrient hier in München Mobutus Falschmünzerei quasi unterstützt haben und falsche zairische Banknoten bis in die Neunziger Jahre massiv hier in München gedruckt wurden. Und weil er die Rechnungen nicht bezahlte, durfte auch die Firma Giesecke und Devrient ihre Verluste unter Mobutu beim Finanzamt, beim deutschen Fiskus, als Verluste abschreiben lassen.

Afrika...

Das ist der Witz: Was alles erzählt man nicht über Afrika, was hatte man hier uns nicht über Afrika erzählt, dem Ursprung der Menschheit. Schaltet man die Medien von Europa ein, von USA erst gar, sieht man Bilder, die nicht ganz der Realität unseres afrikanischen Kontinents entsprechen. Manchmal erkennt man unser Afrika wirklich nicht und alles kommt uns sehr befremdlich vor, nur hungernde Kinder und durch lange Märsche erschöpfte Frauen, schwer bewaffnete Männer mit Autos oder Panzern, an Flüchtlingskolonnen vorbeiziehend, und die massenhaften Totenköpfe als Symbol von Massenmord und Genozid. Darauf folgend die humanitäre Katastrophe und die menschliche Tragödie. Also Sensation für die Zuschauer und Zuschauerinnen hier im Westen! Fragt man nach dem Warum dieser Bilder, wird einfach erklärt, dass ohne solche Bilder sich Afrika nicht medial vermitteln lässt. Der Meinung sind auch viele in der boomenden „humanitären Hilfsin-

dustrie“. Darnach folgt Empörung in Politik und Gesellschaft, und um dieser dann Nachdruck zu verleihen, automatisch die Forderung nach militärischer Invasion, um Frieden im schwarzen Kontinent zu erzwingen. Also nach dem Motto: „Der schwarze Mann ist und bleibt unfähig, Frieden zu schaffen.“ Oder in Stammtischmanier formuliert: „Der schwarze Mann ist unfähig, sich selbst zu helfen, oder zu entwickeln.“ Ein ins Gehirn des weißen Mannes eingebranntes Vorurteil oder Klischee, das mehrere Jahrhunderte alt ist!

Ist Afrika so unfähig, selbst Frieden zu stiften, wie man hier denkt und propagiert? Ist der afrikanische Mensch wirklich so unfähig zur Friedensstiftung, wie es den Leuten hier von Kindheit an erklärt wird? Ist Afrika nur ein Kontinent von Misere, Elend, Bürgerkriegen und Katastrophen, von Bettlern und Almosenempfängern, wie man es hier oftmals präsentiert? Manche klischeehaften Bilder – sei es auf großflächigen Plakaten, denen man jeden Tag an allen Orten und Metropolen begegnet, sei es in Fernsehen und Zeitungen – werden den Menschen unseres Kontinent nicht gerecht und blenden die Kapazität der gesamten Menschheit dieses Kontinent völlig aus.

Dass hinter vielen Katastrophen bei uns (insbesondere auch Kriegen) jene dunklen Kräfte aus aller Herren Länder stecken - etwa Waffenhändler, korrupte Diplomaten und Politiker und zweifelhafte so genannte Militärberater oder Entwicklungshelfer, Plünderer und Unruhestifter jeder Art - dies wird nur wenig erwähnt. Wenn überhaupt, dann in Beiträgen am Rande oder in Sendungen außer-

halb der regulären Fernsehzeiten, während Europa oder die ganze Welt schläft, damit sich hier oder in der Welt keiner verärgert fühlt. Nein, Afrika ist nicht unfähig und seine Menschen sind es auch nicht. Dieser Kontinent hat menschliches Potenzial, das sich selbst schon vor der ersten Begegnung mit dem weißhäutigen Manne, dem Menschenhändler aus Arabien und dann aus Europa zu helfen wusste. Der afrikanische Mensch hat fast allen Genozid überlebt, der von Menschenhändlern oder barbarischen Völkern von Europa und Arabien begangen worden ist, und steht heute gegenüber seinen Peinigern ohne Groll da, verlangt nicht einmal Entschädigung für alles erlittene Unrecht der letzten fünf Jahrhunderte, sondern will nur seine Ruhe oder strebt einfach nach Frieden wie die ganze Menschheit.

Wer in diesem Kontinent ernsthaft Ausschau hält, der wird merken, dass der Wunsch nach Gerechtigkeit und Gleichheit allgegenwärtig ist. Und trotz Armut, Elend und schlechter Regierungsführung, Korruption und Ausbeutung haben die Menschen dieses Kontinents nie resigniert. Sie organisieren sich in den von westlichen, arroganten Organisationen manchmal nicht beachteten Zivilgesellschaften und kämpfen unermüdlich für die Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse, insbesondere für Frieden und Freiheit, aber ohne Gewehre. So kämpfen sie gegen Kriege und Waffenexporte, für das Recht auf Leben. Es sind Menschen aus unterschiedlichen Schichten und Herkunft, die sich diesem Kampf um ein anderes Leben in diesem schwarzen Kontinent im Alltag anschließen, und zwar überall. Es sind Lichtgestalten Afrikas, die einiges in unseren Gesellschaften bewegen, oder ernsthaft bewegen wollen, über die man hier jedoch wenig weiß und selten oder fast nie berichtet. Ich würde sie vergessene Helden und Heldinnen nennen.

Die Menschen Afrikas, die sich einem Kampf um einen anderen und besseren Kontinent verschrieben haben, ohne Diktatoren und Gauner an der Macht, sehen sich oft mit

repressiven Regimes konfrontiert und haben oft mit Verbrechern an der Spitze und deren Regierungsführung zu tun. Das größte Problem oder die ernsthafteste Herausforderung unserer Zeit in Afrika nach dem formellen Abzug der Kolonialisten sind die vielen marodierenden Militärs, die Warlords und die anderen Herren in Uniform bei Regierungstruppen und Rebellen. Bei den Menschen dort, die sich für Frieden und Zivilität einsetzen, sind die größten Hindernisse die Kultur der Straflosigkeit für Kriegsverbrechen sowie die massive Unterstützung von Mördern durch den Westen, die maßgeblich für die Führung und Verlängerung der Kriege in unserem Kontinent verantwortlich sind.

Afrika und der Westen

Dass afrikanische Despoten zu den besten Freunden der westlichen Welt gehören und ihnen problemlos Zugang zu allen Regierungskanzleien dieser Welt gewährt wird, macht es den Gewaltlosen schwer, sich in den Hauptstädten dieser Demokratien Gehör zu verschaffen, und eine Alternative zu militärischen Lösungen zu präsentieren.

Trotz alledem kämpfen die Basisbewegungen Afrikas für ein Ende dieser Kultur der Straflosigkeit und mit dem Aufbau von Zivilgesellschaften bieten sie vielerorts Alternativen.

Diese Gruppen versuchen Konzepte von nichtmilitärischen Konfliktlösungen zu entwickeln und zu definieren. Manche von ihnen tragen durch ihre direkte Intervention oder die Vermittlung zwischen den verfeindeten Parteien zur Deeskalation bei. In einigen Fällen werden sie sogar zu Repräsentanten der Mehrheit, welche die größte Zustimmung aus allen Bevölkerungsschichten erhalten. Gerade diesen Zivilgesellschaftsgruppen Afrikas sollten die Aufmerksamkeit des Westens und der internationalen Gemeinschaft gelten, doch es ist fraglich, ob das rhetorische Bekenntnis zu partizipativer Politik und Priorität von Konfliktprävention ernst gemeint ist.

Gerade das Gegenteil wird nun be-

obachtet und zwar durch die Stärkung des Militärs allerorts, durch massive Militärhilfe, insbesondere aus den USA und China, aber auch aus Europa im Namen der neuen Antiterrorideologie oder zur Kontrolle von dort vorhandenen Ressourcen. Anstatt in Soziales, Bildung und Gesundheit zu investieren und so den Lebensstandard und die Lebenserwartung der afrikanischen Menschen zu verbessern, setzen die neuen und die alten kolonialen Kräfte auf Militär. Mit diesen Marionetten vor Ort, die manche Drecksarbeit für ihre Förderer erledigen, werden sowohl die Ausplünderung Afrikas durch die Industrienationen, als auch die dort von ihnen angezettelten Kriege schwer nachweisbar gemacht.

Die Mehrheit der Afrikaner will lieber Gesundheit, Brot, Bildung, Entwicklung und Frieden anstelle von Waffen und Kriegen aus Deutschland, den USA und der Schweiz, Frankreich, Großbritannien und China. Deshalb entstehen überall Bewegungen gegen kriegerisches Unrecht, Despotismus und Barbarei. Diese Friedenskämpfer stellen das andere Afrika dar und sind die Hoffnung dieses reichen Kontinents, ihretwegen kann man auch sagen: Afrika bewegt sich und Afrika wird sich ändern. Daran glauben wir.

Kongo

Nehmen wir das Land im Herzen Afrikas, die Demokratische Republik Kongo.

In der Demokratischen Republik Kongo, die damals noch Zaire hieß, herrschte jahrzehnte lang der Diktator Mobutu, bekannt als der Mann mit der Leopardenmütze. Er war korrupt und der beste Freund von Franz Josef Strauß oder des baden-württembergischen Ministerpräsidenten und aller konservativer Kreise in Europa, aber auch der Linken. Er regierte repressiv, Kredite und Entwicklungshilfsgelder überwies er sofort auf eines seiner Schweizer Privatkonten. Statt Infrastrukturen aufzubauen, Schulen und Krankenhäuser, und Entwicklungsprojekte durchzuführen, kaufte Mobutu teure Villen in Europa und

in den USA. Getrieben von krimineller Energie ließ er sich Falschgeld in der Landeswährung und Dollarnoten drucken und zwar mit Druckmaschinen eines bayerischen bekannten Unternehmens. Apropos Bayern und München. Ich zitiere: „Falschmünzerei hatte schon früh einen Platz auf der Liste der kriminellen Aktivitäten des Mobutu-Milieus. Im April 1983 beschuldigte die Regierung von Sambia unter Vorlage von Beweisen die zairische Botschaft in der Hauptstadt Lusaka geradeheraus der Falschgelddruckerei. Bei Bembasalona, Mobutus Baron und Zaires größtem Unternehmer – heute ist er noch an der Macht neben Kabila – wurde in Brüssel dann zehn Jahre später – 1993 – eine gigantische Menge noch unfertiger falscher 100-Dollar-Noten sichergestellt, die nach einem neuen, damals nach Aussagen des FBI als beinahe perfekt bezeichneten Verfahren hergestellt wurden. Gegen Ende der Achtziger Jahre wurde der Staat Zaire mit Zutun und unter unmittelbarer Anleitung des Präsidenten Mobutu zur bisher größten Falschgeldmünzerei dieser Welt. Eine bedeutende Rolle spielte dabei die deutsche Hauptsicherheits- und Notenbankdruckerei Giesecke und Devrient aus München/ Bayern und die getarnte Firma Security Printing in Zürich in der Schweiz. Das Schema war einfach: Mit falschen Zaire-Banknoten von Giesecke-Devrient und bei besonderem Bedarf zusätzlich in England und Argentinien im Auftrag des Mobutu-Regimes, nicht aber im Auftrag der Zentralbank, gedruckt, wurden die Gold- und Diamantenminenarbeiter bezahlt, genau wie manchmal die Elitetruppen „special presidentiel“ und die „garde de civil“ – auch hier in Deutschland ausgebildet -, genauer deren Befehlshaber, die meist auch noch einen der Gouverneursposten hatten, wie Baramoto in Nord-Kivu, der immer wieder nach Deutschland kam, obwohl er als repressiver Mörder galt. Der Druck der Banknoten in München kostete weniger als 10 Rappen pro Geldschein, der in Zaire zum Einsatz kam. Für die Münchner Giesecke und Devrient ergab sich mit dem Deal mit dem zairischen

Notendrucks zudem ein vorzügliches Vehikel, das deutsche Finanzamt zu umfahren“, schreibt der Autor. Offiziell und nominell hat die Zentralbank von Zaire kaum eine Rechnung bezahlt, trotzdem druckte Giesecke und Devrient fast endlos und weiter für Mobutu. Allein schon bis 1992 habe Giesecke und Devrient mindestens 50 Millionen Schweizer Franken als verlorene Lieferschulden für den Druck von Falschnoten für die Zentralbank Zaires gegenüber dem deutschen Fiskus als Verlust abgeschrieben, währenddessen die Rechnungen von Security Printing wenigstens teilweise aus Gold- und Diamantenschmuggel in Jamaika vom Mobutu-Regime bezahlt worden seien, schrieb der deutsche Journalist und Brüsseler Korrespondent Haimo Klassen in dem Dossier mit dem Titel „Kalter Krieg und Plünderkumpane – Schweizer Beziehungen in Zaire von 1967 bis 1997“, erschienen in Basel/ Schweiz. – Das Buch kann ich nur empfehlen – Trotzdem galt der Despot als Mann des Westens und war damit automatisch ein Liebling der internationalen Finanzinstitutionen IWF und Weltbank. So wurde München zum Straftatort vergangener Verbrechen gegen die Menschen im Kongo, oder in Zaire, wie der Staat damals noch hieß. Manche von ihnen flohen nach Deutschland und wurden sogar abgewiesen, abgelehnt, das ist die Politik. Und die Mörder des damaligen Regimes unter Mobutu laufen noch straffrei herum, auch hier in Deutschland.

Zivilgesellschaft

Mitte der Achtzigerjahre, als die Menschen in Zaire gegen das Militärregime zu protestieren begannen, formierte sich im Untergrund eine Zivilopposition, später wurden Menschenrechtsgruppen gegründet. Gerade diese zivile Opposition um die charismatische Figur von Etienne Tshokedi trug zur politischen Öffnung Zaires bei und mobilisierte Menschen in allen Provinzen und Schichten. Es ist dieser Bewegung und dieser Partei in Zaire zu verdanken, dass es unter Mobutu Anfang der Neunzigerjahre zur Bildung

einer gut funktionierenden Zivilgesellschaft kam. Mit ihrer Gewaltlosigkeit war diese Bewegung die richtige Alternative zum Militärregime Mobutus. Sie wurde jedoch im Ausland nicht wahrgenommen. Der Despot hatte einfach viel zu viele Freunde im Westen wie im Ostblock. Er galt beiden als Garant der militärischen Stabilität in der Region und bot ihnen die Möglichkeit an, ihre Interessen im reichen Zaire wahrzunehmen. Die Durchführung der nationalen Konferenz durch die Zivilgesellschaft schwächte Mobutu zwar im Jahr 1992, der von einigen seiner Kumpane im Westen fallen gelassen wurde, doch die Gunst der Stunde zur Förderung und Stärkung ziviler Kräfte und Reformbewegungen in Kongo-Zaire wurde nie genutzt.

Mobutu hielt sich an der Macht bis kurz vor seiner Flucht. Dann tauchte wie aus dem Nichts eine Gruppe im Osten von Kongo-Zaire auf und plötzlich verhandelte man nur mit diesen Waffenträgern. Der Rebellenführer und der geschwächte Diktator verständigten sich über die Verteilung der Macht. Die Zivilgesellschaft blieb ausgeschlossen und die internationale Gemeinschaft unterstützte auch noch diese Politik. Der Rebellenführer Laurent Kabila, der Vater, sah dies als Ermutigung nach dem Sturz Mobutus dessen Politik weiterzuführen. Dass ehemalige Freunde Mobutus wie die USA und ihre Verbündeten den neuen Diktator Kabila unterstützten, bestärkte ihn darin, repressiv gegen die Zivilgesellschaft und die Oppositionellen vorzugehen. Auch gegen die Besatzung Kongos, oder weiter Teile Kongos durch Ruanda und Uganda zwischen 1998 und 2002 hatte der Westen nichts einzuwenden gehabt. Die Zivilgesellschaft des Kongo kämpfte unermüdlich für einen sofortigen Rückzug, trotz der ruandischen und ugandischen Besatzungstruppe, für die Einhaltung der Menschenrechte und einen nationalen Dialog zur friedlichen Lösung des Konflikts in ihrem Land, aber ohne fremde Interventionen. Bis zu seiner Ermordung im Jahre 2001 war Laurent Kabila, der Vater, Alleinherrscher über den Kongo. Da-

nach wurde sofort sein Sohn Joseph Kabila zum Machthaber des Herzens Afrikas ernannt, wie in einem Königreich. Auch wenn die ugandischen Truppen und Teile der ruandischen Armee Ende 2002 sich aus dem Land zurückzogen, hinterließen sie ihre kongolesischen Helfershelfer und Handlanger zersplitterter Rebellengruppen, die nicht nur ihr kriegsverbrecherisches Unwesen gegen die Zivilbevölkerung trieben, sondern auch ihren Befehlshabern und Förderern in Kampala, der Hauptstadt Ugandas, und in Kigali in Ruanda zu Ressourcenausbeutung Kongos verhalfen. Nach einem Friedensabschluss 2003 mit einer bisher nie weltweit erprobten Formel mit einem Präsidenten und 4 Vizepräsidenten teilt Joseph Kabila, der Sohn, nun sein Erbe der Kabila-Dynastie mit vier weiteren ehemaligen Rebellenführern, auf deren Konten mit den Besatzungsmächten ca. 4 Millionen tote Kongolesen gehen. Mit diesen Dämonen an der Macht werden bis heute zivilgesellschaftliche Akteure Kongos, insbesondere Menschenrechtler und Journalisten weiterhin drangsaliert und bedroht. Das Bewundernswerte an dieser kongolesischen Zivilgesellschaft ist, dass sie seit über zwanzig Jahren nun gegen Unrecht kämpft und sich von nichts entmutigen oder gar einschüchtern lässt. Sie hat alle Diktaturen überlebt, wird von Jahr zu Jahr dynamischer und hat sogar die Dörfer Kongos erreicht. Sie glaubt einfach an die Veränderbarkeit der Dinge. Das ist ihre Stärke.

Seit April 2003 befindet sich Kongo in einer Übergangsphase, die nach den Friedensvereinbarungen in Sun City in Südafrika mit der Durchführung von freien fairen Wahlen nach 51 Jahren beendet werden sollte, um so eine vom Volk gewählte, eine legitime Regierung für das Land zu bekommen. Aber die Kriegsherren und die Machthaber haben die Wahl eigenmächtig verschoben. Am 30. Juni 2005 oder am 40. Jahrestag der Unabhängigkeit des Kongo sollte sie eigentlich stattfinden. Sie haben einfach die Übergangsphase verlängert um weitere 12 Monate. Der Kongo durfte also nicht am 30. Juni 2005

wählen, sondern wird jetzt voraussichtlich im Frühjahr 2006 wählen, sowohl eine Mehrheit im Parlament, als auch den Präsidenten und die Gemeindevertreter. Wenn alles gelingen sollte, dann dürfte der Kongo am 30. Juni 2006 seinen ersten frei gewählten Präsidenten bekommen – wenn überhaupt, weil die Kriegsparteien schon anfangen die „Beute“ zu verteilen. Und während sie mit allen Tricks und Manöver versuchen, diesen Prozess zu sabotieren, droht immer wieder Ruanda, das Land zu besetzen.

Dies tat der Präsident von Ruanda auch Ende 2004, indem er diesem Land drohte, es wieder zu besetzen, aber dann gingen Frauen auf die Straße. Es war wohl am 3. Dezember 2004. Aber drei Tage später gingen Tausende Frauen nach Bukavu, der Provinzhauptstadt der Provinz Kivu, es waren unorganisierte Frauen. Sie gingen mit Fanfaren und Gesängen und als Zeichen ihrer Stärke in Rot gekleidet. Rechtsanwältinnen, Studentinnen, Hausfrauen, Vertreterinnen von nichtstaatlichen Organisationen und nichtorganisierte Frauen forderten den sofortigen Abzug der Besatzungstruppen und das Recht auf Freiheit und Frieden und Leben. Ihre Demonstration führte sie bis zur Grenze nach Ruanda. Dem Marsch dieser Frauen folgte ein nationaler Aufschrei und später auch ein internationaler. Schweden zog sofort die Konsequenzen und stoppte seine Entwicklungshilfe an Ruanda. Das Land wurde so unter diplomatischen Druck gesetzt, dass die Machthaber in Kigali unter Paul Kagame ihre Drohung, den Kongo wieder zu besetzen, nicht wahr werden ließen. Die Besatzungsmacht steht seitdem unter Beobachtung. Also es geht doch auch ohne Gewalt!

Angola -

Nehmen wir einmal Angola, das Land, aus dem ich komme. In Angola lieferte sich die korrupte und militaristische Regierung der MPLA über dreißig Jahre hin einen erbitterten Kampf mit der ebenso skrupellosen Rebellenbewegung Unita, auch eine von F. J. Strauß unterstützte Gruppe. Unita oder Sawimbi galt als der

beste Freund der CSU, er hatte sogar seine Villa hier bei München. Auch wenn viele deutsche Parteistiftungen keine Vertretung in Angola haben durften, die Hanns-Seidel-Stiftung war mit ihrer Vertretung im Unita-Hauptquartier ganz offiziell zugegen. Viele Abgeordnete durften sogar hinfliegen und zwar über Südafrika zur Apartheid-Zeit oder über Rhodesien, Besetzer-Rhodesien. Das ist die wahre Geschichte. Das an Erdöl und Diamanten reiche Land wird von einer Handvoll von Militaristen beherrscht, die zunächst stellvertretend für Freunde im Westen und im Ostblock, später dann auf eigene Rechnung Krieg führten.

- und seine Zivilgesellschaft

Erst nach der politischen Öffnung 1992 konnte sich langsam eine Zivilgesellschaft entwickeln in dieser Republik, die von Generälen beherrscht wurde. Mitte der Neunzigerjahre, als die Stimme der unabhängigen Journalisten lauter wurden, gewann die Bildung einer Zivilgesellschaft an Dynamik. Sie war nach dem erneuten Ausbruch des Bürgerkrieges 1998 so stark, dass sie zum größten Problem für die Kriegsparteien wurde. Viel zu lang haben die Menschen in Angola den Militärs vertraut und ihnen das Feld des politischen Handelns überlassen, bis sie merkten, dass die Männer in Uniform das ganze Land ins Elend oder sogar in eine menschliche Tragödie gestürzt haben. Nun setzte sich die Überzeugung durch, dass mit den Militärs kein Frieden zu erreichen ist, und der Militarismus aller Kriegsparteien die humanitäre Krise nur verschärft – und dies gilt weltweit. Deshalb stellte sich die Zivilgesellschaft Angolas gemeinsam mit den Kirchen und den Ziviloppositionsparteien gegen den Krieg und forderte einen sofortigen Waffenstillstand und einen Dialog mit allen gesellschaftlichen Kräften, einschließlich jenen, die seit Jahrzehnten von politischen Entscheidungen ausgeschlossen waren. Diese Bewegung empfahl, die ökumenische Friedensorganisation und die beiden großen Kirchen Angolas als Vermittlerinnen zwischen den Kriegsparteien. Daran war ich

auch persönlich beteiligt. Die hinter dieser Friedensinitiative stehenden Gruppen brachten viele Vorschläge ein und präsentierten zugleich Konzepte für einen Friedensplan, an dem ich persönlich auch mitgearbeitet habe und ihn mit verfassen durfte. Die Kriegsparteien gerieten dann plötzlich unter Druck, und es bewegte sich etwas. Gespräche und Kontakte kamen zwischen der ökumenischen Friedensorganisation und der MPLA-Regierung zustande, erste Vermittlungsgespräche zwischen der beteiligten Unita-Abteilung und der MPLA wurden im Ausland geführt. Dies veranlasste die UN später, ihre einseitige Position zugunsten der Regierungspartei teilweise aufzugeben und sich unserer Politik des wahren politischen Dialogs zwischen den Kriegsparteien anzuschließen.

Nur – während die Kriegsparteien wieder über mögliche Verhandlungen sprachen, führten sie weiter ihre erbitterten Kämpfe überall im Lande mit einer Politik der verbrannten Erde, deren Folgen wir heute noch zu spüren bekommen. Der Widerstand einer Gesellschaft, die nicht mehr Krieg wollte und kategorisch ablehnte, ignorierten die Kriegsparteien einfach und dann wurden sie von einer massenhaften Kriegsdienstverweigerung junger wehrfähiger Menschen überrascht.

Dieses Phänomen breitete sich im ganzen Lande aus, unterstützt von einer Kampagne unabhängiger Medien und meiner angolanischen Organisation aus Deutschland. Dies brachte dann später unsere Oberkommandierenden der Kriegsparteien in die Bredouille und veranlasste den angolanischen Verteidigungsminister später einzugestehen, dass sie Personalengpässe hatten. Also, ich halte immer noch Kriegsdienstverweigerung für die effektivste Form, jedem Krieg den Boden zu entziehen.

Diese Broschüre ist bei „connection“ erhältlich (s.S. 57)

Das andere Afrika

**Widerstand
gegen Krieg, Korruption
und Unterdrückung**



Genf: 29.3. ♦ St. Etienne: 1.4. ♦ Grenoble: 3. & 4.4. ♦ Paris: 7. & 8.4. ♦ Lyon: 12.4. ♦ Nottuln: 18.4. ♦ Landshut: 19.4. ♦ Salzburg: 20.4. ♦ Wien: 21.4. ♦ Mainz: 22.4. ♦ Bergisch-Gladbach: 25.4. ♦ Eberswalde: 26.4. ♦ Frankfurt/M.: 27.4. ♦ Völklingen: 28.4. ♦ Heppenheim: 29.4. ♦ Celle: 9.5. ♦ Münster: 10.5. ♦ Bochum: 11.5. ♦ Essen: 12.5. ♦



Connection e.V.

Clemens Ronnefeldt

Ausblick und Positionen für die Friedensbewegung

Beim Anhören unserer drei Referenten wurde deutlich, dass wir in der Politik einen Paradigmenwechsel brauchen – von militärischem Denken in Machtkategorien hin zu einer umfassenden Friedenskultur. Dazu zählt die Schwerpunktsetzung auf Kriegsprävention ebenso wie die Nachsorge für traumatisierte Opfer in Form von Versöhnungsarbeit.

Zu einer Friedenskultur gehört auch ein nachhaltiger Lebensstil auf Grundlage erneuerbarer Energien, der Kriege um die zu Ende gehenden Öl- oder Gasreserven überflüssig macht.

Hier dürfte einer der fundamentalsten Unterschiede zwischen unserer Veranstaltung und der Sicherheitskonferenz im Bayrischen Hof liegen: Präsident Bush hat erst vor wenigen Tagen noch einmal selbst die Ölsucht der Vereinigten Staaten offen benannt – und scheint – wie auch einige EU-Staaten - offensichtlich auch bereit, zur Aufrechterhaltung des westlichen Lebensstils weitere Kriege zu führen.

Der heutige Abend hat gezeigt: Wenn Menschen oder Organisationen ohne Eigeninteressen sich als wirklich neutrale Vermittler zwischen zwei Konfliktparteien engagieren, haben sie oft größere Chancen, Konflikte zu schlichten, einen Krieg zu beenden oder gar zu verhindern als Regierungen.

Die beiden Friedensforscher Prof. Paul Collier und Dr. Anke Höffler von der Universität Oxford haben in einer Studie errechnet, dass die Verkürzung eines Bürgerkrieges um ein Jahr im weltweiten Durchschnitt eine Einsparung von ca. 9 Milliarden Dollar mit sich bringt – vom vermiedenen Leid der Opfer einmal ganz abgesehen.

Wäre es daher nicht allein schon aus ökonomischen Gründen sinnvoll, weitaus mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in zivilen Friedensdiensten auszubilden statt wertvolle Ressourcen in unsinnige Rüstungsprojekte zu stecken?

Die Kosten von rund 25 Personen in einem Pilotprojekt der Nonviolent Peaceforce - den derzeit noch im Aufbau befindlichen gewaltfreien Friedenskräften - in Sri Lanka sind verschwindend gering im Vergleich zu den Ausgaben und Folgekosten bei Fortsetzung des Krieges.

Ein weiterer Ansatz für eine Friedenskultur stellt die Kontrolle von Zahlungen für Gold, Erdöl, Coltan oder Diamanten dar, mit denen Warlords und Regierungen ihre Kriege finanzieren.

„Publish, what you pay“, veröffentlichte, „was du zahlst“, heißt eine internationale Kampagne, die z.B. die Zertifizierung von Diamanten unbedenklicher Herkunft aus Sierra Leone fordert, um diese von Blutdiamanten der Warlords für potentielle Käufer zu unterscheiden.

Obwohl Rüstungsexporte gerade mal 1 Prozent des Welthandels - abgesehen von verdeckten Geschäften - ausmachen, werden in dieser Branche nach Schätzungen von Friedensforschern 50% aller weltweiten Schmiergeldzahlungen getätigt. „International Transparency“ – „Internationale Transparenz“ - heißt eine Kampagne, die sich dem Kampf gegen die Korruption im Waffenhandel verschrieben hat und regelmäßig Ranking-Listen sauber und korrupt arbeitender Staaten veröffentlicht. Dies soll nicht heißen, dass wir einem „fairen Waffenhandel“ das Wort reden. Ganz im Gegenteil:

Rüstungsexporte, wie z.B. die aktuelle U-Boot-Lieferung an Israel, tragen in aller Regel zur Eskalation von Konflikten in einer Region bei, und gehörten daher ganz verboten.

Wer heute Abend Lust bekommen hat, sich weiter mit der Kunst des Frieden-Stiftens zu beschäftigen, dem empfehle ich die Lektüre des Buches „Die Friedensmacher“ von Petra Gerster und Michael Gleich (Hanser-Verlag).

Im Rahmen des Projektes „Peace Counts“, „Frieden zählt“, werden in diesem Buch Personen in verschiedensten Konfliktregionen mit ihrer Friedensarbeit portraitiert.

12 von Ihnen wurden bereits in 30-minütigen Fernsehsendungen des Westdeutschen Rundfunks einem breiten Publikum bekannt gemacht – ein erfreulicher Lichtblick in einer oft Gewalt fördernden Medienlandschaft.

Nach dem 15.2.2003, als mehr als 10 Millionen Menschen weltweit in 604 Städten der Erde gegen den damals noch drohenden Irak-Krieg demonstrierten, schrieb die New York Times: Es gibt wieder zwei Supermächte: Die USA und die durch die Friedensbewegung geformte öffentliche Meinung, wonach Krieg kein Mittel der Politik sein kann. Diese in der Zivilgesellschaft steckende enorme Kraft möchten wir weiter stärken.

Die Chancen, eine Bombardierung Irans durch diplomatische Mittel noch abzuwenden, sehe ich diesmal größer, weil die Risiken eines Krieges für alle Beteiligten noch schwerer kalkulierbar sind als es im Fall Iraks war.

Um allen Kriegsstrategien eine Absage zu erteilen und gleichzeitig eine Friedenskultur zu fördern, ruft ein breites Bündnis von Friedensorganisationen morgen zu einer Großdemonstration hier in München auf. Der Auftakt wird um 12.00 Uhr am Lenbachplatz sein, die Abschlusskundgebung um 15.00 Uhr am Marienplatz.

Bereits am vergangenen Mittwoch trafen sich vorwiegend junge Menschen im Gemeindehaus der Erlöserkirche München, um sich über Friedensdienste verschiedenster Art zu informieren.

Morgen Vormittag gibt es die Gelegenheit, mit unseren drei Referenten von 9.30 Uhr bis 12.00 Uhr die heute Abend angerissenen Fragen im DGB-Haus in der Schwanthaler Straße 64 in 3 Diskussionsforen weiter zu vertiefen.

Parallel bieten wir zur gleichen Zeit im Eine-Welt-Haus in der Schwanthalersr. 64 drei Workshops an zu den Themen:

„Frieden auf Gasleitungen“ mit Kai Ehlers

„Schritte zur Abrüstung“ mit Thomas Rödl und

„Chancen für einen Friedensprozess in Tschetschenien“ mit Imran Escheev.

Morgen Abend laden wir zu einer Podiumsdiskussion zum wohl derzeit aktuellsten Thema ein: „Wie ist der Krieg gegen Iran abwendbar“? Um 19.00 Uhr diskutieren im DGB-Haus Prof. Mohssen Massarrat, Dr. Katajun Amirpur und Andreas Zumach.

Zum Schluss dieses Abends möchte ich allen danken, die zum Gelingen dieser Veranstaltung beigetragen, ganz besonders Roswitha Jarman, Dieter Wendelein, Emanuel Matondo, Hans Peter Dürr, und Klaus Kreuzeder.

Wir bedanken uns beim Kulturreferat der Landeshauptstadt München, das es uns auch in diesem Jahr ermöglicht hat, den Auftakt zur Internationalen Friedenskonferenz in diesem wunderschönen Rathaussaal durchzuführen, ebenso bei den Angestellten der Stadt München hinter den Kulissen dieses Saales.

Unser Dank gilt allen, die sich bei der Vorbereitung engagiert haben sowie den zahlreichen Unterstützerorganisationen und mitfinanzierenden Einzelpersonen.

Bei einer Person liefen die Fäden der Organisation in den letzten Monaten in besonderer Weise zusammen: Thomas Rödl von der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, der unseren Dankes-Applaus in besonderer Weise verdient hat.

Im Namen des Vorbereitungskreises möchte ich Ihnen allen danken, die sie heute Abend gekommen sind und sich für die Friedensfrage geöffnet haben.

Wir laden Sie ein, beim Hinausgehen noch etwas bei den Informationstischen zu verweilen, Materialien mit nach Hause zu nehmen und mit uns ins Gespräch zu kommen.

Ich möchte den Abend beschließen mit einem ermutigenden, sehr persönlichen Text von Nelson Mandela und Ihnen allen einen guten Nachhauseweg wünschen.



Unsere tiefste Angst ist nicht, dass wir unzureichend sind,

Unsere tiefste Angst ist, dass wir maßlos sind in unserer Kraft.

Unser Leuchten ist es, nicht unsere Dunkelheit, was uns am meisten erschreckt.

Wir fragen uns: Wer bin ich, dass ich brilliant, großartig, begabt und sagenhaft sein dürfte?

Allerdings: Wer bist denn Du, dass Du es nicht sein dürftest?

Wenn wir unser eigenes Licht scheinen lassen, ermutigen wir unbewusst auch andere Menschen, ihr eigenes Licht scheinen zu lassen.

Wenn wir frei sind von unserer eigenen Furcht, wirkt unser eigenes Sein ganz von allein befreiend auf andere.

Nelson Mandela

Diskussionsforum 1: Region Mozambique

Praktische Nächstenliebe hilft Frieden schaffen.

mit Dieter Wenderlein

Zusammenfassung: Klaus Mittlmeier

Die TeilnehmerInnen des Gespräches haben mit dem Referenten, Herrn Dieter Wenderlein, in einer fast persönlichen Unterhaltung die genaueren Vorgänge, die Beweggründe und Handlungschancen bei den am Vorabend vorgestellten Friedensgesprächen für Mosambik erörtert.

Schwerpunkt der Diskussion war das Herangehen von Sant'Egidio an das Problem:

Dass Sant'Egidio zunächst angetreten ist, um humanitäre Hilfe zu leisten,

dass ihnen ihre friedensstiftende Aufgabe situationsbedingt zuge wachsen ist und wie ihnen am Ende die Überwindung des Bürgerkrieges durch zielstrebiges Vorgehen gelungen ist.

Das Vorgehen von Sant' Egidio zeigt folgende Aspekte:

- Dienst an den Armen.
- Verbundenheit mit Land und Leuten, genaue Kenntnis der Situation.
- Gerade die Armen brauchen den Frieden am nötigsten!
- Dialog mit Allen: Einbeziehen von allen Parteien mit Macht, auch der „Bösen“.
- Gewaltfreier Umgang mit „Andersdenkenden“: Auch bei den „Bösen“ ist eine Entwicklung möglich!
- Den Dialog durchhalten, in Geduld, ohne Erwartung schneller Lösungen, ohne Druckmittel, aber mit großer Zielstrebigkeit und Pro-

fessionalität – und trotz weitergehender Kämpfe und Massaker.

- Ohne eigene Machtmittel verhandeln, und umso leichter als „fairer Makler“ akzeptiert werden.
- Vielfalt von Aktionen und Verhandlungs-Initiativen: z.B. Postkarten-Aktion, bei der die Bevölkerung ihre Meinung zu den Waffenstillstands-Verhandlungen ausdrücken konnte.
- Finanzielle und logistische Hilfe von Regierungen national und international angenommen.

Vertiefende Aspekte aus dem Gespräch:

Zur Art des Konfliktes: Als die äußeren Störfaktoren entfallen waren, hat sich der bewaffnete Binnen-Konflikt nicht von selbst aufgelöst. Er hatte sich verfestigt, war von außen her nicht mehr abhängig, aber von außen auch schlecht zu beeinflussen. Sant'Egidio war durch jahrelange Entwicklungshilfeprojekte zu einer inneren Kraft in Mosambik geworden, aber mit Verankerung in Italien. Beides war hilfreich für die Rolle als Vermittler. Diese ergab sich anfangs eher zufällig, wurde dann aber planvoll ausgefüllt.

Zur Rolle der Gerichte: Der Dialog zwischen 2 unbesiegten Gegnern verbot es, Tribunale oder Wahrheitskommissionen wie in Südafrika anzustreben. Man war zur Meinung gekommen, dass der Versuch „Gerechtigkeit“ herzustellen, der Stabilisierung des Landes geschadet hätte. Es gab ein paar Gerichtsverfahren gegen Generäle. Aber ganz

viel Unrecht wird wohl ungesühnt bleiben.

Eine Stabilisierung des Landes war wegen des enormen Friedenswillens der Menschen trotzdem möglich. 13 Jahre Frieden haben zur weiteren Beruhigung beigetragen.

Zu der Rolle der Medien: Sie wurden erst spät informiert, da die Gespräche Vertrauensschutz benötigten. Trotzdem haben die Medien in Portugal (ehemaliger Kolonialherr) und in Mosambik (Regierung der Befreiungsbewegung) teilweise den Dialogprozess gestört.

Die „Zeit des Vergessens“ der Schrecken des Krieges und der guten Vorsätze hat auch in Mosambik bereits wieder begonnen. Die Gesellschaft leidet darunter, dass Politiker vielfach nicht mehr als glaubwürdig empfunden werden, die Wahlbeteiligung sinkt drastisch. Was kann man da tun?

Die eine Antwort von Sant' Egidio in Mosambik heißt: Hilfe zum Leben. Dazu gehört auch die Bekämpfung des größten Übels: Aids. Viele Familien werden zerstört, was für die Gesellschaft ganz verheerende Auswirkungen hat. Daher betreibt Sant'Egidio in Mosambik eine Tagesklinik, in der auch HIV-positive Frauen medizinische Hilfe erhalten und entbinden können. Dort wurden von aidskranken Müttern bereits 1500 gesunde Kinder entbunden. Dies ist ein wichtiger lokaler Beitrag für die Stabilisierung der Gesellschaft. Für solche Projekte bekommt Sant' Egidio auch hierzulande Hilfe.

Die andere Antwort ist die Pflege der Graswurzel-Arbeit: Der Respekt vor den Fähigkeiten aller Betroffenen lässt diesen ihre Eigenverantwortung und hilft zur Entwicklung gemeinsamer, bürgerschaftlicher Verantwortlichkeit in Problemgebieten. Die Eigenkräfte der Gesellschaft können so aufgebaut werden. So sind heute bereits ca. 5000 bis 6000 junge Leute eingebunden in die praktische Sorge für die Armen, Gefangenen und Kranken.

Und als drittes: Ein regelmäßiger Dialog der Religionen über die Lösung konkreter Notsituationen und Konflikte wäre hilfreich, denn religiöse Unterschiede sind oft Grund für Gewalt, entfremden die Menschen. Alles dies sind Aspekte einer Prävention gegen Gewalt durch den Aufbau einer funktionierenden, solidari-

rischen Zivilgesellschaft.

„Was tun mit all dem haarsträubenden Unrecht um uns herum?“ – diese Frage kam aus dem Wissen um die vielfältigen Probleme Afrikas (z.B. die „Vitaminpräparate gegen Aids“ des Dr. Rath in Südafrika!).

Aus Sicht von Sant' Egidio fordert uns dies zu aller erst dazu heraus, bei uns selbst anzufangen und ein konstruktives Verhalten zu entwickeln. Schimpfen und bekämpfen bringt nicht weiter.

Erst mal versuchen, Afrika zu verstehen und ohne viel Ideologie Wissen aufzubauen.

Zweitens gibt es gute Projekte, für die wir uns einsetzen können. Die Botschaft soll sein: Wir mögen Afrika, wir lieben den Frieden, wir

setzen uns ein für Gerechtigkeit und wir haben gute Ideen, auch ein konkretes, gutes Projekt.

Also: Einen großen Traum haben, aber realistisch bleiben! Natürlich sind dazu z.B. Geldspenden notwendig, aber es geht um mehr: Den Leuten Hoffnung geben! „Es gibt diese Probleme, aber wir stehen ihnen nicht machtlos gegenüber!“ Wichtig ist, den Menschen das Gefühl zu geben, dass jeder was Gutes beitragen kann. Ob das der Kampf für die Menschenrechte ist, oder der Kampf gegen Hunger oder für eine bessere Bildung, oder der Kampf gegen HIV. Das sind alles Bausteine für den Frieden.

Um für diese Arbeit zu interessieren, gibt es einen guten Weg: Konkrete Hoffnung verbreiten!

Diskussionsforum 2: Region Kaukasus

mit Roswitha Jarman

Zusammenfassung: Sabine Hahn

Es war Roswitha Jarman ein Anliegen den Teilnehmenden einen Einblick in Ihre Arbeitsweise zu geben. Sie begann deshalb zunächst mit einem Workshop, der ihre Arbeitsweise ansatzweise erfahrbar machte. Danach war Zeit für Fragen zum Vortrag am Vorabend, aber auch zu Fragen, die die Einzelnen in die Runde mitgebracht hatten.

Mechthild Schreiber hat Roswitha Jarman vorgestellt. Roswithas Motivation für die Arbeit in Russland und im Kaukasus resultiert aus dem Bewusstsein der deutschen Kriegsschuld: ihr Vater war als Soldat an der Ostfront. Ihre Eltern sind am Ende des 2. Weltkriegs aus Pommern geflohen.

Friedensarbeit ist für sie eine

Herzensangelegenheit. Sie betonte noch einmal, dass Friedensarbeit aus freiem Herzen geschehen sollte, absichtsfrei und ebenso wenig – überspitzt formuliert – aus schlechtem Gewissen wie aus dem Wunsch, die Welt zu retten. Erst dann haben Friedensarbeiter die innere Freiheit und damit die Chance, vorbehaltlos auf die Menschen zuzugehen, egal welcher Konfliktpartei sie angehören. Der Schwerpunkt ihrer Arbeit liegt im Zuhören ohne Kommentar, ohne Wertung, ohne Verurteilung.

Übung im Zuhören

Die Teilnehmenden haben sich je zu zweit (Person A / Person B) zusammengetan. Jeweils eine der beiden Personen hatte dann die Möglichkeit, ca. drei Minuten lang aktives Zuhören zu üben.

Vorgabe war: A ist wichtig, A spricht. Der, der spricht, soll sich in seine Gedanken, Gefühle ungestört vertiefen können.

Person B sollte beim Zuhören auf sich achten: Wie geht es mir beim Zuhören in dieser speziellen Situation?

Die konkrete Frage bezog sich auf den vorhergegangenen Abend: Was beschäftigt mich noch, worüber möchte ich mehr wissen? Nach drei Minuten wechselten A und B die Rollen.

(Aus meiner Erfahrung mit diesem kleinen Projekt „Zuhören“ kann ich sagen, dass erstaunlich viel Raum war in den drei Minuten für Reflexion über das am Vorabend Gehörte und die erlebten Gefühle, einfach dadurch, dass eine/r

zuhörte, die/der nicht kommentierte, nicht argumentierte, nicht unterbrach.)

Roswitha Jarmans psychologischer Arbeitsansatz für die Trauma-Arbeit

Es folgte die Arbeit mit den Fragen und Gefühlen, die nach den Gesprächen im Raum standen. Roswitha Jarman machte damit ihren psychologischen Zugang deutlich: Ein zentraler Punkt war die Aggression und was sich hinter ihr verbirgt.

Die immer wieder gestellte Frage, was man in konkreten Gewaltsituationen tun kann, kam von verschiedenen Teilnehmenden. Da war auch die konkrete Erfahrung eines Teilnehmers, der in eine gewalttätige Auseinandersetzung einer Gruppe mit einem Einzelnen geraten war.

Roswitha Jarman stellte eine Schlan-

ge aus Personen auf. Die erste Person stellte Aggression dar, dahinter reihte sich, was den Teilnehmenden einfiel, was hinter der Aggression stecken könnte: Angst, Verunsicherung, mangelndes Selbstwertgefühl, die Überzeugung, nichts wert zu sein, etc. Der personifizierte Aggression stand eine Person gegenüber, die offen, ohne Angst zu zeigen, zugewandt und freundlich lächelnd da stand. Bei diesem Gegenüber fiel es der „Aggression“ schwer, den emotionalen Zustand „ich will angreifen, weh tun, zerstören“ aufrecht zu erhalten, die Energie verflog.

Die zweite akute Frage an dem Tag war: wie können wir mit der Gewaltbereitschaft, die vom „Internationalen Block“ ausgeht, umgehen.

Roswitha Jarman sagt ganz klar, dass es hierauf keine Antwort gibt, Selbstverteidigung und Flucht, das

heißt Sorge für das eigene Leben und die eigene Gesundheit sind Pflicht. Eine Gruppe kann nur aufgebrochen werden, wenn man die Möglichkeit hat, die einzelnen Personen in den Blick zu nehmen, sich um sie zu kümmern, wenn er oder sie (sich) nicht in der Masse (ver)steckt. Die eigene Haltung sollte sein, auch im „Block“ den/die Einzelne/n zu sehen mit seinen/ihren Ängsten und Defiziten.

Im Anschluss war Gelegenheit, Fragen zur konkreten Arbeit von Roswitha Jarman in Ossetien, Inguschetien und Tschetschenien zu stellen. Mit verschiedenen Beispielen, die sie z. T. auch in ihrem Vortrag genannt hat, gelang es ihr, uns einen Einblick zu geben in den Kulturraum Kaukasus, und ihre tiefe Sympathie für die Menschen dort deutlich zu machen.

Diskussionsforum 3: Region Kongo/Angola

mit Emanuel Matondo

Zusammenfassung: Johanna Pfeffer

Emanuel Matondo ist vor 17 Jahren aus Angola geflohen, da ihm damals die Zwangsrekrutierung drohte. Er ist Mitbegründer der antimilitaristischen Menschenrechtsinitiative Angolas und aktives Mitglied des Rates der „War Resisters` International“. Er arbeitet als freier Journalist und setzt sich für ein umfassendes Recht auf Kriegsdienstverweigerung ein.

In Zaire habe sich in den 70ern als Gegenpol zur militaristischen Politik Mobutus eine Zivilgesellschaft formiert, die seit Jahren für die Einhaltung von Menschenrechten und für einen „afrikanischen“ Dialog eintrat. Der pazifistische Ansatz der Zivilgesellschaft sei von den Industrienationen nicht unterstützt worden. Westliche Unterstützung habe viel-

mehr die mit Waffengewalt agierende Rebellenbewegung, die 1997 den neuen Diktator Laurent Kabila an die Macht brachte, erhalten. Kabila habe nach seiner Machtübernahme alle Oppositionsparteien verboten und sei mit harten Repressionen gegen die Zivilgesellschaft vorgegangen.

Erstmals im Jahr 2002 - nach der Ermordung Kabilas 2001 - sei die Zivilgesellschaft in Friedensgespräche miteinbezogen worden. Zuvor hätten aber etwa 4 Millionen Kongolesen in dem seit 1998 geführten Krieg zwischen den kongolesischen Regierungstruppen und ihren Verbündeten (Angola, Simbabwe und Namibia) einerseits und den von Burundi, Ruanda und Uganda unterstützten Rebellenbewegungen auf der anderen Seite ihr Leben verloren.

Dieser seit 2002 geführte Dialog habe inzwischen zu einer Übergangsphase geführt, in der freie Wahlen in Aussicht gestellt worden seien. Bis dato sei der Wahltermin jährlich um ein Jahr verschoben worden - aktuell sind Wahlen für den 25.03.06 anberaumt.

Ziviles Engagement

Als Beispiel für die Vorgehensweise der Zivilgesellschaft beschrieb Matondo eine Aktion vom 03.12.2004. Damals habe Ruanda mit der Besetzung einer Provinz gedroht und diese schon begonnen, als tausende von Frauen mit Fanfaren und Gesängen auf die Straße gegangen und in einem großen Marsch bis zur Grenze von Ruanda gezogen seien mit der Forderung, die Besatzungstruppen sofort abzuziehen.

Diese Aktion habe international Aufmerksamkeit erregt. Ruanda stehe seither unter internationaler Beobachtung. Schweden habe Entwicklungshilfegelder für Ruanda ausgesetzt.

In Angola habe die Zivilgesellschaft bemerkenswerte Erfolge durch den Aufruf zur massenhaften Kriegsdienstverweigerung erzielt. Die Weigerung der Bevölkerung, sich für Kriege „missbrauchen“ zu lassen, ist nach Matondo das effektivste Mittel, dem Krieg den Boden zu entziehen.

Einfluß von Außen

In Angola sei der seit 1975 mit Unterbrechungen geführte Bürgerkrieg zwischen Regierungstruppen und der Rebellenbewegung Unita 1998 erneut aufgeflammt. Der Bürgerkrieg sei jahrelang von außen angeheizt worden, da es letztlich um die Ausbeutung der Öl- und Diamantenvorkommen des Landes gehe. Die rechtsgerichtete Unita sei von den USA unterstützt worden, die linksgerichtete MPLA von Russland, Kuba und China. Die Erdölvorkommen Angolas seien in texanischer Hand. Es bestünden also einerseits geschäftliche Beziehungen zwischen der linksgerichteten Regierung und den Amerikanern wegen des Öls. Andererseits unterstützen die USA die Rebellen, die die Regierungspartei bekämpften. Auf Regierungsseite kämpften kubanische Soldaten gegen die Rebellen und damit auch für den Schutz der Ölförderung durch die amerikanische Firma Chevron.

Die angolansische Regierung habe jedes Jahr im Januar einen Einberufungserlass verfügt, der alle kriegsfähigen Männer aufrief, sich registrieren zu lassen.

Wer registriert war, sei dann auch einberufen worden; wer sich nicht habe registrieren lassen, sei sozial ausgegrenzt, indem er z.B. keine Studienbescheinigung erhalten könnte ohne Registrierungsnachweis, keine Möglichkeit auf einen guten Arbeitsplatz hätte und kaum eine Möglichkeit hätte, eine Ausreisegenehmigung aus dem Land zu erhalten.

Wurde die jährlich „erforderliche“ Rekrutenregistrierung zahlenmäßig nicht erreicht, so habe die Regierung ein Dekret zur Zwangsrekrutierung erlassen. Um wehrfähige, nicht registrierte Männer ausfindig zu machen, seien Straßensperren errichtet und Hausdurchsuchungen durchgeführt worden, wobei oftmals ganze Stadtviertel zuvor abriegelt worden seien. Es habe Kontrollen an Flughäfen und Bahnhöfen etc. gegeben.

Kriegsdienstverweigerung

Viele auf diese Weise ausfindig gemachte nicht registrierte Männer, die versucht hätten, sich der Zwangsrekrutierung durch Flucht zu entziehen, seien auf offener Straße erschossen worden.

Seit 1999 sei von der Zivilgesellschaft gezielt über Zeitungen und - der katholischen Kirche nahe stehende - Radiosender zur Verweigerung des Militärdienstes aufgerufen worden. Die Aufrufe waren begleitet von Berichten über Kriegsverbrechen. Die Bevölkerung sei über geschehene Zwangsumsiedlungen und Deportationen aufgeklärt worden.

Bereits in 1999 hätten die Informationen der Bevölkerung und die Aufrufe zur Kriegsdienstverweigerung dazu geführt, dass die Rekrutierungsquote nicht erreicht worden und die Regierungstruppen in Bedrängnis gekommen sei. Die Regierung habe mit verstärktem Druck u. a. auf die Presse reagiert; es sei Journalisten wegen „Beleidigung des Militärs“ und/oder wegen Landesverrats der Prozess gemacht worden. Weiter sei ein Dekret an die Botschaften und diplomatischen Vertretungen Angolas ergangen, welches eine weitergehende Kooperation mit potentiellen Asylstaaten verlangte - um zu erreichen, dass dort abgelehnte Asylbewerber nach Angola abgeschoben würden. Da Desertion nach wie vor kein anerkannter Asylgrund sei, habe dieses Dekret zu verstärkten Rückschiebungen nach Angola geführt und dazu, dass viele der abgeschobenen in „geheimen Gefängnissen“ verschwunden seien.

Aus diesen Maßnahmen der Regierung habe man aber ablesen können, dass die Regierung durch die Kriegsdienstverweigerungswelle in ernster Bedrängnis war, wenn sie darauf angewiesen war, ihr „Kanonenfutter“ unter denen zu suchen, die aus dem Land geflüchtet waren.

Trotz verschärfter Repressionen sei die Antirekrutierungskampagne verstärkt worden und habe dazu geführt, dass sich im Jahr 2000 nur noch 20% der kriegsfähigen Männer registrieren ließen.

Als daraufhin die Zwangsrekrutierung begann, sei vehementer ziviler Widerstand geleistet worden. Beispielsweise habe es Aktionen von Müttern gegeben, die sich in Scharen vor den „Rekrutierern“ aufgestellt und sich als Ausdruck ihres Widerstandes vor ihnen entblößt hätten.

Diese Form des Protestes bzw. der „Gefahrabwehr“ gehe auf einen in der angolansischen Tradition verwurzelten Glauben an die Wirksamkeit des „Verfluchens“ zurück und werde dort von jedermann verstanden: Wenn eine Mutter sich bzw. ihr Kind bedroht fühle und sich vor dem Angreifer entblößt und diesen „verflucht“, könne die Gefahr - so die traditionelle Überzeugung - abgewendet werden.

Tatsächlich seien diese Aktionen wirksam gewesen. Die Zwangsrekrutierungen seien vielerorts eingestellt worden. Allerdings seien die Frauen z. T. brutal verprügelt worden.

Zivilgesellschaftlicher Widerstand

Letztlich habe der zivile Widerstand gegen den Militärdienst zu einer Schwächung des Militärs geführt und damit die Regierung zu verstärkter Gesprächsbereitschaft gezwungen. Nach der Ermordung des Unita-Chefs sei ab 2001 zwischen Unita und der Regierung verhandelt worden. Als Vermittler hätten kirchliche Kreise und Abgesandte mehrerer europäischer Länder fungiert. Die Zivilgesellschaft, die auch von der UNO als politische Kraft bis dato nicht anerkannt sei, sei nicht mitein-

bezogen worden.

Im April 2002 sei es zu einem Waffenstillstandsabkommen zwischen Unita und Regierung gekommen; die rechtsgerichtete Unita sei an der Regierung beteiligt; ein „Demokratisierungsprozess“ habe nicht stattgefunden und die Menschen des Landes seien letztlich nicht in das Geschehen miteinbezogen worden.

Dieser „Friedensschluss“ habe zu einer Spaltung innerhalb der Zivilgesellschaft geführt. Ein Teil habe den Widerstand aufgegeben, nachdem Waffenruhe eingeleitet ist. Ein Teil der Zivilgesellschaft kämpfe weiter mit zivilen Mitteln gegen die Armut und Ausbeutung der Bevölkerung und für ein Angola der Bürger. Der

noch aktive Teil der Zivilgesellschaft wolle den Zustand, dass die Erdölvorkommen und die Diamantenvorkommen weiterhin an der Bevölkerung vorbei verschachert werden, während 70% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze leben, nicht hinnehmen.

Insbesondere in der Erdölregion Cabinda, in der auf 300.000 Einwohner 40.000 Soldaten und 5000 Elitesoldaten kämen, fänden immer größer werdende Demonstrationen mit bis zu 60000 Teilnehmern statt.

In den Jahren 2004 und 2005 hätten mehrere Streiks der Arbeiter der Fa. Chevron stattgefunden. Im Anschluss an die Streiks habe Chevron zahlreiche Gewerkschaftsmitglieder

entlassen.

Am 29.01.2006 seien zahlreiche Aktivisten unter Hausarrest gestellt worden, um eine angekündigte Demonstration zu verhindern. Die Demonstration habe trotzdem stattgefunden. Dabei sei eine schwangere Frau ermordet worden.

Die Zivilgesellschaft Angolas werde weiterhin mit zivilen Mitteln für den Abbau des Militärs (zur Zeit seien 45% der Staatsausgaben Militärausgaben), für eine Beteiligung der Bevölkerung am Rohstoffreichtum des Landes und für einen dauerhaften und selbst organisierten Frieden in Angola eintreten, da sie trotz allem an die Veränderbarkeit der Dinge glaube.

Workshop 2: Friedensarbeit praktisch: die Kampagne „Schritte zur Abrüstung“

mit Thomas Rödl

„Schritte zur Abrüstung“ ist eine Kampagne mit dem Ziel, tatsächliche Abrüstungsschritte durchzusetzen. Diese Forderungen sind formuliert im zentralen Text der Kampagne:

Krieg darf kein Mittel der Politik sein. Krieg ist die falsche Antwort auf Terrorismus und andere Bedrohungen. Militärische Mittel lösen keine Probleme. Wir wollen die Bearbeitung und Lösung von Konflikten mit gewaltfreien und zivilen Mitteln.

Daher fordern wir Schritte zur Abrüstung:

- Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr
- Eine deutliche Verkleinerung der Bundeswehr und die Abschaffung der Wehrpflicht
- Abzug aller Atomwaffen aus der BRD
- Kürzung der Rüstungsausgaben um mindestens 5% jährlich

- Keine Rüstungsexporte
- Förderung ziviler Konfliktbearbeitung und der Friedensforschung mit 500 Mio. Euro jährlich
- Entmilitarisierung der Europäischen Union

Die Verwirklichung jeder einzelnen Forderung wäre ein richtiger Schritt in Richtung Abrüstung.

Ausgangslage

Die politische Ausgangslage für diese Kampagne war einerseits: Die Friedensbewegung in den 90er Jahren war bedeutungslos - sie hat auf aktuelle Kriege und Entwicklungen reagiert. Die Erfahrung war andererseits: Die radikale Forderung „Bundeswehr Abschaffen“ findet in der Friedensbewegung keine breite Zustimmung. Die Frage war für uns: Wie kann die Friedensbewegung Abrüstung als Kerngedanke einer wirklichen Friedenspolitik durchsetzen?

Zunächst einmal muss deutlich gemacht werden, dass viele Menschen dieser Friedenspolitik bereits zustimmen. Ihre Zustimmung zum Ausdruck bringen können sie z.B. durch unterschreiben des Forderungskataloges auf einer Unterschriftenliste oder durch Unterstützungserklärung auf der Homepage. Dazu muss die Kampagne erst einmal bekannt gemacht werden.

Ersten Phase einer Kampagne

Durch viele UnterstützerInnen müssen im Lauf der Zeit Mittel mobilisiert und Strukturen aufgebaut werden, die unsere Möglichkeiten verbessern, auf die öffentliche Meinung Einfluss zu nehmen, in die Massenmedien zu gelangen und weitere UnterstützerInnen zu gewinnen.

Die mittelfristige Perspektive ist dann, mit Hilfe vieler neuer UnterstützerInnen auch größere und öffentlichkeitswirksame Aktionen durchzuführen, wobei an das ge-

samte Spektrum herkömmlicher und ggf. neuer gewaltfreier Aktionen gedacht werden kann. Aber das ist Zukunftsmusik. - Wir konzentrieren uns derzeit auf die erste Phase.

Für die Gestaltung einer Kampagne brauchen wir viele Elemente:

- Inhaltliche Elemente, das Bündel politischer Forderungen, der Text der unsere Ziele beschreibt - wie oben erwähnt.
- Ein Schlagwort, eine Parole, oder Slogan, eben „Schritte zur Abrüstung“
- Dazu gehört ein bestimmtes Erscheinungsbild der Kampagne, z.B. das Logo der Kampagne, das in allen Veröffentlichungen und auf allen gedruckten Informations- und Aktionsmaterialien erscheint.
- Wir brauchen eine zentrale Geschäftsstelle, die Informations- und Aktionsmaterialien verschickt; einen virtuellen Ort im Internet, die Homepage www.schritte-zur-abruerstung.de, wo alle Informationen verfügbar und abrufbar sind, die Unterstützung der Forderungen erklärt, ein Newsletter abonniert und Materialien bestellt werden können.
- Und wir brauchen natürlich die Infrastruktur, Geld und Personal, um eine zentrale Geschäftsstelle betreiben, die Homepage entwickeln und Aktionsmaterialien erstellen zu können.
- Das wichtigste aber: Menschen die uns unterstützen. Die über die nötige Kombination von Idealismus, Optimismus, Freizeit und ein bisschen Geld verfügen.
- Was wir weiterhin brauchen, sind gute Ideen für Aktionen, um unsere Kampagne bekannt zu machen. Es war von vorneherein klar, dass wir mit den wenigen aktiven Menschen, die derzeit bei uns mitmachen, in kurzer Zeit keine Zehntausende Unterschriften sammeln werden.

So greifen wir ein einzelnes Thema aus dem Forderungskatalog heraus,



machen Aktionen für eine Forderung und damit gleichzeitig das gesamte Paket und die Kampagne bekannt.

Dieses Schwerpunktthema war in den letzten Jahren die Forderung: **„Rüstungshaushalt Senken!“**

Über das Schwerpunktthema „Rüstungshaushalt Senken“ wurde dann mit einer Videodokumentation (DVD, 15 Minuten) informiert, die neben dem Bericht über eine Aktion am Berliner Reichstagsgebäude Interviews mit Eugen Drewermann, Horst Schmitthenner, Jürgen Grässlin, Gesine Lötsch und Thomas Rödl enthält.

Bilanz, Ausblick, Vorschau

Ein weiteres Beispiel für Methoden, die Kampagne bekannt zu machen: Wir schalten aus aktuellem Anlass eine Anzeige in Zeitungen, verknüpfen den Anlass mit den Forderungen unserer Kampagne.

Zum 8. Mai 2005 - 60. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus und Kriegsende in Europa - haben wir eine Anzeige in der Frankfurter Rundschau, im Neuen Deutschland und in der TAZ geschaltet. Motto: Kriege ächten - zivil handeln - abrüsten! Für diese Anzeigenserie konnten wir über 360 UnterstützerInnen und ca. 8900 € an Spenden einwerben. Die gesamte Leserschaft der aufgeführten Zeitungen beträgt 400 000

Menschen (nach Angaben der Mediendienste).

Beim Deutschen Evangelischen Kirchentag im Mai 2005 in Hannover haben etwa ein Dutzend Aktive der DFG-VK 3400 Unterschriften für eine Resolution des Kirchentages gesammelt. Die Forderung der Resolution war „Rüstungshaushalt jährlich um mindestens 5% senken“. Wie in dieser Resolution vorgesehen, hat die Leitung des Kirchentages einen Brief an den damaligen Bundestagspräsident Thierse geschickt.

Daran können wir anknüpfen, wenn wir voraussichtlich im Mai während der Beratungen des Bundeshaushaltes wieder mit der Forderung „Rüstungshaushalt senken“ an die Öffentlichkeit gehen wollen.

In den Jahren 2005 und 2006 haben wir ca. 300 000 Karten bundesweit Zeitschriften beigelegt bzw. verteilt. Die Postkarten sollen ein Element einer öffentlichen Aktion im Mai 2006 in Berlin werden - damit soll sichtbar werden, dass viele Menschen die Aktion unterstützen.

Ausblick für 2006: Die Friedensfahrradtour zu Standorten von Militär und Rüstungsindustrie ist eine weitere Form, „Schritte zur Abrüstung“ bekannt zu machen. Wir fordern einerseits von Parlament und Regierung, den Rüstungshaushalt

zu senken, wir suchen andererseits das Gespräch mit Menschen, die scheinbar von Rüstung und Militär leben. Wir sprechen dabei auch Themen an wie Rüstungsexporte und Atomwaffen. Wir haben im Sommer 2005 z.B. einen Bombenabwurfplatz besucht (Siegenburg), an dem auch der Abwurf von Atombomben geübt wird; oder eine Produktionsstätte von Raketen und Lenkwaffen (bei Schrobenhausen), wo der Marschflugkörper „Taurus“ hergestellt wird, der möglicherweise Atomar bestückt werden kann.

Die Friedensfahrradtour 2006 wird uns von den EADS - Standorten in München über Friedrichshafen, ebenfalls EADS, und Oberndorf (Heckler und Koch) nach Ludwigsburg führen. Dort treffen wir uns mit

der pace-makers-Fahrradtour, die für die Abschaffung der Atomwaffen wirbt.

Unter dem Titel „Friedensarbeit praktisch“ haben wir jetzt von vielen Aktionen erzählt, das Konzept tritt dabei scheinbar in den Hintergrund. Mit den eingangs genannten Elementen werden die einzelnen Aktionen verknüpft. Parallel zu diesen Aktionen diskutieren wir auch das Konzept weiter - es ist nicht statisch, sondern in Entwicklung.

Schwerpunkte der Diskussion im Rahmen des Workshops:

- Ausgangslage für die Friedensbewegung der 80er Jahre
- Bedingungen und Chancen für soziale Bewegungen allgemein

- Möglichkeiten gewaltfreier Aktionen im Rahmen der Friedensbewegung
- Einzelne Elemente der Kampagne, wie z.B. Gestaltung der Homepage, Entwicklung von Werbematerialien.

Aus dem Workshop entstand eine kleine Arbeitsgruppe, die sich seither dreimal getroffen hat und derzeit neue Werbematerialien für die Kampagne entwickelt. Kontakt über: muenchen@dfg-vk.de.

Aktuelle Infos zur Kampagne, u.a. über die Friedensfahrradtour 2006: www.schritte-zur-abruestung.de.

SCHRITTE
ZUR ABRÜSTUNG

Workshop 3: Chancen für einen Friedensprozess in Tschetschenien

mit Imran Escheev

Vortrag von Imran Escheev, Leiter der Gesellschaft für russisch-tschetschenische Freundschaft in Grosny

„Die Menschen sterben wie die Fliegen, weil sie den Druck nicht mehr aushalten“

Krieg und Umweltzerstörung in Tschetschenien, so lautete der Titel einer Veranstaltung im Rahmen der Aktivitäten der Friedensbewegung gegen die NATO-Sicherheitskonferenz in München am vergangenen Wochenende. Dazu sprach Imran Escheev, ein tschetschenischer Menschenrechtler, der bereits 18 Mal in seiner Heimat festgenommen, verhaftet und schwer gefoltert wurde. Letztes Jahr konnte sein Leben durch eine breite Kampagne von Amnesty International gerettet werden und er aus einem der berüchtigten Erdlö-

cher herausgeholt werden - zurzeit befindet er sich auf Einladung von Amnesty International in Düsseldorf und wird dort von ihnen betreut.

„Tschetschenien ist heute wie eine Konservenbüchse“, mit diesen Worten eröffnete Imran Escheev die Veranstaltung, „keiner bekommt überhaupt noch etwas mit von draußen, was dort passiert. Menschen, die versuchen, mit Informationen über die Lage an die Öffentlichkeit zu gelangen, werden verfolgt, gefangen genommen und inhaftiert. Dabei geht es doch nur darum, das russische Recht, die Verfassung durchzusetzen - aber das wird verwehrt.“

Bezeichnend ist der aktuelle Vorstoß von der russischen Regierung, die Gesetze für die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen zu

verschärfen und sie damit verbieten zu können. In Inguschetien wurde bereits der deutschen Hilfsorganisation „Help“ die weitere Arbeitsmöglichkeit verweigert und auch die Organisation, in der Imran Escheev arbeitet, ist vom Verbot bedroht. „Offiziell jedoch arbeiten in Tschetschenien 418 Hilfsorganisationen und Nichtregierungsorganisationen, jedoch die meisten sind nur auf dem Papier. Diese werden dann immer aufgeführt, wenn offizielle Delegationen oder Menschenrechtsbeauftragte wie Jil Robles nach Tschetschenien kommen. Ihnen wird gesagt: „Seht, wir sind interessiert an einer gesellschaftlichen Arbeit. Diejenigen jedoch, die sich wirklich mit gesellschaftlichen und menschlichen Angelegenheiten auseinandersetzen und aktiv sind, sind stets Repressa-

lien ausgesetzt.“

Wie dramatisch die Lage tatsächlich ist, schilderte Imran Escheev an einigen Fakten.

60 % der männlichen Bevölkerung seien mittlerweile ausgerottet worden - und nicht nur das ist eines der Resultate des andauernden Krieges. „Die Menschen sterben wie die Fliegen“, sagte Imran Eschejew, „viele sterben einfach, weil sie den Druck nicht mehr aushalten“.

Hinzu kommt der schleichende Tod, der nicht von Granatsplittern oder Herzversagen herkommt: der Tod durch die enorme radioaktive Verschmutzung und der sich abzeichnenden ökologischen Katastrophe. Am 16. 12. 2005 meldete überraschend selbst die dpa, dass in Tschetschenien eine starke radioaktive Strahlung entdeckt wurde - 58.000-fach stärker als der zulässige Höchstwert. Die Ursachen dieser Radioaktivität, so Escheev, liegt u.a. in radioaktiven Endlagern, die im zweiten Tschetschenienkrieg bombardiert wurden. „Wir fragten uns schon immer in der Zeit vor dem Krieg, was das für Materialien sind, die sie nach Tschetschenien brachten.“ Der ganze radioaktive Müll wurde praktisch einfach nach Tschetschenien gekarrt: 930 Kubikmeter lagen z.B. in einem der Kombinate in einem Industriebezirk in Grosny. Durch die Bombenangriffe strömte das alles aus. Kaum einer der Zivilisten wusste über diese Gefahren Bescheid und so ist u. a. auch zu befürchten, dass z.B. hochverstrahlte herumliegende Baumaterialien einfach weiterverwendet wurden.

Das Resultat dieser Katastrophe wertete vor kurzem ein Professor auf dem Umweltgebiet im onkologischen Institut in Rostow-am-Don aus und vermittelte schreckliche Zahlen. Imran Escheev hat mit ihm gesprochen und war in dieser Zone. Vor drei Monaten wurden Zahlen genannt, welche 32 % des gesamten Gebiets in Tschetschenien als verseucht bezeichneten, die neuesten Zahlen des Professors sind schon bei 43 %. Über 36 % der Zivilbevölkerung ha-

ben den TBC-Virus im Körper. Jedes zweite junge Mädchen ist an der Schilddrüse erkrankt, d.h. die akute Gefahr einer Kropfbildung droht. Sie ist ein Ausdruck der Zerstörung des Immunsystems: die Schilddrüsen sind vergiftet.

Vor kurzem wurden auch in einer ehemaligen Kurortzone radioaktive Abfälle gefunden und man kann davon ausgehen, dass es noch viel mehr Stätten gibt, wo solche Funde zum Vorschein kommen.

Des Weiteren wurden Fakten genannt, wie z.B. der Vorfall vor kurzem in einer Schule in Grosny. Über 100 Mädchen sind bis heute in einem Krankenhaus. Vor wenigen Wochen wurden sie mit Brechreiz, Atemnot, Vergiftungserscheinungen aus der Schule in die ärztliche Betreuung gegeben. Man sprach in Tschetschenien davon, es seien auf der Mädchentoilette Kapseln mit einem Nervenkampfstoff gefunden worden. Die betroffenen Mädchen werden ihr Leben lang Schäden davon haben - und es ist zu befürchten, dass ihre Fähigkeit, selbst einmal Kinder zu gebären, zerstört wurde. Keine internationale Organisation ist da, die diese Vorfälle verfolgt und untersucht. Man erfährt keine Diagnose, bis heute werden die Mädchen völlig abgeschirmt.

„Tschetschenien gleicht einem riesengroßen Friedhof“, so Imran Escheev, „ganze Stadtviertel sind verschwunden, stattdessen gibt es überall Friedhöfe und ständig neue Beerdigungen“. Leute sterben während des Schlafes, es tauchen Hautkrankheiten auf, die keiner kennt. 80 % des Wassers in Tschetschenien ist überhaupt nicht genießbar. 50 % der Geburten aus der letzten Zeit waren Totgeburten. Kinder, die zur Welt kommen, haben physische Deformierungen wie die sog. Hasenscharte oder den Wolfsrachen oder haben nur ein Bein, ein Auge, einen riesigen Kopf mit einem winzigen Körper so groß wie ein Finger. Um all diese Probleme zu lösen, muss dringend die Umwelt analysiert werden.

„All das, was Russland anführt als Problem mit Terrorismus ist mir völlig unklar“, so Escheev. „Wie viele Menschen müssen denn noch sterben oder umgebracht werden, damit internationale Gremien sich dieser Situation annehmen? Alles wird völlig zugedeckt“ - und „man muss heutzutage einen bürgerlichen Mut besitzen, Gefühle der reinsten Seele haben, um etwas zu tun“.

Imran Escheev berichtete, von seiner Organisation seien zwei Mitarbeiter bis heute einfach verschwunden, 32 seiner Familienangehörigen seien tot, er selbst wurde nicht nur selbst Opfer schwerer Folterungen. Mit leiser Stimme berichtete er - fügte hinzu, dass er das eigentlich gar nicht erzählen möchte, so furchtbar ist dies - wie er Zeuge im russischen Filtrationslager wurde, wo einem vielleicht 16-jährigen Jungen bei lebendigem Leibe die Haut abgezogen wurde und die Soldaten dabei noch lachten. „Ich werde immer wieder gefragt, woher ich die Kraft nehme, weiterzuarbeiten - und ich antworte darauf: aus dem Glauben.“ Und seine Hoffnung seien all die einzelnen Menschen, die sich für Tschetschenien engagieren, sich interessieren und sich einsetzen.

„Ich spreche als Mensch, der auf dieser Erde lebt, und der möchte, dass die Menschheit in Frieden und Zusammenarbeit leben können“. Imran Escheev beendete seinen Vortrag mit den Worten, er wäre selbst bereit, seinen Folterern zu verzeihen, wenn sie doch nur endlich zur Vernunft kommen würden. Die russischen Menschenrechtsorganisationen und andere Hilfsorganisationen stehen heute in der kritischsten Situation, in welcher sie jemals waren - und wenn man hier in den Medien von dem Fall eines 19-jährigen russischen Rekruten liest, der von seinen eigenen Leute so geschlagen wurde, dass man ihm beiden Beine und die Genitalien amputieren musste, um sein Leben zu retten, so kann man sich vorstellen, was diese Soldaten mit den Tschetschenen machen. Aber darüber wird hier nicht berichtet.

Podiumsdiskussion: Wie ist der Krieg gegen den Iran abwendbar?

mit

Dr. Katajun Amirpur (Islamwissenschaftlerin, Bonn)

Prof. Dr. Mohssen Massarat (Hochschullehrer, Osnabrück)

Andreas Zumach (Journalist, Genf)

Moderation: Dr. Angelika Holterman, München

Veranstaltung im Grossen Saal des
DGB-Hauses am 4. Februar 2006

Abschrift vom Band: Peter Voß.

Holterman: Guten Abend, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde. Am zweiten Tag der Friedenskonferenz möchte ich Sie hier im DGB-Haus ganz herzlich begrüßen. Viele von Ihnen sind gekommen, weil eine große Sorge um den Frieden in der Welt Sie umtreibt, eine Sorge, die gerade durch heutige Entscheidungen stündlich ernster geworden ist. Wir haben einen Iran-Konflikt, täuschend ähnlich dem vor drei Jahren um den Irak. Vieles kommt einem beim Thema westliche Welt gegen den Iran und umgekehrt so unglaublich bekannt vor. Der Atomverdacht, die Eskalation, die Überweisung des Problems an die UNO, mit der bis jetzt gedroht wurde, und die seit heute Mittag Realität ist. Im Irak marschierten schließlich 2003 die US-Amerikaner zusammen mit ihrer Koalition der Willigen ein. Das Ergebnis: Bis heute vergeht kein Tag ohne eine Attentatsmeldung dort. Ich frage mich wie das alles möglich ist, und dann noch diese Eskalation jetzt. Also es vergeht kein einziger Tag ohne ein Attentatsmeldung. Mehr als 2000 amerikanische Soldaten sind gestorben, die Zahlen der irakischen Toten übertreffen diese Zahl um ein Vielfaches. Sie aber werden nicht gezählt, zumindest in unseren Zeitungen nicht. Der Krieg

der Worte ist jetzt wie damals im Vorfeld des Irakkrieges schon weit fortgeschritten. Das können wir am Fernsehen beobachten, im Moment bei der Sicherheitskonferenz. Bereits am 26. Januar schrieb Lord Weidenfeld, das ist ein Deutscher, Leiter eines einflussreichen Münchner Think-Tanks, in der ‚Welt‘ sinngemäß: Ein Atomschlag würde zwar mehr Tote kosten als der 1. oder 2. Weltkrieg, doch ein Triumph des Terrors würde an Grässlichkeit alles überbieten.

Eine solche Äußerung auf westlicher Seite liegt in der gedanklichen Fortsetzung von Chiracs Atomdrohung, wie sie heute von Frau Alliot-Marie, der französischen Verteidigungsministerin, wiederholt wurde (*auf der Konferenz für Sicherheitspolitik in München, Red.*). Die Äußerungen des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad zum Holocaust und zu Israel stellen eine vergleichbare Drohgebärde dar. Heute nun hat sich die Situation weiter verschärft. Der Gouverneursrat IAEA, der Internationalen Atombehörde hat mit 27 Stimmen bei fünf Enthaltungen und drei Gegenstimmen den Iran-Konflikt an den Sicherheitsrat verwiesen. Darauf folgte unmittelbar die angekündigte und zu erwartende Reaktion Irans – man wusste also, was man tat – dass man die - freiwillig eingeräumten - Sonderkontrollen der Atombehörde nicht mehr zulassen wolle und nun "tonnenweise Uran" anreichern werde. Was wird im Iran geschehen? Droht auch hier eine kriegerische

Auseinandersetzung? Wie kann man die Explosion des Konfliktes verhindern? Und: Noch mal einen Schritt zurück, um das gedanklich besser zu erfassen: Worum geht es da eigentlich wirklich? Was können wir tun?

Vielleicht finden wir gemeinsam ein paar Antworten auf diese Fragen. Wir beginnen mit einem Gespräch auf diesem hochkarätig besetzten Podium. Wir freuen uns ja immer, wenn wir den Bayerischen Hof (*als Ort der Konferenz für Sicherheitspolitik, Red.*), wenn schon nicht an Macht, so doch in punkto Kompetenz und Wahrheit übertreffen.

Nach einer Weile sind dann Sie dran, Fragen zu stellen und Antworten zu finden - vielleicht. Ich werde dieses Gespräch moderieren, mein Name ist Angelika Holterman. Ich habe lange für das Bayerische Fernsehen Dokumentarfilme und Beiträge gemacht und folglich die Friedensinitiative Medien 1983 mitgegründet. Das ist keine zwangsläufige Folge, aber für mich war das damals die zwangsläufige Folge. Manche von Ihnen werden mich von der Moderation der Eröffnungskonferenz im letzten Jahr kennen. Damit neben fundierter Information auch Luft für ein lebendiges Gespräch da ist, haben wir uns auf eine einzige Statementrunde geeinigt, die etwa plusminus 15 Minuten pro Person nicht überschreiten soll.

Frau Dr. Katajun Amirpur wird beginnen und uns das politische und

gesellschaftliche Spektrum im Iran skizzieren, auch in Bezug auf die Haltung der Bevölkerung zur Atomfrage und zur Entwicklung nach den Wahlen im Iran.

Herr Professor Mohssen Massarat schließt sich mit einer Beleuchtung der deutschen Verantwortung für den drohenden Krieg und einer Darstellung des gesamten Atomkonflikts an. Es zirkuliert bereits eine Petition, die Herr Professor Massarat formuliert hat, auf die er dann auch Bezug nehmen will.

Herr Andreas Zumach wird das letzte Wort dieser Darstellungsrunde haben und sich mit der Rolle der EU und der UNO befassen. Tut die EU, tut die UNO etwas zur Kriegsvermeidung und was tun sie? Hier wie schon bei Professor Massarat spielt zwangsläufig auch die USA wieder eine wichtige Rolle.

Danach ist dann ein 30 – 45-minütiger Austausch auf dem Podium vorgesehen. Im Anschluss daran freuen wir uns auf Ihre Fragen und Beiträge. Und dabei bitte ich Sie jetzt schon herzlich um die Benutzung des Saalmikrofons, das einstweilen noch hier vorne steht.

Eine resümierende Schlussrunde auf dem Podium schließt unsere Diskussion ab.

Nun beginnen wir mit der Runde der Statements. Ich stelle Sie zunächst immer vor.

Frau Dr. Amirpur ist als Tochter eines iranischen Vaters und einer deutschen Mutter in Köln geboren. Als Islamwissenschaftlerin und Politologin können Sie eine Art Basis für unser heutiges Gespräch schaffen. Der kundige iranische Blickwinkel, auch und besonders Ihre Kenntnis der jungen Internet- und Weblog-Szene im Iran – eine sehr interessante Szene – die uns von allen Vorurteilen befreien könnte, kann uns bei einer entschieden nicht-kolonialen Einstellung helfen. Dazu gehört auch Ihre Auseinandersetzung mit dem schiitischen Islam, denn auch wenn sie selbst vom Bedeutungsverlust der Religion im Iran

sprechen, so stellt er immer noch die Grundlage der Argumentation der Herrschenden dar. Als Wissenschaftlerin haben Sie an der Bonner Universität einen Lehrauftrag, als Publizistin veröffentlichen Sie in der Süddeutschen Zeitung, im WDR und im Deutschlandfunk. Aus Ihrem Buch über die iranische Nobelpreisträgerin Schirin Ebadi habe ich viel über das Land Ihres Vaters erfahren, und besonders hat mich beeindruckt Ihr Aufsatz über das Jahrhundert der Schia, also das gegenwärtige Jahrhundert – als Jahrhundert des Schiitentums sozusagen. Frau Amirpur, ich darf Sie nun bitten, zum Thema des politischen und des gesellschaftlichen Spektrums im Iran, gerade in Bezug auf die atomare Frage und auf die jüngste Entwicklung nach den Wahlen, zu sprechen.

Amirpur: Vielen Dank für die freundliche Einladung und Guten Abend Ihnen allen.

Ich würde mich gerne im Wesentlichen zwei Fragen widmen: Zuerst der Frage, was treibt diesen Menschen Ahmadinedschad, den iranischen Präsidenten, denn nun eigentlich an? Wie ist er zu den Äußerungen gekommen, die er in den letzten Monaten von sich gegeben hat - in Bezug auf Israel und auf den Holocaust? Ahmadinedschad war mehr oder weniger ein No-Name in Iran. Er war Bürgermeister von Teheran, nur wenige kannten ihn. Er ist dann irgendwann aufgestellt worden zu der Wahl, die im Juni stattgefunden hat, und es gab mehrere große Probleme bei dieser Wahl. Es haben sich die reformorientierten Kräfte zersplittert; sie haben drei Kandidaten aufgestellt, was zur Folge hatte, dass die reformorientierte Bevölkerung – die Mittelschicht mehr oder weniger – sich auf drei Kandidaten aufgeteilt hat. Dementsprechend hat keiner der drei Kandidaten genug Stimmen erzielt, wobei immer noch von Wahlfälschungen gesprochen wird, aber so ganz weiß



man das nicht.

Am Ende lief es auf das Ergebnis hinaus, dass Rafsandschani, der Ex-Präsident Irans, und Ahmadinedschad zur Stichwahl standen. Jemand wie Rafsandschani ist für große Teile der Bevölkerung schlicht nicht wählbar gewesen. Rafsandschani wird assoziiert mit Korruption, mit Bonzentum, mit Staatsterrorismus im In- und Ausland. Es wurde dann ein Fernsehduell gezeigt zwischen Ahmadinedschad und Rafsandschani. Da saß Rafsandschani in seinem goldbestickten Talar und im Hintergrund flimmerten die Bilder seiner sämtlichen Villen – Rafsandschani ist der reichste Mann Irans – über die Leinwand und daneben saß Ahmadinedschad und hat gesagt: "Ich bin der Straßenkehrer des Volkes. Ich werde diesem Volk Gerechtigkeit bringen. Ich werde die Erdöleinkommen umverteilen. Ich werde vor allem für den kleinen Mann da sein, der nichts hatte von dieser Revolution; für den werde ich etwas tun." Nach diesem Fernsehduell hätte sogar ich Ahmadinedschad gewählt.

Nun muss ich allerdings in Iran nicht zur Wahl gehen; es gibt aber große Bevölkerungsteile, die im Iran zur Wahl gehen müssen. Studenten müssen wählen. Wenn sie den Stempel nicht in ihrem Ausweis haben, dann bekommen sie keinen Studienplatz. Es gibt Leute in der Administration, die wählen gehen müssen, und so war es klar, dass er – na, klar kann man nicht sagen, aber es ist einigermaßen nachvollziehbar - dass er gewählt wurde, gerade gegenüber eben diesem Bonzen Rafsandschani. Er ist von 17 Millionen gewählt worden. Man kann jetzt darüber spekulieren, ob es ein bisschen Wahlfälschung gab, ein zwei Millionen Stimmen werden sie gefälscht haben, aber er ist immer noch von einer mehr oder minder satten Mehrheit gewählt worden.

Nun war dieser Mensch an der Macht. Er ist zwar angetreten mit dem Wahlspruch "Wir haben die islamische Revolution nicht gemacht, um Demokratie einzuführen", aber

diesen ganzen Israel- und Holocaust-Unsinn, den er jetzt verzapft, den hat er damals vor der Wahl nicht geäußert. Nach wenigen Monaten stellte sich heraus, dass Ahmadinedschad nicht in der Lage ist, das zu tun, was er tun wollte, nämlich u. a. die Erdöleinkommen umzuverteilen und tatsächlich die gesellschaftlich Benachteiligten am Reichtum dieses Landes teilhaben zu lassen. Daraufhin hat er sich auf eine sehr martialische Rhetorik gegenüber Israel verlegt. Und ich glaube, dass er damit weniger das iranische Volk ansprechen wollte, sondern dass er sich so die Meinungsführerschaft in der islamischen Welt erobern wollte.

Es gibt drei Pfeiler, auf denen die islamische Republik Iran aufbaut:

- Das ist zum einen das Kopftuchgebot,
- zum anderen die Herrschaft des obersten Rechtsgelehrten und
- zum dritten die Feindschaft gegenüber den USA und Israel.

Ayatollah Chomeini ist angetreten - damals vor 27 Jahren - mit der Devise oder mit der Idee, dass er der Meinungsführer der islamischen Welt werden könnte, wenn er alle islamischen Völker vereinigen kann unter einem Slogan, und dieser Slogan war: "Der Kampf gegen den Zionismus". Das ist genau das, woran Ahmadinedschad im Moment anknüpft. Die Feindschaft gegenüber Israel, der Antizionismus, ist nichts Neues, Ahmadinedschad sagt im Prinzip überhaupt nichts Neues. Die Idee von Ayatollah Chomeini, sie ist irgendwann mehr oder weniger fallengelassen worden; es gab einen moderaten Präsidenten, der aus sehr pragmatischen Gründen das nicht mehr so hinausgeschrien hat in alle Welt wie Ahmadinedschad es im Moment tut, aber die Idee ist eigentlich eine sehr, sehr alte Idee. Ahmadinedschad hat - zum Teil aus innenpolitischen, aber eben auch aus außenpolitischen Gründen, weil er gesehen hat, dass ihm die Felle davonschwimmen - an diese Rhetorik angeknüpft. Nun konnte man, als er das zum ersten Mal formuliert hat

- und er hat es interessanterweise dem arabischsprachigen Dienst eines iranischen Senders gesagt, als er gesagt hat, Israel muss dem Erdbo-den gleich gemacht werden - da konnte man es vielleicht noch als Ausrutscher betrachten. Aber danach ist er hingegangen und hat es wieder und wieder formuliert. Beim ersten Mal hat man sich noch gedacht, der Mann ist unglaublich unbedarft. Er hat immer noch nicht verstanden, dass er inzwischen Staatspräsident ist, und dass er nicht mehr wie ein Stammtischbruder am Stammtisch aus seinem Herzen keine Mördergrube machen kann. Inzwischen sind, glaube ich, die meisten Experten und die meisten Analysten der Meinung, daß es durchaus ein taktisches Kalkül ist, aus dem heraus er das sagt. Und man muss sagen, wenn Ahmadinedschad hingeht und sagt: „Die Deutschen haben das Problem doch produziert, die Deutschen sind doch dafür verantwortlich, dass es den Staat Israel gibt. Dann sollen doch bitte die Deutschen dieses Problem lösen, indem sie die Juden in Deutschland wieder ansiedeln“.

Das ist etwas, was die meisten Iraner, glaube ich, nicht besonders interessiert. Iraner blicken auf Araber eher herab. Es gibt keine normale Solidarität zwischen Iranern und Arabern. Aber, man spricht ungefähr neunzig Prozent der arabischen Bevölkerung auf den Straßen aus dem Herzen, wenn man sagt: "Ihr habt das Problem produziert; dann löst es doch bitte, ihr Deutschen." Also das halte ich für ein Beispiel dafür, dass er wirklich versucht, die Meinungsführerschaft in der islamischen Welt zu erkämpfen. Und das, finde ich, erklärt ein wenig die martialische Rhetorik, mit der er inzwischen vorgeht. Hinzu kommt: Ahmadinedschad würde ein Angriff von außen, wenn denn jetzt wirklich die USA hingehen würden, oder wenn die Israelis hingehen und einige Atomanlagen bombardieren würden - ich glaube es würde ihm nützen, innenpolitisch.

Denn in der Nuklearfrage ist sich das Volk einigermaßen einig. Die meisten Iraner, wenn man sich

Weblogs anschaut - sie haben dieses wunderbare Buch dabei. Da geht es u.a. auch um diese Frage - aber die meisten Iraner sagen sich: „Warum nicht?“. Laut Atomwaffensperrvertrag haben wir das Recht, Uran anzureichern. Nach offizieller iranischer Staatsideologie oder -raison macht der Iran es aus friedlichen Zwecken. Man sagt sich, es ist für uns viel, viel billiger, Nukleartechnologie zu entwickeln für uns selber und das Erdöl, das wir haben, zu exportieren, als dass wir das Erdöl selber zum Teil verbrauchen. Und man sagt sich natürlich auch: "Warum gibt es eigentlich diese Zweiteilung in der Welt?"



Warum gibt es die angeblich Großen, die uns vorschreiben können, was wir zu tun haben und was wir zu lassen haben. Laut Atomwaffensperrvertrag sind die USA seit Jahren verpflichtet, ihre Atomwaffenarsenale abzubauen. Sie tun es nicht. Im Gegenteil. Sie entwickeln ständig weitere Bomben. Das macht auch normale Iraner relativ zickig. Sie sagen: „Warum die und warum wir nicht?“. Und, man möchte einfach Anschluss finden an die westliche Welt, und - wir können es. „Wir sind das Land von Avicenna, von Omar Chajjam und von Hafis. Wir waren schon immer eine Kulturnation. Und nun sind wir auch technologisch in der Lage, den Anschluss zu finden, und warum sollte uns das jemand verbieten - dass wir es zu friedlichen Zwecken nutzen?“

Das ist die eine Variante von Menschen, die noch daran glauben, dass man das zu friedlichen Zwecken nutzt. Und, es gibt den so genannten Mossadegh-Komplex in der iranischen Bevölkerung, den ich nicht

unterschätzen würde. Im Jahre 1951 wurde ein Mann zum iranischen Ministerpräsidenten gewählt, Mohammed Mossadegh. Mohammed Mossadegh hat das getan, was ungefähr 98 Prozent der gesamten Bevölkerung unterstützt haben - er hat das iranische Erdöl verstaatlicht. Das iranische Erdöl wurde bis dahin von den Briten und den Holländern ausgebeutet, und die Iraner haben Peanuts bekommen für ihr eigenes Öl. Er ist hingegangen und hat gesagt: „Das ist unser Öl. Wir bekommen die Erträge.“ Der Mann wurde zwei Jahre lang boykottiert. Er wurde unterstützt von der Bevölkerung. Die, die es sich leisten konnten, haben Kapitalanleihen aufgenommen, um ihn zu unterstützen. Und als die westliche Welt gesehen hat, dass man diesen Mann auf Boykottwegen nicht klein kriegt, ist die CIA hingegangen und hat geputscht. Sie haben den Mann weggeputscht. Und haben Mohammad Reza Pahlawi als Schah wieder eingesetzt, der zu dem Zeitpunkt schon geflohen war - nach Rom - vor seinem Ministerpräsidenten. Das ist unter anderem einer der Gründe gewesen, warum es zur islamischen Revolution gekommen ist. Das ist, glaube ich, der Mossadegh-Komplex, den die meisten Iraner haben. Sobald Einmischung von außen droht, scharf sich dieses Volk hinter dem herrschenden Regime zusammen. Weil man sagt: „Alles, aber keine ausländische Einmischung.“

Dieses Phänomen habe ich auch beobachtet im iranisch-irakischen Krieg. Es gibt nichts, was so sehr beigetragen hat zum Überleben dieses Regimes wie der iranisch-irakische Krieg. Es gab damals Offiziere, die im Gefängnis saßen oder die ins Gefängnis geworfen wurden, weil sie Offiziere des Schahs waren. Diese Leute haben gesagt: „Lasst uns jetzt in den Krieg ziehen, weil niemand anders in der Lage ist, dieses Land zu retten. Es ist uns egal, wer herrscht. Aber wir werden dieses Land befreien von einem Aggressor wie Saddam Hussein. Und die meisten Menschen haben sich gesagt - also ganz platt auf gut Deutsch gesagt: „wir lassen uns lieber von Mullahs regieren als von einem

Araber. - So nicht!“ Und genau das halte ich für das Gefährliche in der jetzigen Situation. Wenn tatsächlich Iran angegriffen würde, dann scharf sich die Bevölkerung wieder hinter dem Regime zusammen, und das wird eigentlich eher zum Bestand der islamischen Republik beitragen als alles andere. Das ist wirklich eine sehr gefährliche Situation. Und ich glaube, nach allem, was man liest, was man hört, was man sieht aus Iran, dass sich die iranische Bevölkerung in der Atomfrage sehr, sehr einig ist. Ich habe es Ihnen eben beschrieben, was die Argumentation der meisten Menschen ist, und das könnte wirklich sehr, sehr gefährlich werden, wenn jetzt nicht irgendwelche Verhandlungswege sich auftun, wie man die Frage anders lösen könnte.

Zu der Sicherheitsfrage: Ich glaube das erklärt besser Herr Professor Massarat, was die iranische Herrscherclique sich da denkt, was die Sicherheitsfrage anbelangt und warum es tatsächlich sehr viele Stimmen gibt, die auch dafür plädieren, dass man die Bombe haben möchte.

Davon abgesehen, wenn man sich informieren möchte, über das, was die Iraner denken, dann tut man das wahrscheinlich am geschicktesten, indem man sich iranische Weblogs anschaut. Weblogs sind Einträge im Internet, anonym, funktionieren ungefähr wie ein Tagebuch. Es gibt 700.000 iranische Weblogs. Es gibt sehr schöne Weblogs, z.B. „Iranians for Peace“. Da liest man ganz häufig, dass die Leute sagen: „Wir haben Angst vor so einem Angriff. Wir haben Angst vor so einem Krieg. Uns sind schon einmal Bomben auf den Kopf gefallen, wir wollen das nicht, wir wollen es absolut nicht.“ Aber, man liest eben auch das, was ich Ihnen eben gerade beschrieben habe, dass man der westlichen Welt vorwirft, dass sie mit zweierlei Maß messe. Dass sie hingeht und sagt: „Wir dürfen Atomwaffen haben, wir dürfen Atomtechnologie haben und ihr dürft eben nicht.“ Und das, was den Iranern bisher angeboten wurde, nämlich Uran in Russland anzureichern, das sind Peanuts.

Die Iraner sagen sich: „Warum sollen wir uns abhängig machen von einer ausländischen Macht?“ Es ist ja nun nicht so, als hätte Russland in der Vergangenheit nicht versucht, sehr viel Einfluss zu nehmen auf iranische Politik. Warum sollte ausgerechnet Russland jemand sein, dem wir vertrauen können. Wieso sollte man das tun? Wir wollen unabhängig sein, wir wollen eine autarke Nation sein, die genau das tut, was sie laut Atomwaffensperrvertrag darf. Und insofern fühlt man sich sehr, sehr ungerecht behandelt. Und mit dieser Argumentation schafft man es nicht nur - wie ich es gerade angedeutet habe - dass sich die iranische Nation hinter dem Regime versammelt, sondern man spricht sehr viele Staaten in der Dritten Welt an, die auch auf diese Argumentation vollkommen abfahren. Die sich auch sagen: Wieso gibt es die Großen in dieser Welt, die alles dürfen und die den Kleinen in einer quasi - wie hat Rafsandschani das formuliert, vor zwei Wochen in einer sehr interessanten Freitagspredigt - er hat gesagt: „Das ist eine koloniale, arrogante Attitüde des Westens uns gegenüber.“ Und obwohl Rafsandschani nicht mein persönlicher Freund ist und wahrscheinlich auch nicht der große Freund der iranischen Bevölkerung, hatte er damit ein Ressentiment angesprochen, das nicht nur die Iraner unterschreiben würden, sondern eben auch weite Teile der Dritten Welt, der blockfreien Staaten.

Holterman: Ganz herzlichen Dank, Frau Amirpur, und Sie haben so wunderbar alles frei gesprochen. Ich finde das ganz toll und ich finde es auch ganz besonders toll, dass Sie einen Teil einem anderen Referenten, den sie für diesen Teil für kompetenter halten, übertragen. Und das ist Herr Professor Massarat, unser nächster Referent. Auch Sie, Herr Professor Massarat, haben beide Kulturen geistig verfügbar, die iranische ebenso wie den deutschen und den europäischen Blickwinkel. In Teheran geboren, kamen sie bereits mit neunzehn Jahren in die Bundesrepublik. Ihr wissenschaftliches Spektrum reicht über

das Bergbaustudium zur Politologie bis zu den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, seit 1978 an der Universität Osnabrück. Mit diesem interdisziplinären Ansatz haben Sie sich eine breite Grundlage geschaffen für die Friedens- und Konfliktforschung – Spezialgebiet Mittlerer und Naher Osten – und für Ihr Engagement in der unabhängigen Friedensbewegung, zum Beispiel als Mitbegründer der “Koalition für Leben und Frieden”. Ihre Internetseite verzeichnet mehrere hundert wissenschaftliche Publikationen und seit 1977 findet sich auch immer wieder Iran im Titel. Einige aktuelle Veröffentlichungen lassen sich herunterladen, so zum Beispiel ein elfseitiger Aufsatz über den 11. September mit dem Untertitel “Globalisierung, Kampf der Kulturen, Öl und Geostrategie“. Ich möchte Sie nun bitten, zu Ihrem heutigen Thema: **“Der Atomkonflikt im Iran und einige Motive der USA sowie die deutsche und europäische Verantwortung für den drohenden Krieg“** zu sprechen.

Massarat: Meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, herzlichen Dank für die Gelegenheit, die ich hier erhalte, zu einem hoch brillanten und mich persönlich auch bewegenden Punkt zu reden.



Ich habe den Vorschlag gemacht, die deutschen Motive beziehungsweise die deutsche Verantwortung zum Hauptschwerpunkt des Vortrages zu machen. Ich fange damit an und höre auch damit auf. Dazwischen werde ich viele andere Fragen berühren.

Meine Damen und Herren, das iranische Atomprogramm ist eine deutsche Erfindung. Vor dreißig Jahren, als die Ölpreise nach oben stiegen und Iran über Petrodollar verfügte, stürzten sich im Prinzip alle Länder auf diese Petrodollar; wie können wir die Petrodollar wieder zurück-

holen? Ungeheure Mengen von Rüstungsgütern wurden gekauft, die zu einem Krieg geführt haben, dem iranisch-irakischen Krieg, und zu Atomprogrammen. Das Regime des Schahs hat sich darauf eingelassen, hat von vornherein genau das, was die Mullahs jetzt vorhaben, schon damals proklamiert: 20 AKWs langfristig, der gesamte Brennstoffkreislauf plus allen Komponenten, die durchaus auch zur Atomwaffenerstellung erforderlich waren. Das alles ist aus Deutschland importiert und dafür die Infrastruktur, Planung, Ausbildung geschaffen worden. Insofern ist Deutschland schon aus dem Grunde besonders mitverantwortlich.

Meine Damen und Herren, nachdem Iran und Irak einen Krieg geführt haben – das war Anfang der 80er Jahre bis 87 - nachdem die Iraner im Krieg gespürt haben: Es gibt Massenvernichtungswaffen, die auch im Krieg eingesetzt werden, nämlich Chemiewaffen – und Saddam Hussein hat diese Waffen eingesetzt - hat die neue iranische Regierung 1985 beschlossen, das alte Programm, das eingemottet worden war, wieder aufleben zu lassen, zumal der Einsatz von Chemiewaffen nicht nur eine irakische Angelegenheit war, sondern eine westliche. Denn die Chemiewaffen kamen auch aus Deutschland, und vor allem aus den USA. Das ist der Hintergrund für das erneute Aufleben und Aufbauen des Atomprogramms, nachdem im Prinzip nach der Revolution viele der Meinung waren, wir brauchen die Atomkraftwerke nicht, das war Quatsch, aber die Meinung ist ungekippt auf Grund dieser Erkenntnisse und Erfahrungen. Iran hat aus der Sicht der Militärs, und man kann, so weit man sich auf diese Logik einlassen kann, sagen, Iran hat tatsächlich ein Sicherheitsproblem.

Iran als eine regionale Mittelmacht fühlt sich bedroht, atomar, nicht nur durch Pakistan, das mit dem Iran gute Beziehungen hat auf der Ebene der islamischen Nähe, sondern vor allem von Israel, mit dem Iran einen ideologischen Konflikt auslebt, und natürlich auch einen regionalen

Konflikt. Israel hat bekanntlich die Atomwaffen und in der Tat die Potentiale, die regionalen Staaten mit Atomwaffen zu bedrohen, notfalls auch diese Atomwaffen einzusetzen. Verständlich auf Grund der israelischen Unterlegenheit, einfach demographisch, dass da eine Sicherheitsgarantie vorhanden sein muss. Nun, sie haben sich für Atomwaffen entschieden. Ich weiß aber nicht, ob das die Sicherheitsgarantie ist, die vor allem von Dauer ist, ob das nicht genau eine Art von Garantie ist, die nach innen die Menschen permanent zittern lässt. Und ich bin der Meinung, dass die Menschen mit dieser Sicherheitsgarantie, die sie haben, nämlich Atomwaffen, immer wieder zittern und zittern müssen, weil die anderen, nämlich arabische Staaten und Iran, schon seitdem bekannt ist, dass Israel diese Waffen hat, permanent darauf aus sind, Ähnliches zu machen - um das Gleichgewicht des Schreckens herzustellen.

Dieses Gleichgewicht des Schreckens ist auch eine westliche Erfindung. Es ist nicht eine Sache, die Mullahs erfunden haben. Die Mullahs handeln genauso rational oder irrational, wie es die westliche Sicherheitsdoktrin schon seit dem Beginn des Kalten Krieges auf der Ebene der atomaren Abschreckung als Politik verfolgt. Ich bin überzeugt, dass die Militärs der Meinung sind, Iran muss die Fähigkeit zumindest erlangen, zu den Atomwaffen zu greifen, bzw. Bomben herzustellen. Das ist meine persönliche Überzeugung. Dafür habe ich wenig Belege, weil das ist nicht die offizielle Politik Irans, sondern Militärstrategen sagen das hin und wieder. Man kann es denen auch gar nicht übel nehmen auf Grund dieser Situation. Hinzu kommt, zu diesem Sicherheitsdilemma, dass Iran im Moment nicht nur von Israel, sondern auch von den USA bedroht wird. Die USA sind auf allen Seiten, im Norden, im Süden, im Westen, im Osten durch die Besetzung von Irak, durch die Anwesenheit in Afghanistan, im Süden haben sie ihre Seeflotte, von der aus sie Iran immer angreifen können, und im Norden in den kleinen asiatischen Staaten. Eine Mittelmacht fühlt sich eingekreist

und das versteht die Bevölkerung - ob nun Moslem oder Nicht-Moslem - sehr wohl.

Alle sagen das, im Taxi, auf der Straße, Verwandte, die sagen: „Wir haben keine Sicherheit und das darf so nicht bleiben“, obwohl sie sich im Prinzip auch andere Wege wünschen würden. Viele, viele sagen: „Atomwaffen sind schlimm, aber was sollen wir machen?“ Im Inneren unterstützen sie in der Tat die Haltung der Regierung. Inzwischen ist das Projekt auch zu einem nationalen Projekt geworden. Eine Rolle spielt, wie Frau Amirpur schon erwähnte, der Mossadegh-Komplex. Das Mossadegh-Programm war ein produktives, positives Projekt und hat das Volk mobilisiert für eine gute Sache, nämlich weg mit kolonialen Beziehungen im Interesse des eigenen Rechtes.

Aber dieser Mossadegh-Komplex, und dass Iran als Kulturnation auch was darstellt, spiegelt sich meines Erachtens in tragischer Weise in der Unterstützung des Atomprogramms wieder. Da treffen sich islamische Nacheiferer der islamischen Kultur, die verloren gegangen ist, genauso wie iranische Nationalisten, die natürlich träumen von einem Groß-Iran. Sie identifizieren die Möglichkeit, eine solche Technologie zu besitzen, mit Macht, mit Größe, mit etwas Positivem, was Iran schon hatte, was aber verloren gegangen ist. Das geht sehr tief auf die kulturelle Ebene in der Debatte, auch wenn das nicht so artikuliert wird, aber so wird das empfunden. Sie sehen, das ist ein sehr breiter Komplex, den Iran zu dieser Absicht gebracht hat, das Programm tatsächlich umzusetzen.

Ich bin überzeugt, dass unter den gegenwärtigen Bedingungen, wenn es keine Alternativen gibt, die besser sind, kein Politiker, keine Partei, keine politische Strömung in der Lage wäre, auf das Kernstück, - nämlich die Uran-Anreicherung - unter den gegenwärtigen Bedingungen zu verzichten. Es sei denn, wir aus dem Westen - vielleicht mit einigen Reformern aus dem Iran - finden

die anderen Wege, die international mehrheitsfähig werden können. In der Beziehung habe ich schon ein bisschen Optimismus - und Kraft.

Lassen Sie mich nun zu dem zweiten Aspekt meines Vortrages zurückkommen: Motive der USA. Und diese Motive machen mich wieder pessimistisch. Ich sehe da vier Motive:

1. Die atomare Vormachtstellung Israels als verlässlichster Verbündeter der USA in der Region. Diese Vormachtstellung wollen die USA und Israel auf keinen Fall in Frage stellen. Das bedeutet: Sie müssen auf alle Fälle verhindern, dass Iran eine Atommacht wird. Dabei wird auf den Atomwaffensperrvertrag genauso verlogen Bezug genommen - seitens der USA und inzwischen auch seitens der Europäer - wie Iran das tut. Im Westen wird gesagt, Iran würde den Atomwaffensperrvertrag verletzen, ohne den geringsten Hinweis darauf zu geben, dass Iran ein Sicherheitsproblem hat, und ohne dass man sagt: „Gut, dann müsste wenigstens Israel dem Atomwaffensperrvertrag beitreten.“ Aber das ist überhaupt kein Thema. Das ist doch unglaublich, wenn man hier meint, ein Problem lösen zu wollen, das es in dieser Form in Wahrheit gar nicht gibt, bzw. es gibt das Problem, aber darum geht es bei dem amerikanischen Motiv „Vormachtstellung aufrechterhalten“ nicht. Es gibt viele technische Lösungen, die akzeptabel wären. Aber die Amerikaner lehnen das ab.

2. Motiv - und leider sind es vielen Motive, die miteinander verwoben sind und im Iran zusammentreffen. Iran ist aufgrund der amerikanischen Politik zu einer regional wichtigen Macht geworden. Das Regime von Saddam Hussein wurde durch die Amerikaner gestürzt, ebenso wie auf der östlichen Seite in Afghanistan die Taliban. Sie waren eine Gefahr für Iran ebenso wie Saddam Hussein - nicht so stark, aber immerhin - auch sie sind weg. Die Amerikaner haben auf diese Weise Hauptfeinde um den Iran herum durch Krieg weggeschafft. Das haben sie gar nicht gemerkt, was das für eine

Konsequenz haben würde, wenn das zu Ende gedacht wird. So wird auch jetzt gehandelt, meine Damen und Herrn. Glauben Sie ja nicht, dass hier rational gehandelt wird.

Genauso irrational wie die seit dem Afghanistankrieg vorherrschende amerikanische Politik wird auch im Falle von Iran gedacht und gehandelt. Vertrauen Sie nicht auf die Rationalität von irgendwelchen Menschen, die kurzfristige Interessen verfolgen. Iran ist dann schon zu einer regionalen Mittelmacht geworden, zusätzlich durch die schiitische Mehrheit im Irak. Iran und eine schiitische Mehrheit zusammen, das ist eine ganz explosive Mischung in der Region, die die USA niemals werden kontrollieren können. Es sei denn, Iran wird als Militärmacht so geschwächt und zerstört, dass dieser Fehler, den sie selbst geschaffen haben, nun nachträglich militärisch gelöst wird. Insofern bin ich einigermaßen davon überzeugt, dass die Amerikaner, wenn es zu einem Krieg kommt - und es wird einen Luftkrieg geben und nicht einen Bodenkrieg - dass sie gleichzeitig neben den zehn oder elf definitiv erkennbaren Atomanlagen gleich 30, 40 andere Anlagen, die militärischer Natur sind, mit vernichten. Das ist meine Überzeugung. Dass es darum geht zu sagen, diese Anlagen haben alle irgendwie zu tun mit den Atomanlagen. Also müssen sie auch weg. Ein militärisch geschwächter Iran würde zur Folge haben, dass in den nächsten zwei Dekaden Iran wieder anfängt aufzurüsten, die Öleinnahmen für Aufrüstung zu verwenden. Genau das passierte im Iran-Irak-Krieg. Zehn Jahre lang wurden die gesamten Einnahmen beider Staaten für Wettrüsten benutzt, für Krieg. Sie mussten viel mehr Öl produzieren als vorher. Überproduktion von Öl war das System. Die Preise sanken. Das ist das Nebenprodukt. Angesichts der steigenden Preise von Öl könnte das auch eine Rolle spielen, von der bisher überhaupt noch nicht die Rede ist, aber das sind Nebeneffekte, die meines Erachtens auch eine Rolle spielen.

3. Motiv: Regimewechsel. Regi-

mewechsel war immer das Ziel der amerikanischen Politik. Es wurde immer wieder gesagt: Man hofft, in einem chaotischen Zustand -und wenn irgendwelche Oppositionsgruppen, bewaffnete Oppositionsgruppen, von denen es welche gibt zu kämpfen beginnen - dass mit ihrer Hilfe im chaotischen Zustand eine Revolte entsteht. Das sind fantastische Überlegungen, die sie sich überlegt haben. Es kann sein, es ist wahrscheinlich, dass es unter bestimmten Bedingungen zur Revolte kommt. Und vor allen Dingen, wenn es gelingt, gleichzeitig bei den Luftangriffen ein paar Ölraffinerien, die für das Inland produzieren, mit erledigt werden. Und auf diese Weise das Chaos nach innen getragen wird, wo sozusagen das Alltagsleben der Menschen so beeinträchtigt wird, dass die Menschen allmählich anfangen zu sagen: Wir müssen das Regime beseitigen. Regimewechsel ist insofern wichtig für Amerika - ein neues Regime im Iran, das amerikafreundlich ist, würde bedeuten, dass die USA im Prinzip wieder vollständig ihre Kontrolle über die Region genauso haben, wie es damals war, als noch das Schahregime in der Region existierte. Da würden sie fast dieselbe Situation wie zu Zeiten des Schah haben und glauben, für die nächsten 20, 25 Jahre keinen Störfaktor in der Region mehr zu haben. Zumal Iran angekündigt hat, eine Ölbörse einzurichten. Die Einrichtung einer Ölbörse - das wird von Fachleuten unterstrichen - bedeutet das Ende der Dollarhegemonie, bedeutet das Wegreißen einer wichtigen Säule der US- Hegemonialpolitik...

Ein Regimewechsel hätte auch vor allem das Ziel, dass es bei der bisherigen Dollarwährung bleibt. Saddam Hussein hat damit auch angefangen. Er hat das Öl in Euro verkauft, an einzelne Staaten. Und eine iranische Ölbörse ist viel, viel gefährlicher, als wenn ein Land bilateral das Öl für andere Währungen verkauft.

4. Motiv - und dieses ist möglicherweise an wenigstens verständlich, aber ich nenne es trotzdem, weil ich Anzeichen dafür auch

sehe. Meines Erachtens denken die amerikanischen Strategen für die nächsten drei, vier Dekaden mit. Es geht um eine Ära der Nach-Öl-Produktion und Nutzung. Wenn Öl keine Rolle mehr spielt, ist Amerikas Hegemonialmacht letztlich auch dahin. Denn Öl spielt eine zentrale Rolle - nicht die einzige, aber eine zentrale. Was machen dann amerikanische Strategen, wenn sie nicht wollen, dass in zwanzig Jahren die Hegemonialmacht weg ist? Es gibt Anzeichen dafür, dass die Atomenergie, dass kleine Atomkraftwerke, die durch die USA monopolisiert werden könnten, dieselbe Rolle spielen könnten wie die fossilen Energien von heute. Dieselben Abhängigkeiten von den USA weltweit etablieren sollen wie das Öl heute an Abhängigkeiten produziert hat. Wenn sie an die Rede von George W. Bush denken, die er vor ein paar Tagen in seiner „State of the Nation“ – Proklamation gehalten hat. Da hat er einen klaren Absatz definiert. Es gehe darum, für die nächsten Dekaden für Amerika und – irgendwo hört man da auch raus, für die Welt – saubere Energien zu entwickeln. Er nennt sowohl die Solarenergie als aber auch die Atomenergie.

Dass Solarenergie nicht mehr ernsthaft in Erwägung gezogen wird, wissen wir, weil er vor drei oder vier Monaten das Gesetz zur Unterstützung von erneuerbaren Energien gestrichen hat. Das zeigt, das ist gar nicht ernst gemeint.

Es geht um Atomenergie in den nächsten 20, 30 Jahren, als Ersatz, eventuell als sauber zu bezeichnen wegen des Klimaschutzes, als Ersatz für Fossilien. Iran spielt in dem Zusammenhang insofern eine wichtige Rolle, weil man durch einen Krieg oder auch ohne einen Krieg de facto den Atomwaffensperrvertrag neu definiert, dahingehend, dass kein Land außer den bisher etablierten Atommächten oder großen Industrienationen wie Deutschland das Recht haben, Uran überhaupt anzureichern. Dieses Recht soll meines Erachtens gestrichen werden. Erst dann kann Amerika langfristig damit rechnen, mit Hilfe ihrer neu ent-

wickelten Atomkraftwerke weltweit die gegenwärtigen Abhängigkeiten durch Atomenergie zu substituieren. Insofern kann es in diesem Krieg oder im Konflikt mit dem Iran darum gehen, das Rechtssystem im Sinne der Verschärfung zu Ungunsten der kleineren und zu Gunsten der größeren Mächte neu zu definieren.

Meine Damen und Herren, bei solcher Komplexität der Motive, wenn ich Sie nicht einfach verschwörungstheoretisch in meinem Hirn aneinanderreihe, wenn da wirklich Indizien dafür da sind - und einige kann man belegen – dann kann man sich vorstellen, warum die USA akribisch seit zwei Jahren - man muss auch sagen meisterhaft und ohne große Fehler - dabei sind, eine internationale Front aufzubauen, indem sie letztlich der letzte handelnde kriegstreibende Akteur sind, weil sie es geschafft haben, dass die ganze Welt, vor allem aber die westliche Welt, moralisch einen Krieg unterstützen würde. Diese Front steht so gut wie sicher, wenn Sie sehen, wie sich unsere Bundeskanzlerin mit Bush in der Pressekonferenz hinstellt und sagt: „Wir dürfen auf keinen Fall zulassen, dass Iran zu Atomwaffen kommt, wir müssen aber dafür eine breite internationale Front haben. Da müssen wir alles daran setzen.“ Man hat den Eindruck, Frau Merkel und die Europäer sind dabei, Hilfs-schiff-Funktionen für die USA zu übernehmen. Und das tun sie, ohne zu realisieren, dass sie einen Krieg, der Europa am meisten trifft - aber auch die Länder in der Region, am wenigsten Amerika -, dass sie einen solchen Krieg mit voran bringen bzw. legitimieren. Und dieses moralische Bündnis - heute war auch davon die Rede, die haben ein breites Bündnis, das muss gehalten werden - das war in der Sicherheitskonferenz eine der zentralen Fragen.

Meine Damen und Herrn, dieses moralische Bündnis ist auf der einen Seite Voraussetzung für einen Krieg gegen den Iran, im Unterschied zu dem Bündnis im Irak-Krieg. Im Irak-Krieg brauchten die USA eine solche Bündnisbreite, ein solches

internationales Bündnis nicht. Aber jetzt, aufgrund des innenpolitischen Drucks und des Desasters im Irak, werden die USA nur dann einen Krieg anzetteln, wenn sie der ganzen Welt - zumindest Amerikanern und Europäern - vermitteln: „Iran ist gefährlich, die ganze Welt ist dafür, dass Iran daran gehindert wird.“

Also müssen wir letztlich ein wahrnehmbares Zeichen gegen diesen Krieg setzen. Wenn die bisherige Meinung bestehen bleibt, dann wird ein Krieg sehr wahrscheinlich, ziemlich sicher. Und genau an dem Punkt, meine Damen und Herrn, darauf wollte ich hinaus und mache dann gleich auch Schluss, an dem Punkt, glaube ich, dass wir unsere Stärke gewinnen können, um einen Krieg zu verhindern. Denn moralische Bündnisse, die nicht legitim sind, die nicht überzeugend sind, kann man durchaus durch Mobilisierung in Frage stellen. Und ich bin der Meinung, dass wir unsere Bundeskanzlerin herausfordern müssten und sie in die Situation bringen müssten, zu antworten, warum sie sich bis jetzt von der ausdrücklichen Option von George W. Bush, auch Krieg führen zu können in diesem Bündnis, warum sie sich davon noch nicht distanziert hat. Sie muss sich meines Erachtens davon distanzieren. Und wir müssen eine Situation schaffen, in der eine Distanzierung vom Krieg eine völlig neue Situation schafft, die dann im Anschluss einen Krieg möglicherweise, vielleicht sogar mit großer Wahrscheinlichkeit, verhindert. Ich glaube nämlich, meine Damen und Herrn, genau an diesem Punkt haben wir viele Möglichkeiten. Wenn es der Friedensbewegung gelingt, dieselbe Stärke zu gewinnen wie am 15. Februar 2003, dann könnten wir diesen Krieg verhindern. Ich kündige hiermit auch schon an:

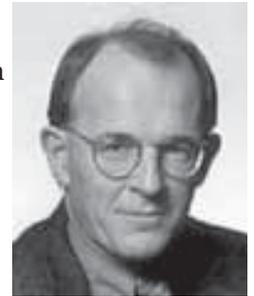
Nach der Diskussion will ich einige Überlegungen vorstellen, wie die Friedensbewegung sich auf einen Aktionsplan verständigen könnte. Ich werde diese Überlegungen dann, nachdem wir die Thesen hier kritisch diskutiert haben, hier einbringen. Vielen Dank.

Holterman: Ganz herzlichen Dank, Herr Professor Massarat. Das war ein sehr bewegender und bedrückender Vortrag und ich hoffe, dass wir weiter darüber sprechen können. Sie haben uns sehr beeindruckt durch diesen Vortrag, aber auch durch ihre Bewegung, die uns ganz stark vermittelt hat, wie drängend und wie schlimm dieses Problem im Moment ist. Jetzt kommen wir zu Andreas Zumach. Mit Frau Amirpur hat Andreas Zumach den Geburtsort Köln gemeinsam, mal was ganz Normales, - auch manches andere sicher – aber das ist offensichtlich. Mit Herrn Massarat verbindet Sie das Engagement in der Friedensbewegung, ein Engagement der ersten Stunde. Seitdem sind Sie auch mir, wie wahrscheinlich vielen von Ihnen, ein Begriff. Ein Begriff für klare und unterschiedene, wohl abgewogene und unaggressive Stellungnahmen zu Friedensfragen in den Medien. Das fand ich immer besonders wohltuend. Nach zweijähriger praktisch-politischer Tätigkeit in den USA und in der Bundesrepublik studierten Sie Sozialarbeit, Journalismus und Volkswirtschaft an der Bonner Universität und starteten eine Karriere im Journalismus, die Sie noch einmal für sieben Jahre zu Gunsten einer Tätigkeit in der Friedens- und Dritte-Welt-Bewegung unterbrechen. Heute arbeiten sie von Genf aus als Korrespondent der TAZ wie für eine Reihe regionaler und nationaler Zeitungen und Radiostationen. Ihre Spezialgebiete sind dabei unter anderem EU, UNO und andere multilaterale Organisationen, Sicherheitspolitik und internationale Entwicklungen seit dem 11. September. Von Ihrer Internetseite lassen sich eine ganze Reihe Ihrer Artikel herunterladen. Besonders empfehle ich einen längeren unter den Titel: „Die kommenden Kriege“. Und ich nehme an, dass dies eine Kurzfassung Ihres Buches unter dem gleichen Titel darstellt, 2005 erschienen. Auch hier ist der Untertitel - jetzt als Einstieg in Ihr Statement gedacht - besonders aufschlussreich und aktuell, nämlich „Ressourcen, Menschenrechte, Machtgewinn. Präventivkrieg als Dauerzustand?“ Bitte

Herr Zumach, zur Rolle von EU und UNO und zur Kriegsvermeidung.

Zumach: Ganz herzlichen Dank. Guten Abend.

Mein Job ist so ein bisschen auch hier die Brosamen noch aufzusammeln, also zu den Punkten auch was zu sagen, zu denen meine beiden hervorragenden Vor-Rednerinnen und Redner noch nichts gesagt haben. Fast alles, was sie gesagt haben, unterstreiche ich voll, werde es deswegen nicht wiederholen, aber an einigen Punkten doch vielleicht ein paar zusätzliche oder auch andere Akzente setzen.



Mohssen Massarat hat eben aufgehört mit einem Appell. Ich will da anschließen. Ich halte die Situation, die Diskussionslage bei uns in Deutschland und auch international für ungleich schwieriger als im Jahr 2002 vor den drohenden Irak-Krieg. Und das ist – Frau Holterman hat am Anfang über die täuschenden Ähnlichkeiten zur Vorkriegssituation 2002 gesprochen – das ist für mich ein wesentlicher Unterschied. Damals gab es zwischen den politischen Eliten in den USA und zumindest weiten Teilen Europas einen starken Dissens. Das war der Dissens über die Bedrohungsbehauptung. Diesen Dissens gibt es heute nicht. Das haben die ersten Stunden dieser Konferenz im Münchner Brauhaus heute noch mal sehr deutlich gemacht. Diesen Dissens gibt es nicht, was immer die Gründe für die Bedrohungsbehauptung sein mögen. Aber hier geht im Moment kein Spalt Papier dazwischen, wenn ich das richtig gehört habe. Andere, die da waren und das gehört haben, mögen mich hier korrigieren.

Zweitens: Es gibt, verbunden damit – mal vordergründig, mal hintergründig, mal offen, mal nicht zu offen – eine antiislamische Stimmung in diesem Land. Und die Art und Weise, wie diese Debatte über die

Karikaturen geht, ist dafür ein Beleg. Ich habe heute Mittag auf dem Marienplatz dazu was gesagt. Ich mache das nachher gerne auch noch mal bei Bedarf in der Diskussion. Ich lasse das jetzt aus Zeitgründen weg. Das gab es damals bei aller Feindbild-Produktion und aller berechtigten Kritik am Regime von Saddam Hussein im Irak nicht.

Und drittens: Lungert da doch irgendwo im Hintergrund zunehmend bedrohlich die Angst, dass wir vom Öl abgeschnitten werden oder auch, dass nur die Preise noch viel höher werden, als sie das bereits im Laufe des letzten Jahres geworden sind. Also, ich will den Teufel nicht an die Wand malen, aber ich würde mal behaupten, wenn im März dieses Jahres, wie ja einige befürchten, militärische Schläge losgehen, werden weit weniger Menschen in diesem Land und in Europa dagegen demonstrieren. Und so mancher, der noch gegen den Irak-Krieg demonstriert hat, wird militärische Schläge gegen Iran für richtig halten. Ich habe solche Stimmen schon auf Veranstaltungen der Friedensbewegung erlebt, zuletzt vorgestern Abend in Ulm. Und da genügt es mir nicht, nur über Frau Merkel zu reden, Mohssen. Ich weiß, dass du das nicht singularisieren wolltest, aber ich will hier noch einmal deutlich sagen: Ich glaube, hier tut sich die Haltung, die der frühere Außenminister Fischer eingenommen hatte, und das, was uns Frau Merkel heute gesagt hat, nicht sehr viel. Und wenn ich dann noch erlebt habe – und Bettina Gaus von der TAZ war auch im Saal – ich habe es draußen erlebt, wie Angelika Beer in der Diskussion nach der Rede von Frau Merkel ans Mikro gegangen ist und sie voll und ohne jede Einschränkung unterstützt hat in ihren Aussagen zur künftigen Rolle der NATO und zur Zusammenarbeit mit den USA, dann hat das noch mal deutlich gemacht, dass wir hier in einer sehr, sehr schwierigen Ausgangssituation sind.

Katajun Amirpur und Mohssen Massarat haben beide über die Doppelstandards geredet. Und ich unterstreiche das alles. Die Doppel-

standards im westlichen Reden und Tun. Aber ich sage trotzdem: „Eine atomare Bewaffnung Irans wäre eine fatale Entwicklung in jeder Hinsicht, Punkt!“ Und ich wünschte mir, dass dieser Satz überall in der Friedensbewegung klar und ohne Einschränkung gesagt wird. Dieser Satz wird für mich auch nicht eingeschränkt durch die richtige und dringend notwendige scharfe Kritik am israelischen Atomwaffenarsenal. Sie wird auch nicht eingeschränkt durch die richtige Kritik an den nicht erfüllten Abrüstungsverpflichtungen der fünf offiziell anerkannten Atomwaffenmächte, und sie wird auch nicht eingeschränkt durch den Hinweis auf die Tatsache, dass mit Hilfe dieser fünf Atommächte Indien und Pakistan sich inzwischen



auch atomar bewaffnen konnten. Ich sage das auch deswegen, weil ich nicht völlig ausschließe, dass wir nach der Periode Bush, die ja 2008 zu Ende gehen wird, selbst in Washington eine politische Führung bekommen, die plötzlich sagt: Also ein Iran mit einer kalkulierbaren Führung und einem offenen kleinen Atomwaffenarsenal ist vielleicht doch ganz vernünftig, auch für die Stabilität, jedenfalls vernünftiger als die derzeitige Situation. Der ehemalige Sicherheitsberater von Präsident Jimmy Carter Zbigniew Brzezinski hat genau dieses in einem langen Interview vor vier Monaten, das in Deutschland der „Freitag“ dankenswerterweise abgedruckt hat, gesagt. Er ist ansonsten ein rechter Falke der amerikanischen Außenpolitik

gewesen, kein neoliberaler Ideologe, scharfer Kritiker des Krieges gegen den Terrorismus. Aber er kommt halt zu diesem Ergebnis. Und hier, finde ich, kann man nur klar Nein sagen aus Gründen, die ich - glaube ich - in diesem Saal nicht erläutern muss.

Zu Israel

Ich denke, die Friedensbewegung wird nur eine klare und vielleicht eines Tages auch erfolgreiche Haltung zu dem Iran-Problem entwickeln, wenn sie endlich aus der Defensive rauskommt, was die Israel-Thematik betrifft, die uns ja immer wieder, und wir erleben es im Moment auch wieder nach den Äußerungen von Herrn Ahmadineschad, in die Defensive bringt. Ich denke, die richtige Antwort kann nur heißen: Ja, wir Deutschen haben eine besondere Verantwortung für die Existenz Israels. Und wir haben - und das ist auch Beschlusslage deutscher und anderer europäischer Regierungen - auch eine Verantwortung für die Schaffung eines politisch und wirtschaftlich überlebendigen Staates Palästina. Aber, gerade aus der besonderen Verantwortung für die Existenz Israels, ergibt sich, dass wir scharfe Kritik an der derzeitigen Politik der Regierung Sharon und künftig möglicherweise Netanjahu und allen, die diese Politik mittragen, üben müssen. Weil, nichts gefährdet die Existenz Israels mittel- und langfristig mehr als eine Fortsetzung dieser Politik. Das ist die Logik. Und wenn wir das so klar sagen, kommen wir endlich auch aus den elenden Debatten zu diesem Thema heraus.

Jetzt komme ich zum Stichpunkt EU. Die EU hat zwar vor zwei Jahren gesagt, sie verhandle, was besser aussah als die konfrontative Haltung Washingtons. Aber die EU hat dann in ihren Verhandlungen von Iran Dinge verlangt – und Frau Amirpur hat das schon angedeutet – die diskriminierend waren, die auf einen teilweisen Souveränitätsverzicht Irans abzielten und die von daher von vornherein zum Scheitern verurteilt waren. Das Scheitern dieser Verhandlungen im Juli letzten Jah-

res war absehbar. Es ist von einigen wenigen auch vorausgesagt worden. Und es ist genauso gekommen, und seitdem liegt die EU voll auf dem Kurs der USA und ist diejenige, die heute oder gestern in Wien bei der Internationalen Atomenergie-Organisation und auch schon letztes Jahr im September den Antrag auf die Überweisung dieses Themas an die UNO gestellt hat. Und die USA brauchen eigentlich nur noch daneben zu stehen und sich die Hände zu reiben. Und meine Befürchtung ist, dass das mit Russland und dem Kompromissvorschlag zur Auslagerung der iranischen Urananreicherung auf russisches Territorium genauso geht. Wenn ich die iranischen Vertreter heute Nachmittag in Wien und auch hier in München richtig verstanden habe, ist dieser Vorschlag tot. Er ist obsolet, weil Iran nächste Woche seine Urananreicherung in industriellem Ausmaß wieder auffahren wird, und dann gibt es für diese Verhandlungen mit Russland keinen Spielraum mehr. Und dann wird Russland, wird die russische Führung - auch unter Druck der USA - voll auf die amerikanische Linie einschwenken. Das ist meine Befürchtung.

Die EU verkauft ihre Position immer noch mit zwei - ich sage ganz bewusst - Lügen. Die eine Lüge haben wir heute wieder von Frau Merkel, aber vor drei Tagen auch von sozialdemokratischen und grünen Politikern gehört - das ist die Lüge, Iran habe Vereinbarungen mit der EU gebrochen. Es geht hier nicht um Verstöße gegen den Atomwaffensperrvertrag. Die gibt es allerdings seitens Irans, und hier gibt es nach wie vor Aufklärungsbedarf aus den letzten 18 Jahren. Gemeint ist die Vereinbarung zwischen Iran und der EU vom November 2004, die so genannte Pariser Vereinbarung, in der sich Iran, um die eigentlichen Substanzverhandlungen mit der EU zu erleichtern, zu einer freiwilligen, zeitlich begrenzten vorläufigen Suspendierung seines Urananreicherungsprogramms verpflichtet hat, als Geste des guten Willens. Und die EU tut so, als sei das ein Vertrag gewesen und Iran habe Vertragsbruch

begangen, als es dann im Juli dieses Jahres diese Urananreicherung bzw. die Vorstufe wieder angefahren hat mit der Begründung, dass die Verhandlungen mit der EU eben in der Sache nichts gebracht haben.

Und hier liegt das zweite Problem der EU Behauptung - auch von Frau Merkel heute wiederholt - die EU hätte doch zahlreiche weit reichende Angebote und Kompromissvorschläge gemacht. Und die seien alle von Teheran abgelehnt worden. Das ist schlicht nicht wahr. Und man kann sich die 38 Seiten, die die EU im Juli letzten Jahres Teheran vorgelegt hat, im Internet angucken und wird feststellen, die entscheidenden Dinge, die Teheran bräuchte, militärische Sicherheitsgarantien, Nichtangriffs-Garantien, hat es nicht gekriegt. Aber auch keine verlässlichen Angebote für die Versorgung mit Brennstäben oder anderem Nuklearmaterial aus EU-Staaten, wenn es denn seinerseits auf die Urananreicherung verzichten würde. Das hat es deswegen nicht gegeben, weil die Regierungen in Berlin, Paris und London Angst hatten, dass dann europäische Konzerne - Siemens oder andere - , die diese Lieferungen nach Iran tätigen, von Washington unter Sanktionsdruck gesetzt werden, und die EU-Länder waren noch nicht einmal bereit, dieses Risiko einzugehen. Und ich finde es wichtig, in der Aufklärung in den nächsten Wochen und Monaten auf diese Punkte hinzuweisen, damit diese Mythen irgendwann vielleicht nicht mehr existieren.

Irans strategische Bedeutung

Mohssen Massarat hat darüber geredet, wie die USA dazu beigetragen haben, Iran stark zu machen, indem sie seine Nachbarn und potenziellen Rivalen klein gemacht haben, nämlich Irak und Afghanistan. Ich würde weitergehen, Mohssen. Selbst wenn das mit Irak und Afghanistan nicht passiert wäre, ist Iran in dieser ganzen Region, die Herr Brzezinski etwas despektierlich als „eurasischen Balkan“ bezeichnet, also die fünfundzwanzig Länder zwischen Russland, Türkei, China und indischem Ozean, da ist Iran wahr-

scheinlich das wichtigste Land, das Land mit der größten strategischen Bedeutung. Aus fünf wesentlichen Gründen:

- Es besitzt die drittgrößten Ölreserven in dieser Welt und die zweitgrößten Gasreserven nach Russland.
- Kein Land hat so viele Grenzen mit anderen Staaten der Region, darunter sehr sensible Grenzen. Drei Grenzen zu ex-sowjetischen Republiken, wo inzwischen amerikanisches Militär steht. Eine 1000 - Kilometer-Landgrenze zum Irak. Die gesamte Ostgrenze des Persischen Golfs, was ja eine strategisch wichtige Wasserstraße ist, auch für den Ölhandel, ist die iranische Südwestküste.
- Es ist ein Land mit einer Tausende Jahre alten Kultur.
- Es ist das Land mit der jüngsten Bevölkerung dieser Erde, also nirgendwo ist die demografische Kurve so flach, gibt es einen so hohen Anteil der Bevölkerung unter-zwanzig- und unter-dreißig-Jähriger.
- Und, ob dieses Land, wie dieses Land sich künftig weiterentwickelt, ob es eine funktionierende Demokratie in einem islamischen Staat wird, ist von so ungeheurer Relevanz eben auch für die gesamte Nachbarschaft und wird Ausstrahlung haben auch auf die zentralasiatischen Republiken, die inzwischen - derzeit auch mit Hilfe amerikanischer Ölkonzerne - nach wie vor eher diktatorische Zustände haben.

Ich denke, das allein begründet ein erhebliches strategisches Interesse, aber nicht nur der USA, sondern auch der EU.

Und jetzt komme ich zu dem Ölpunkt, den du angedeutet hast. Ich denke, man muss ihn kurz noch mal erläutern, weil man nicht voraussetzen kann, dass er allen wirklich klar ist. 1947 bei der Begründung der Bretton Woods-Organisation, also der Weltbank, internationaler Währungsfonds, haben die USA dem Rest der Welt das Versprechen gegeben, dass alle Dollars, die irgendwo international zirkulieren, gegen Gold

aufgewogen würden. Jederzeit. Also die Golddeckung des Dollars. Und als die Franzosen dann 1973 mit einem Schiff voller Dollarnoten in Baltimore ankamen, bei Washington, und verlangt haben, das bitte doch in Gold erstattet zu bekommen und dann gleichzeitig auch die erste große Ölkrise stattfand, hat die US Regierung über Nacht dieses Versprechen der Golddeckung des Dollars rückgängig gemacht, und seitdem ist die Deckung halt das schwarze Gold: Öl. Und das wurde damals so etabliert, dass die USA Saudi-Arabien genötigt haben, in einem Abkommen zuzusagen, dass Saudi-Arabien, das Land mit den größten Reserven und damals auch größter Exporteur, Öl immer nur und ausschließlich und überall auf der Welt zu Dollar verkauft. Und die anderen Ölstaaten, was ja damals vor allem die arabischen Staaten waren, haben sich dem angeschlossen, sowohl Kuwait wie auch Irak und die kleinen Emirate. Seitdem gilt das, und das ist der wesentliche Grund dafür, warum der Dollar die Weltleitwährung ist.

In einer Volkswirtschaft, die mit über 1,8 Billionen Dollar inzwischen verschuldet ist, seit Präsident Bush an der Macht ist, einer Volkswirtschaft, die normalerweise längst zusammengekracht wäre mit einem solchen Defizit - und dieses Defizit lässt sich eben nur aufrechterhalten, weil es auf den Rest der Welt, auf unser aller Schultern abgewälzt wird. Und das geht eben über diesen Mechanismus, dass alle anderen Länder, die Öl brauchen - und das sind so ziemlich alle 190 UNO Staaten neben den USA - sich zunächst Dollar besorgen müssen, um das Öl dann zu kaufen.

Und genau dieses hat Saddam Hussein im Jahr 2000 als Erster herausgefordert mit seiner Entscheidung, das Öl, das er noch unter dem „Öl für Nahrungsmittel“-Programm der UNO verkaufen durfte, in Euro zu fakturieren. Hugo Chavez hat das für Venezuela auch angekündigt. Selbst Russland denkt in die Richtung. Und wie Mohssen gesagt hat, möglicherweise im März dieses Jahres soll in

Teheran eine Öl Börse eingerichtet werden, die es den Käuferländern freistellen würde, in welcher Währung sie bezahlen. Es würde erwartungsgemäß darauf hinauslaufen, dass die meisten dann in Euro zahlen. Und man kann sich das weiterfortdenken.

Der Euro würde zunehmend - nicht über Nacht - den Dollar ablösen in dieser Rolle der Weltleitwährung, aber er würde es möglicherweise eine Zeit lang parallel mit dem Dollar sein und dann irgendwann den Dollar ausstechen. Und dann ließe sich natürlich diese Defizitwirtschaft der amerikanischen Volkswirtschaft nicht aufrechterhalten. Hier liegt das große Problem. Nur aus dieser Analyse ergeben sich natürlich möglicherweise auch Widersprüche zwischen den USA und der EU, über die wir dann reden müssten. Das ist offensichtlich.

Kommt es zum Krieg?

Wenn man die Frage stellt, in Washington und in anderen westlichen Hauptstädten, in den Machtstrukturen, wird ja im Moment meistens abgewunken. Es gibt zwar den Satz: „Wir halten uns jede Option offen,“ aber dann wird gesagt: „Es gibt erhebliche politische Gründe, die dagegen sprechen.“ Die Frage der militärischen Machbarkeit ist ungeklärt und die Frage der Erfolgsaussichten und der Reaktion in der islamischen Welt sprechen auch dagegen. Ich kann nur sagen, auch im Jahre 2002 hat man in den Machtstrukturen, auch in Washington bis in die höchsten Ränge des Militärs genau diese vielen Bedenken und Einwände gegen einen Krieg gegen Irak gehört und trotzdem ist dieser Krieg geführt worden.

Und, was mir Sorgen macht, ist, dass im Moment an vielen entscheidenden Punkten überall schwache Präsidenten und Figuren sitzen. Herr Bush in Washington, Herr Ahmadinedschad in Teheran, Herr Chirac in Paris, die derzeitige Regierung in Israel und der kommende Bewerber Netanjahu. Sie alle haben die Versuchung - sind ihr zum Teil schon erlegen - durch eine Zuspit-

zung des Streits mit Iran innenpolitisch Punkte zu machen und um Unterstützung zu werben. Und darin liegt die Gefahr einer Eskalation, die vielleicht gar nicht gewollt ist, einer Eskalation des Krieges der Worte hin zu militärischen Schlägen. Die Alternativen, Mohssen hat sie angedeutet, ich will sie kurz sagen. Ich glaube:

- Es wird keine isolierte Lösung des iranischen Problems geben. Punkt! Wer uns das vormacht, spricht entweder wider eigene Erkenntnis oder hat schlicht keine Ahnung. Es wird eine dauerhafte, befriedigende politische Lösung des iranischen Problems nur geben im Kontext einer regionalen Gesamtlösung, bei der auf jeden Fall auch die israelischen Atomwaffen mit auf den Verhandlungstisch müssen, d. h. übersetzt, eine Konferenz im Nahen und Mittleren Osten mit dem Ziel einer Zone frei von atomaren, biologischen, chemischen Massenvernichtungswaffen als erstem Ziel. So ähnlich, wie wir Europäer das ab 1975 mit der KSZE in Europa gemacht haben. Und das hieße natürlich - und impliziert sehr klar - eine Anerkennung Israels durch Iran, sonst kann man nicht miteinander verhandeln. Und diese Forderung sollte man auch so klar an Teheran richten.

- Klare und verlässliche Nichtangriffsgarantien der USA an Iran.

- Iran muss das Recht auf Urananreicherung offiziell zugestanden bekommen. Das ist nun mal die Rechtslage - ich sage gleich noch was zu den Bedenken. Das mag uns nicht gefallen, aber jeder Versuch, das hier singulär einzuschränken und nur dem Iran etwas abzuverlangen, was man anderen Staaten, die ähnliche Programme unterhalten, nicht abverlangt, wird scheitern. Frau Amirpur hat das klar gesagt, ich kann es nur unterstreichen, wer immer in Teheran an der Regierung ist, wird für eine Ablehnung solcher Forderungen bis zu 90 Prozent der Bevölkerung hinter sich haben. Das ist kein Problem Ahmadinedschad. Dieser Satz hätte auch schon vor vier Jahren gegolten. So, und das führt mich zu dem vierten Punkt.

- Wahrscheinlich viele hier im Saal haben Bauchschmerzen dabei, wenn man sagt, Iran soll natürlich Uran anreichern dürfen - und ich habe diese Bauchschmerzen persönlich auch - weil ich es für die falsche Alternative halte, die Atomenergie, weil es die behauptete Trennung zwischen so genannter ziviler und militärischer Nutzung eben nicht gibt. Und selbst wenn es sie sauber technologisch gäbe, bliebe immer noch das Restproblem in Anführungszeichen mit den Kosten und der Sicherheit der so genannten zivilen Nutzung der Atomenergie. Es ist nicht wirklich eine Alternative, und deswegen müssen wir irgendwann mit den Iranern darüber reden, dass sie so viele andere Alternativen haben, Sonne, Wind, Wasser, Erdwärme usw. und diese Alternativen nutzen sollten, statt auf die Atomenergie zu setzen. Nur, solche Argumente werden in Teheran nur eine Chance bekommen und auf offene Ohren stoßen, wenn der derzeitige Konflikt zunächst mal deeskaliert ist, wenn die Bedrohungsängste, die legitimen Bedrohungsängste, weggenommen worden sind und wenn die Urananreicherung zunächst mal klar zuerkannt worden ist und damit auch nicht mehr diese große Frage des Prestiges und der nationalen Souveränität hat. Nur nachdem das passiert ist, werden diese Argumente, auf andere, alternative, erneuerbare, ökologische Energien zu setzen, auch eine Chance haben. Und dann wäre es wichtig, dass Deutschland und die anderen europäischen Länder, die inzwischen Erfahrungen haben mit diesen erneuerbaren Energien, Technologien entwickelt haben zu ihrer Nutzung, diese Erfahrungen und Technologien Iran auch wirklich schnell und kostengünstig zur Verfügung stellen. Vielen Dank.

Holterman: Ganz herzlichen Dank, Herr Zumach. Ich fand das wunderbar, dass Sie uns auch ein bisschen Grundlagenwissen nebenbei noch mal vermittelt haben. Das schätze ich immer sehr. Ich würde ganz kurz ein paar Fragen stellen und bitte um kurze Antworten hier auf dem Podium. Die Frage, die sich mir bei Ihnen, Herr Zumach, vor allen Din-

gen aufgedrängt hat, ist die Frage, wie kann man mit Israel über etwas verhandeln, von dem sie gar nicht zugeben, es überhaupt zu haben?

Zumach: Erste Antwort: Dafür gibt's Vorerfahrungen in der Geschichte: Es gibt auch andere Länder, die es zunächst bestritten haben.

Zweite Antwort: Diejenigen, die Israel zu diesen Verhandlungen drängen müssten, wissen sehr genau und bestens, dass Israel diese Fähigkeiten hat. Ich meine damit nicht nur die USA und die Westeuropäer und ihre Geheimdienste. Russland weiß es auch. Es gibt halt diesen Konsens auch in der Erkenntnislage, dass es etwa 300 Sprengköpfe gibt. Also, wenn der politische Willen da wäre auf diesen Seiten, Israel hier zu drängen, sehe ich überhaupt nicht, dass Israel sich hier widersetzen könnte.

Und drittens weiß ich - und das ist wichtig, dass wir das auch immer dazu sagen - dass es in der israelischen Bevölkerung sehr viele Menschen gibt, die die Atombewaffnung des eigenen Landes auch für völlig falsch halten, sowohl aus den eigenen richtig verstandenen Sicherheitsinteressen heraus, aber gerade auch mit Blick auf die anderen Länder der Region. Und ich denke, wenn wir diese Forderung hier endlich stellen, Israel damit an den Tisch zu bringen, stützen wir diese Menschen innerhalb von Israel.

Holterman: Eine andere Frage, die sich für mich vielleicht am ehesten an Sie Herr Massarat richtet, ist, dass die Medien die USA als kriegsmüde darstellen und dass die Bevölkerung nicht mehr mitmacht, dass es also ganz schwer ist - habe ich gerade wieder einen halbstündigen Beitrag gehört - dass es ganz schwer geworden ist, neue Rekruten für die Armee zu gewinnen. Das alles scheint mir sehr glaubhaft. Wie kann Amerika dann in den Krieg ziehen, in ein Land, das sich nach allen Aussagen, wie sie vor allen Dingen Frau Amirpur wieder sehr bestätigt hat, nach allen Aussagen hinter seine Führung stellen will.

Massarat: Im Unterschied zum Irak-Krieg geht es hier ausschließlich darum, und das ist auch vorstellbar und machbar, dass ein Luftkrieg stattfindet, kein Bodenkrieg, denn alle Anlagen, alle Ziele sind vor allem über Luft zu erreichen - Möglichkeiten, Potentiale, die Amerika schon an den anderen Grenzen verfügbar hat. Sie müssen nicht mobilisiert werden. Innerhalb von wenigen Tagen können sie aktiviert werden. Ich nehme an, das wird vorher gemacht. Das ist durchaus möglich ohne den Nachteil, den die USA im Irak-Krieg hatten. Außerdem ist es Bestandteil der amerikanischen Militärstrategie, gleichzeitig an mehreren Fronten in der Welt Krieg führen zu können. Und dafür haben sie ja die entsprechenden Potentiale einschließlich Luftabwehr- Waffensysteme, von denen man annimmt, dass sie gar nicht Abwehr- Waffensysteme sind, sondern durchaus Komponenten von Angriffswaffen haben. Die sind schon bereits installiert. Ich glaube, dass die Stimmung auch in Amerika dahingehend zu interpretieren ist - bis vor kurzem haben 70 Prozent der Menschen gesagt: Auf keinen Fall darf Iran Atomwaffen haben. Das heißt, eine Legitimation für einen Einsatz, d.h. auch durch Krieg, ist bereits in Amerika vorhanden. Ich fürchte, das wird in Europa auch vorhanden sein.

Holterman: Dann würde ich gerne das Wort an Sie, Frau Amirpur, weitergeben und Sie bitten, einfach darauf Bezug zu nehmen, wo Sie vielleicht Kritikpunkte an oder Differenzpunkte zu den Referaten der beiden Herren haben oder was Sie noch verstärken möchten.

Amirpur: Wir haben gar keine Differenzen. Ich wollte nur sagen, dass ich Herrn Zumach völlig zustimme, wenn er sagt, es darf keinen atomar bewaffneten Iran geben. Es würde ein atomares Wettrüsten im Nahen Osten zur Folge haben, und das kann es nicht geben. Die Saudi-Araber würden dann ganz, ganz schnell versuchen, auch Atomwaffen zu haben, und das kann nicht das Ziel sein. Ich möchte noch einen Punkt ergänzen, an dem wir immer ein

bisschen oder an dem ich in meinem eigenen Vortrag vorbei geschlittert bin, nämlich das Thema Antisemitismus der Iraner. Ich glaube nicht, dass Iraner Antisemiten sind. Nach wie vor lebt in Iran, abgesehen von Israel, die immer noch größte jüdische Gemeinde im gesamten Nahen Osten, und man hat immer ganz stark versucht, einen Unterschied zu machen zwischen der Anti-Israel-, Anti-Zionismus-Propaganda und Antisemitismus. Aber man hat die eigenen Juden im eigenen Lande immer versucht, davon auszunehmen. Man hat nicht versucht, sie als fünfte Kolonne des Feindes zu behandeln, und ich glaube, das ist ein sehr, sehr wichtiger Punkt. Weil es auch hier in der Presse immer wieder auftaucht. Gero von Randow hat letzte Woche in der Zeit geschrieben, er sei im Iran gewesen und es hätte irgend jemand die Hand hoch gehoben, als er erfahren habe, dieser Mann sei Deutscher, gesagt: „Heil Hitler, und wir sind ja beide Arier“ und so. Gut, das passiert mir auch andauernd. Ich finde es dann auch nicht mehr witzig. Und sage den Leuten dann auch: Ich kann darüber als halbe Deutsche nicht lachen. Aber es ist nicht als antisemitisches Statement gemeint, sondern man hakt ein bisschen rum auf diesem: „Wir beiden Völker, ihr Deutschen und wir Iraner sind halt Arier.“ Aber ansonsten glaube ich nicht, dass das iranische Volk ein großes Problem mit Juden insgesamt hat. Juden sind sehr hoch angesehen unter der normalen iranischen Bevölkerung - ich will damit nicht sagen, dass sie keine Probleme haben in Iran - aber die muslimische Bevölkerung in Iran hat auch Probleme mit dem Regime. Es sind sehr viele Juden in den letzten 27 Jahren aus Iran weggegangen. Aber das liegt unter anderem auch daran, dass die Juden wissen wohin sie gehen können, wenn sie Iran verlassen möchten. Das können muslimische Iraner inzwischen nicht mehr, weil Iran als sicheres Drittland gilt. Das ist, glaube ich, ein Punkt. Ansonsten, Juden haben die schönste Stadt Irans gegründet, Isfahan. Sie sind damals vom persischen Kaiser Kyros aus der babylonischen Gefangenschaft

befreit worden, und er hat ihnen gesagt: „Geht irgendwo hin und siedelt euch dort an, wo ihr wollt.“ Und sie haben sich angesiedelt in Isfahan, weil sie dort die Erde gefunden haben, die Jerusalem am ähnlichsten war. Deswegen haben die Juden in Iran eigentlich einen sehr, sehr hohen Stand. Ja ich verwehre mich ein bisschen als Iranerin gegen den Vorwurf, dass Iraner extrem große Antisemiten seien, und dass allein schon aus diesem Grunde für Israel eine sehr große Gefahr von dem iranischen Volk ausgeht. Es geht eine große Gefahr aus vom Iran gegenüber Israel, aber bestimmt nicht, weil die Mehrheit dieses Volkes antisemitisch eingestellt ist.

Zumach: Also ich will dazu nur kurz sagen: Falls Sie die heutige Süddeutsche Zeitung noch nicht gelesen haben, tun Sie es. Da gibt es eine wunderschöne Geschichte auf Seite 3 über einen iranischen Weblogger, der sich nach Tel Aviv begeben hat und von dort über die Situation in Israel nach Iran berichtet und umgekehrt und was der erlebt auf beiden Seiten. Und was für Reaktionen. Diese Geschichte ist sehr gut.

Amirpur: Widerspricht die meiner These?

Zumach: Nein, die widerspricht dem überhaupt nicht. Ich wollte nur darauf hinweisen.

Holterman: Hier ist sehr wenig Widerspruch, aber ich frage noch einmal als letzten Herrn Prof. Massarat: Haben Sie zum Referat von Herrn Zumach noch etwas hinzuzufügen, einen Unterschied dazu oder eine Randbemerkung?

Massarat: Ja, vielleicht eine Ergänzung zu der Perspektive. Wir haben, meine Damen und Herren, zwei Perspektiven. Die eine Perspektive ist: Wie können wir den Krieg verhindern, wie können wir international einen Zustand schaffen, dass die Eskalation durchbrochen wird? Wie können wir in Europa dieses moralische Bündnis in Frage stellen? Das ist die eine Ebene, die Sofortebene. Die andere Ebene: Was folgt daraus? Welche Antworten hat die

Friedensbewegung auf die konkreten Probleme, iranische Atomwaffen und israelische usw. und sofort? Andreas hat die zweite Perspektive hier skizziert, und natürlich wird sofort kritisiert: Die zweite Perspektive, atomwaffenfreie Zone mit Israel. Da wird sofort kritisiert, ihr seid ja utopisch, ihr seid ja von einer andern Welt. Wie soll denn Israel sich überhaupt darauf einstellen? Kann Israel überhaupt? Ich glaube, wir sollten uns diese Perspektive als einen Prozess vorstellen, genauso wie den KSZE-Prozess, als einen Prozess, der beginnt mit einem ersten Schritt, dass diese Staaten den Willen erklären, über eine andere Perspektive zu reden. Dieser erste Schritt ermöglicht überhaupt, dass ein neuer Dialog entsteht in all diesen Staaten, auch in Israel. Erst dann können wir davon ausgehen, dass in der Tat, sowohl in Iran, aber auch in Israel und anderen Ländern, eine viel bessere atmosphärische und politische Voraussetzung entsteht, um die Frage der Abschaffung von Atomwaffen und der Verhinderung iranischer Atomwaffen sehr konkret zu diskutieren. So stelle ich mir den Prozess vor, der allerdings jetzt begonnen werden müsste in den nächsten Monaten, zumindest angekündigt werden müsste. Das ist nicht ein Konzept, das wir abstrakt nennen können, sondern wir müssen sagen, wie die nächsten Schritte aussehen könnten. Die Friedensbewegung kann dazu, so glaube ich, kompetent viel sagen.

Zumach: Frau Holterman hat ja vorhin angekündigt, dass ich was zur UNO sage, was ich dann nicht gemacht habe - es ist vielleicht einigen aufgefallen. Ich habe das Wort nicht in den Mund genommen. Das hat zwei Gründe. Der eine ist, dass die Frage, ob das nun formell im Rahmen der UNO passiert oder außerhalb, ist nicht so relevant - es sind eben inzwischen alle wichtigen Beteiligten dabei - auf problematische Weise - und von daher, sie würden sich innerhalb der UNO nicht anders verhalten als jetzt außerhalb, etwa im Rahmen der internationalen Atomenergieorganisation und ihrem Gouverneursrat. Der zweite Grund -

und deswegen habe ich es jetzt doch noch mal eingebracht: Mit diesem UNO-Argument wird jetzt sehr – ich sage mal: scheinheilig – um nicht zu sagen: verlogen umgegangen. Frau Merkel hat heute auf die Kritik des stellvertretenden iranischen Außenministers, der ja im Saal war, im Brauhaus, hat sie dann gesagt - also der hat kritisiert, dass jetzt diese Entscheidung Einschalten der UNO passiert – und da hat sie gesagt: „Was wollen Sie eigentlich? Wir finden es gut als Deutsche, wenn im Rahmen der UNO solche Konflikte behandelt werden. Wie kann man da nur dagegen sein?“ Ich erzähle das deswegen hier, weil ich denke, dieser Tenor der Debatte wird auch in den nächsten Tagen und Wochen vorherrschen, und er verleugnet völlig, dass das natürlich ein gewollter Eskalationsschritt ist, wenn man jetzt diesen Beschluss herbeigeführt hat, die Sache vor die UNO zu bringen. Hier muss man dann auch überlegen in der Diskussion als Friedensbewegung: Wie verhalten wir uns denn zur Einschaltung der UNO? Finden wir das nun gut oder richtig, dass das nun auf dieser Ebene nach New York kommt oder nicht. Darüber müsste man dann vielleicht noch reden. Danke.

Holterman: Also ich glaube, es ist ja auf jeden Fall eine Eskalation. Es ist ja klar, nach dem, was wir mit dem Irak-Krieg erlebt haben.

Zumach: Es ist jedenfalls als solche gemeint, und gewollt.

Holterman: Als letztes auf diesem Podium möchte ich Herrn Prof. Massarat nun noch die Gelegenheit geben, zu zwei Petitionen, die er vorschlägt, kurz was zu sagen. Zu der einen möchte ich bemerken, dass sie hier zirkuliert und viele Leute sie auch in der Hand haben. Sie ist verteilt worden. Und wer die nicht mehr bekommen hat: Es ist diejenige, die sich an die UNO wendet, an Kofi Annan.

Massarat: Zunächst einmal nur in Bezug auf den Appell an Kofi Annan: Wir haben gerade auch begründet bekommen, dass wir uns in einer ge-

wollten Eskalationsphase befinden, in der die UNO, nämlich der UN-Sicherheitsrat, eine wichtige Rolle spielt. Genau in diesem Kontext ist der Appell an Kofi Annan gedacht, den Sie hoffentlich alle haben. Es geht darum, dass genau gegen diese Eskalation, die zugespitzt wird, eine deeskalierende Maßnahme erfolgt. Wir haben in der Strategiekonferenz der Friedensbewegung in Hannover diskutiert, dass es Sinn macht, an Kofi Annan zu appellieren für eine Mediation, für eine Mediationskommission, die er ad hoc immer einsetzen kann, auch in Konfliktsituationen – dass wir nun an ihn appellieren, eine solche Kommission ad hoc einzusetzen und praktisch als Gegenmodell zu dem jetzt offiziellen Eskalationsmodell, und ihn zu bitten, in diese Kommission Menschen einzubeziehen, die akzeptiert werden von allen Seiten, die politisch erfahren sind, aber keine Funktion haben, die durchaus einen Vorschlag, aus der Sackgasse herauszukommen, ausarbeiten können, oder mehrere Vorschläge.

Holterman: Das liegt ja dann schriftlich vor.

Massarat: Für die nächsten Monate. Das ist sozusagen der Hintergrund. Ich möchte noch einen Satz dazu sagen. Einige aus der Friedensbewegung haben den Appell nicht unterschrieben, obwohl dieser Appell von über 200 großen Organisationen und Einzelpersonen unterschrieben worden ist. Einige haben ein Problem gehabt mit der Person von Gerhard Schröder. Meine Damen und Herrn, das mag sein, dass man die Rolle von Schröder nicht positiv definiert. Schröder hat immerhin gegen den Irak-Krieg Position bezogen. Dadurch ist er in der arabisch-islamischen Welt eine sehr angesehene Person. Wenn die UNO eine Delegation haben muss, dann kann es doch nicht Tony Blair aus Europa sein. Es kann auch nicht Chirac sein. Dann bleibt nur noch im Prinzip Schröder, der auch gewisse Voraussetzungen in der islamischen Welt hat. Ich bitte Sie darum, Ihre Bedenken in dieser Frage zurückzustellen.

Holterman: Herr Prof. Massarat, jetzt muss ich nur noch mal eine Verständnisfrage stellen. Ich hatte Sie so verstanden, dass diesen Appell eigentlich hauptsächlich Organisationen unterzeichnen sollten und keine Einzelpersonen, wohingegen der, der sich an Frau Merkel wendet, den Sie nachher noch vorstellen werden, durchaus bei Ihnen angefordert werden kann, er liegt noch nicht ausformuliert schriftlich vor – wir weisen nur darauf hin – dass er unterschrieben werden kann. Ist das so?

Massarat: Das ist teilweise so. Dieser Appell wurde von der Friedenskooperative und vielen Organisationen, auch vom Kasseler Friedensratschlag herumgeschickt an über 1000 Adressen. Die Unterschriftenaktion läuft schon. Und viele Einzelpersonen haben auch unterschrieben. Das ist überhaupt kein Problem. Dieser Appell ist heute der Presse übergeben worden, und er soll im Laufe der nächsten Woche in New York mit Unterstützung von internationalen Friedensorganisationen Kofi Annan direkt übergeben werden. Und dann wird die gesamte Unterschriftenliste auch der Presse noch einmal übergeben. Damit wäre diese Sache auf der internationalen Ebene und für die Deeskalation eigentlich im vollen Gang.

Eine Abschrift bzw. Zusammenfassung der anschließenden Plenumsdiskussion wurde nicht zusammengestellt.

Appell an Kofi Annan

Für ein Moratorium und eine hochrangige UN-Mediationskommission im Iran-Atomkonflikt, um die Eskalation zu unterbrechen

Seit Mitte Januar spitzt sich der Konflikt zwischen Iran und dem Westen beängstigend zu. Drohungen und Gegendrohungen steigern sich. Bald kann die Konfrontation aus dem Ruder laufen und in Sanktionen und Gewalt mit schwerwiegenden Folgen für den Weltfrieden einmünden. Um eine weitere Eskalation zu verhindern, muss im Konflikt ein Moratorium eingelegt werden, um den Konfliktparteien Zeit zum sorgfältigen Überdenken ihrer Ziele und Verhaltensweisen zu geben, und um neue Vorschläge und Verfahren zu entwickeln. Um dieses zu erreichen, schlagen wir vor, dass der UN-Generalsekretär von seinem Recht, jederzeit eine UN-Kommission ins Leben zu rufen, Gebrauch macht. Wir bitten deshalb den UN-Generalsekretär, sobald wie möglich eine internationale UN-Mediationskommission von Persönlichkeiten mit hoher und weitreichender Reputation einzuberufen. Sie soll unter seinem Vorsitz Vorschläge für eine friedliche Lösung des Konflikts ausarbeiten und diese innerhalb eines halben Jahres der Weltöffentlichkeit unterbreiten.

Die Kommission sollte mit erfahrenen Politikern ohne Amtsfunktionen sowie mit Persönlichkeiten mit hoher moralischer Autorität besetzt werden. Wir nennen beispielhaft einige Persönlichkeiten, die unseres Erachtens in diese Kommission berufen werden könnten:

- *Martti Ahtisaari (ehem. Staatspräsident von Finnland)*
- *Gro Harlem Brundtland (ehem. Norwegische Ministerpräsidentin)*
- *Bill Clinton (ehem. Präsident der Vereinigten Staaten)*
- *Michael Gorbatschow (ehem. Präsident der Sowjetunion)*
- *Mohammad Khatami (ehem. Präsident der Islamischen Republik Iran)*
- *Nelson Mandela (ehem. Präsident von Südafrika)*
- *Avi Primor (ehem. Botschafter Israels in Deutschland)*
- *Mary Robinson (ehem. Präsidentin von Irland)*
- *Gerhard Schröder (ehem. Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland)*
- *Großayatollah Sistani (schiiisches Oberhaupt im Irak)*

Die Kommission bittet die iranische Regierung, während des Zeitraums ihrer Beratungen im Sinne eines Moratoriums, die Anreicherung von Uran und weitere Forschungsarbeiten im Bereich der Nukleartechnologie auszusetzen. Alle Konfliktparteien werden aufgefordert, jegliche Drohungen gegen einander zu unterlassen.

Der Vorschlag eines Moratoriums verbunden mit einer solchen hochrangigen Mediationskommission sollte für alle Seiten annehmbar sein, zumal in dieser Zeit keine zusätzlichen Bedrohungselemente entstehen würden.

Unser Vorschlag ist mit der Hoffnung verbunden, dass durch dieses Verfahren nicht nur eine friedliche Lösung für den Iran-Atomkonflikt erarbeitet wird, sondern darüber hinaus für die ganze Region des Mittleren und Nahen Ostens sich Möglichkeiten für multinationale Konsultationen eröffnen, die weit über den jetzigen Nuklearkonflikt hinaus gehen.

In diesem Sinne bitten die Unterzeichner UN-Generalsekretär Kofi Annan die Initiative für ein Moratorium und eine Mediationskommission zu ergreifen.

Presserechtlich verantwortlich: Andreas Buro, Mohssen Massarrat

Erstunterzeichnende Organisationen

Aachener Friedenspreis e. V.; Arbeitsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF); Arbeitskreis Darmstädter Signal; Bund für Soziale Verteidigung; EIRENE International; Frauennetzwerk für Frieden e.V. (FNF); Gustav Heinemann-Initiative; Helsinki Citizens Assembly (HCA) - dt. Sektion; Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) - dt. Sektion; Internationale der Kriegsdienstgegner/innen e.V. (IDK Berlin); Internationaler Versöhnungsbund, Deutscher Zweig; Komitee für Grundrechte und Demokratie; Kooperation für den Frieden; Koordination Gerechtigkeit und Frieden der Franziskaner in Europa; Lebenshaus Schwäbische Alb e. V.; Naturwissenschaftler Initiative Verantwortung für Frieden und Gerechtigkeit; Netzwerk Friedenskooperative; Ökumenisches Zentrum für Umwelt-, Friedens- und Eine-Welt-Arbeit; Pax Christi - deutsche Sektion.

Außerdem wurde der Appell bisher auch von über 200 weiteren Friedensgruppen und einzelnen Persönlichkeiten unterstützt.

Der Appell wird in den nächsten Tagen – mit Unterstützung internationaler Friedensorganisationen in New York Kofi Annan überreicht.

München, 4. Februar 2006

Dr. Katajun Amirpur



„Ich wollte nur Autofahren“, erinnert sich Katajun Amirpur mit einem breiten Grinsen, als sie kurz nach dem Abitur ihren Vater zu einer Lesung nach Köln fuhr. Doch die Ausführungen der jüngst verstorbenen Islamwissenschaftlerin Annemarie Schimmel über die Poesie der persischen Sprache ließen sie nicht mehr los. „Tja, und wegen ihr wollte ich dann Islamwissenschaften studieren“, gesteht die 32-jährige mit einem Lächeln.

Knapp ein Jahr erforschte sie dann vor Ort Land und Sprache ihres Vaters und resümiert heute: „Neben allem Religiösen und Politischem sind Iraner wunderbare Menschen, für die es sich lohnt, die öffentliche Meinung zu formen.“

Aufgewachsen mit den religiösen Geschichten von Anne de Fries und den adaptierten Korangeschichten gehört Katajun Amirpur heute zu jenen Expertinnen, die sich kompetent und ohne die Brille einer einseitigen Orientrezeption den modernen Islamwissenschaften widmet.

Nachdem sie über „die Entpolitisierung des Islam - Werk und Wirkung von Abdol Karim Soroush in der islamischen Republik Iran“ promoviert hatte, widmet sich Amirpur heute - gefördert über ein Emmy-Noeter Jungprofessorenstipendium - der schiitischen Koranexegese. An die Förderung konnte sie erst glauben, als man es ihr mehrmals telefonisch und später schriftlich mitteilte - Frauen in den höchsten Rängen der Wissenschaft sind noch immer eine Rarität. „Ja, ich unterrichte gern, ich lese gern und schreibe gern“ formuliert die azeristämmige Deutschiranerin in ihrer ruhigen und zugewandten Art ihre Forschungsleidenschaft.

Dass die junge Wissenschaftlerin, die an der FU-Berlin lehrt, ein entspanntes Verhältnis zum Islam hat, liegt auch an ihrem zu Hause. Neben der katholischen Erziehung durch ihre deutsche Mutter wurden ihr auch persische Traditionen vermittelt.

(aus dem Amirpur-Porträt des „Aktuellen Informationsdienstes zu Fragen der Migration und Integrationsarbeit“ (aid))

Kontakt:

über

AID (Aktueller Informationsdienst zu Migration und Integrationsarbeit)

www.isoplan.de/aid/2003-1/portraits.htm

Prof. Dr. Hans-Peter Dürr



„Krieg ist heutzutage nicht mehr Krieg, sondern Massaker, und es gibt keine gerechten Massaker. Zu behaupten, es gäbe keine Alternative, ist ein Zeichen von Phantasielosigkeit“.

Prof. Dr. Hans-Peter Dürr studierte Quantenphysik und promovierte bei Edward Teller in Berkeley. Er folgte Werner Heisenberg als Direktor des Max-Planck-Instituts für Physik in München nach.

Prof. Dürr ist außerdem Gründer und Vorstand von Global Challenges Network (GCN). GCN hat zum Ziel, durch Vernetzung von allen gesellschaftlichen Kräften, für die Befriedung auf dem Planeten vorausschauend Weichenstellungen vorzunehmen. Dazu gehört auch die Kooperation mit politischen Institutionen.

Am 11. Juni 2004 zeichnet Innenminister Otto Schily Prof. Dürr in Berlin mit dem Großen Bundesverdienstkreuz aus. Für Dürr ist diese „offizielle“ Auszeichnung für sein zivilgesellschaftliches Engagement ein weiterer Schritt auf dem Weg in ein konstruktives und zukunftsfähiges Zusammenspiel, ein Spiel, für das die Natur seiner Meinung nach ein perfekter Lehrmeister wäre.

Für Prof. Dürr, Mitglied des Club of Rome, ist diese Ehrung nicht die erste. So erhielt er u. a. 1987 den Alternativen Nobelpreis und mit der wissenschafts- und forschungskritischen internationalen Gruppe Pugwash, der er angehört, im Jahr 1995 den Friedensnobelpreis.

Doch für Prof. Dürr liegt in dieser Auszeichnung eine ganz besondere Würdigung: „Ich bin nur ein Stellvertreter für die große Menge zivilcouragierter Bürgerinnen und Bürger, die als ‚Dritte Kraft‘ im Staat, neben der Politik und der Wirtschaft, auf vielfältige Weise Verantwortung übernommen haben. Diese Kräfte sind nicht mehr wegzudenken aus unserer Weltgesellschaft. Mehr noch - sie sind die eigentlichen Garanten für die Entstehung gewaltfreier, gerechter und im Einklang mit der Natur operierender Zukunftsoptionen, weil diese das Leben zukünftiger Generationen vor Augen haben und nicht nur Gewinnmaximierung und kurzzeitige Wahlerfolge.“

(aus dem Porträt des Global Challenges Network, www.gcn.de/hpd.html)

Kontakt:

Prof. Dr. Hans-Peter Dürr
Max-Planck-Institut für Physik
Werner-Heisenberg-Institut
Föhringer Ring 6
80805 München
Tel. 089 - 323 54 - 280
Fax 089 - 323 54 - 304
hpd@mppmu.mpg.de

Kai Ehlers



Kai Ehlers wurde 1944 in Brüx bei Prag geboren. Nach dem Abitur studierte er Germanistik, Publizistik und Theaterwissenschaft in Göttingen und Berlin. Im Zuge der 68er Bewegung ging er in die journalistische und politische Praxis, wo er sich seit 1971 als Redakteur des „ak“ auf Themen im Bereich des Antifaschismus und des Kampfes um demokratische Rechte konzentrierte.

Seit Anfang der 80er liegt der Schwerpunkt seiner Arbeit auf den Wandlungen im nachsowjetischen Raum und deren konkreten lokalen sowie weltweiten Folgen, denen er seit 1983 durch Untersuchungen, Gespräche und Aktivitäten vor Ort nachgeht. Mitte der 90er erweiterte er seine Forschungen unter den Arbeitsvorgaben: „Wie weit reicht der Balkan?“ und „Öffnung des mongolischen Vorhangs“ auf Zentral- und Mittelasien. Seit dem Sommer 2002 erstrecken sich seine Studien auch auf Chinas Rolle für die Neuordnung Eurasiens und den Prozess der Globalisierung.

In den letzten Jahren konzentrierte er sich auf die Entwicklung von Alternativen zur Krise des Industrialismus im Osten wie auch im Westen.

In russischer und englischer Sprache liegen Veröffentlichungen von Forschungsprojekten in Russland vor, die von Kai Ehlers initiiert wurden.

1992 gründete er mit anderen zusammen den Verein „Nowostroika e.V.“ Der Verein hat sich die „Förderung des Ost-West-Dialogs“ und die Unterstützung selbst bestimmter Initiativen in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion zur Aufgabe gestellt.

Seit 1997 gibt Kai Ehlers in unregelmäßigen Abständen „Themenhefte“ zu Schwerpunktfragen heraus.

In Sendern des deutschsprachigen Raums hat er ca. 100 halbstündige Hintergrund-Features publiziert. Zu seinem Veranstaltungs-Equipment gehören auch Videovorträge aus eigenen Aufnahmen und O-Ton-Collagen.

Kontakt:

Kai Ehlers
Rummelsburger Str. 78
22147 Hamburg
Tel. 64 789 791
info@kai-ehlers.de
www.kai-ehlers.de

Dr. Angelika Holterman

- Oktober 2003 bis heute Moderationstätigkeit bei politischen Diskussionen, u.a. im Rahmen der alternativen Friedenskonferenz und bei einer Diskussion mit Gregor Gysi
- Juli 1998 bis Febr.2004 freiberufliche Tätigkeit u.a. als Textredakteurin, als Autorin und freie Mitarbeiterin bei verschiedenen Rundfunksendern, beim Bildungsträger IMBSE e.V. in Mecklenburg-Vorpommern, als Sprachtrainerin in Englisch und Deutsch; Mitarbeit als Rezensentin bei www.politik-buch.de und bei der Referentenagentur www.p-networks.de
- 1994 bis 1998 Studium der Sozialpsychologie in München, gefördert von der Hans-Böckler-Stiftung, mit dem Abschluss Promotion. Dissertation: eine qualitative Untersuchung, erschienen bei Leske + Budrich unter dem Titel „Das geteilte Leben. Journalistenbiographien und Medienstrukturen zu DDR-Zeiten und danach“, Opladen 1999.
- 1991 bis 1993 Koordinatorin eines Bildungsträgers in Mecklenburg-Vorpommern (IMBSE e.V.)
- 1980 bis 1991 Autorin und Regisseurin von Dokumentarfilmen (z.B. der Reihe „Lebenslinien“) sowie aktueller Beiträge in Abendschau und Zeitspiegel im Bayerischen Fernsehen
- 1976 bis 1980 verbeamtete Gymnasiallehrerin bei der Stadt München, zuletzt als Oberstudienrätin
- 1976 2. Staatsexamen
- 1974 bis 1976 Referendariat in Würzburg; Zusatzprüfung in Englisch
- 1973 1. Staatsexamen in Deutsch, Geschichte, Sozialkunde
- 1966 bis 1973 Studium der Geschichte, Germanistik und Soziologie in Bonn, München, Arkansas/USA, München, Aix-en-Provence und wieder München, jeweils mindestens ein Jahr bzw. 2 Semester
- 1966 Abitur in Neuß/Rhein, am Geburtsort

Roswitha Jarman



Roswitha Jarman ist Lehrerin und Gesprächstherapeutin sowie Trainerin für Konfliktfragen und Trauma-Arbeit. Sie stammt aus Deutschland und wanderte nach dem zweiten Weltkrieg nach England aus.

Seit 1992 engagiert sich die Quäkerin im Kaukasus. Durch verschiedene Initiativen bemüht sie sich um psychosoziale Heilung für vom Krieg betroffene Menschen und die Versöhnung verfeindeter Volksgruppen. Frau Jarmans Anliegen ist es, den Menschen gegenwärtig zu sein und sie mit Workshops und Seminaren zu unterstützen, um Angst und Vorurteile abzubauen und so die Rückkehr der vertriebenen Menschen zu erleichtern. Weiter geht es ihr darum, als Gesprächstherapeutin, Menschen aus Tschetschenien auszubilden, um besonders den Kindern zu helfen, die erlittenen Traumata zu verarbeiten und Stress und Ängste zu vermindern.

Aufgrund einer Initiative von lokalen ÄrztInnen und LehrerInnen wurde 1995 in Tschetschenien mit Unterstützung von holländischen Kirchen die Nichtregierungsorganisation (NGO) „Agency of Rehabilitation and Development“ (ARD-DENAL) gegründet. Roswitha Jarman baute auf Bitten der NGO gemeinsam mit einer Ärztin aus Grosny 1996 eine Gruppe von Therapeutinnen auf, die sich um die kriegsgeschädigten Kinder kümmerte.

Sie stellt ihr Wissen und ihre Erfahrungen zur Verfügung, um mit ÄrztInnen, LehrerInnen, StudentInnen zu Fragen der Konflikttransformation zu arbeiten und die Arbeit von NGO's wie z.B. DENAL zu unterstützen.

Roswitha Jarman erhielt 2005 den Bremer Friedenspreis der Stiftung „Die Schwelle“.

Kontakt:

Roswitha Jarman
6 Mallory Close
New Earswick
York, YO32 4DL, UK
Tel. + 44 1904 768 155
Fax + 44 1904 752 225
jarmans@gn.apc.org

Prof. Dr. Mohssen Massarrat



Mohssen Massarrat ist 1942 in Teheran geboren, er lebt seit 1961 in der Bundesrepublik.

Nach Abschluss des Bergbau-Studiums studierte er Wirtschafts- und Politikwissenschaften in Berlin.

1978 Habilitation in Wirtschaftswissenschaften / Internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Universität Osnabrück, wo er seit 1982 als Professor für Politikwissenschaft am Fachbereich Sozialwissenschaften lehrt.

Forschungsgebiete:

- *Politische Ökonomie*
- *Sozialökologische Ökonomie/ Theorie Nachhaltiger Entwicklung*
- *Demokratietheorie*
- *Internationale Wirtschaftsbeziehungen/Globalisierung*
- *Friedens- und Konfliktforschung*
- *Mittlerer und Naher Osten*

Universitätsüberschreitende wissenschaftliche Funktionen u. a.:

- *Geschäftsführender Leiter der interdisziplinären Senats-Arbeitsgruppe Dritte Welt - Umwelt und Entwicklung*
- *Leitung der Veranstaltungsreihe Colloquium Dritte Welt - Umwelt und Entwicklung, die seit 1982 an der Universität Osnabrück zusammen mit außeruniversitären Einrichtungen durchgeführt wird.*
- *Leitung der interdisziplinären Ringvorlesung Umwelt-Entwicklung-Frieden an der Universität Osnabrück.*
- *Vertrauensdozent der Friedrich-Ebert- und Heinrich-Böll-Stiftung*
- *Koordinator der deutsch-iranischen Kooperation im Bereich Klimaschutz, Energiepolitik und Nachhaltige Entwicklung.*

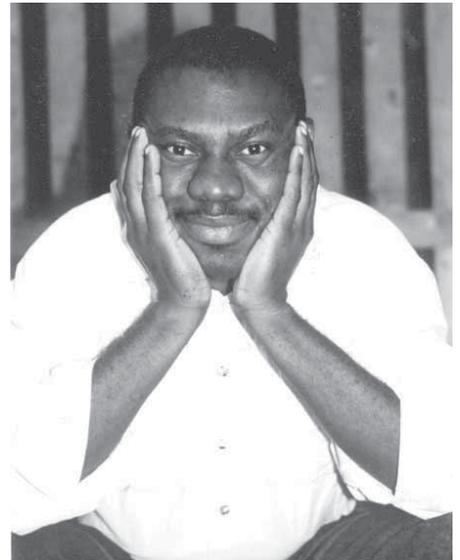
Mitgliedschaft in wissenschaftlichen Gremien u.a.:

- *Mitglied des International Advisory Council des Toda Institut for Global Peace and Policy Research, Cambridge, MA, USA*
- *Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von attac-Deutschland*

Kontakt:

Prof. Dr. Mohssen Massarrat
Universität Osnabrück
FB Sozialwissenschaften
49069 Osnabrück
Tel. 0541/969-4156
Fax 0541/969-4600
Mohssen.Massarrat@uos.de

Emanuel Matondo



Emanuel Matondo, 38 Jahre, ist angolischer Kriegsdienstverweigerer und Menschenrechtler. Er gründete 1998 die Angolanische Antimilitaristische Menschenrechtsinitiative (IAADH), lebt in Deutschland und ist Sprecher des Dritte-Welt-JournalistInnen-Netzwerkes (DWJN).

Er engagiert sich außerdem im Verein connection e.V., bei der Initiative Mpalabanda, die Anfang 2004 als eine Bürger- und Menschenrechtsorganisation entstanden ist. Sie entwickelte sich aus einer ad-hoc Menschenrechtskommission aus dem Jahre 2002 und verschrieb sich der Friedensarbeit und dem gewaltfreien Kampf gegen Krieg, Unterdrückung, Repression und Korruption. Sie veröffentlichte Menschenrechtsberichte über die Jahre 2002 und 2003, was die angolische Regierung zu verhindern versuchte.

Im Juli 2004 rief Mpalabanda zu einer friedlichen Demonstration auf, an der 15.000 Menschen teilnahmen. Damit konnte die Organisation das Thema Menschenrechte, aber auch die Handlungsmöglichkeit von gewaltfreien Aktionen, ins Bewusstsein der Bevölkerung bringen. Durch ihre Arbeit gelang es der Organisation zudem, dass die Menschen ihre Angst vor der herrschenden Brutalität und Repression überwinden und die Militärs herausfordern konnten. Im Januar 2005 mobilisierte Mpalabanda 60.000 Menschen, um für ein Ende der Gewalt, des Krieges und der Verbrechen zu demonstrieren.

E. Matondo ist Verfasser der Broschüre „Das andere Afrika - Widerstand gegen Krieg, Korruption und Unterdrückung“, die bei connection e.V. erschienen ist.

Kontakt:

Connection e.V.
Gerberstr. 5
63065 Offenbach
Tel. 069-82 37 55 34
Fax 069-82 37 55 35
office@Connection-eV.de
www.connection-ev.de

Thomas Rödl



Studium der Philosophie, Politologie und Psychologie an der LMU in München von 1976 bis 1984, Abschluss M.A. (Schwerpunkte: Rüstungskontrollpolitik, Sozialpsychologie, Ethik)

Mitbegründer der Arbeitsgem. Friedenspädagogik e.V., (AGFP) München 1974.

1997 - 2001: Freiberuflicher Politologe im Bereich Vermittlung und Aufbereitung von Ergebnissen der Friedensforschung

1998 - 1999: Dozent an der Zivildienstschule Spiegelau

Seit 2002 Projektleiter bzw. Geschäftsführer des „Helmut-Michael-Vogel Bildungswerkes zur Förderung der Friedensarbeit der DFG-VK Bayern“.

Verfasser bzw. Herausgeber zahlreicher Publikationen im Rahmen des Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerkes.

Ehrenamtliche Funktionen innerhalb der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen:

- Gruppenvorsitzender und faktischer Geschäftsführer der Gruppe München der DFG-VK
- Mitglied im Landesvorstand der DFG-VK Bayern
- Mitglied im Bundesausschuss und der Programmkommission der DFG-VK
- Kampagnenbeauftragter der DFG-VK für „Schritte zur Abrüstung“

Kontakt:

Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen

Landesverband Bayern

Schwanthalerstr. 133

80339 München

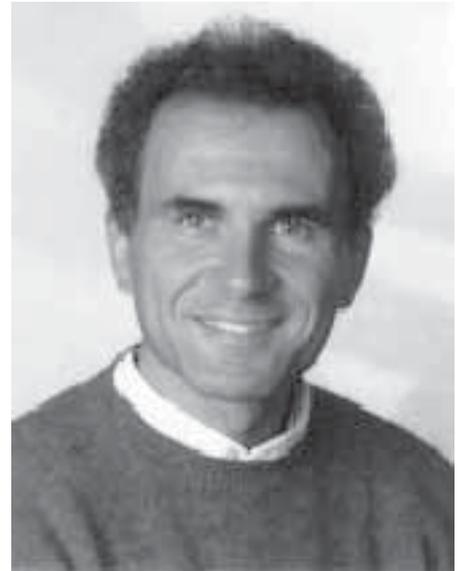
Tel. 089 - 89 62 34 46

muenchen@dfg-vk.de

www.dfg-vk.de/muenchen

www.h-m-v-bildungswerk.de

Clemens Ronnefeldt



Clemens Ronnefeldt wurde 1960 in Worms geboren. Von 1981 bis 1986 studierte er an der Johannes-Gutenberg Universität in Mainz und an der Phil.-Theol. Hochschule St. Georgen in Frankfurt/Main. Von 1982 bis 1983 absolvierte er eine studienbegleitende Ausbildung zur Friedensarbeit an der Heimvolkshochschule Bückeburg. Bis 1992 war er Sprecher der Katholischen Friedensbewegung Pax Christi im Bistum Mainz.

Seit 1992 ist er tätig als Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes.

Seine Schwerpunkte sind der Nahe und Mittlere Osten und das ehemalige Jugoslawien. Clemens Ronnefeldt hat teilgenommen an Friedensdelegationen im Irak, Iran, Syrien, Libanon, Israel und Palästina und an Einsätzen in Flüchtlingslagern. Darüber hinaus hat er sich beteiligt an der Unterstützung von Friedensgruppen in den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien.

Er ist Autor des Buches „Die neue Nato, Irak und Jugoslawien“, herausgegeben vom deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes, Minden, 2. Auflage, 2002 sowie zahlreicher Artikel und Hintergrundanalysen.

Kontakt:

Clemens Ronnefeldt
A.-v.-Humboldt-Weg 8a
85354 Freising
Tel. 08161 - 54 70 15
Fax 08161 - 54 70 16
C.Ronnefeldt@t-online.de
www.versoennungsbund.de

Dieter Wenderlein



Dieter Wenderlein ist 1966 in Nürnberg geboren und studierte Pharmazie in Würzburg. Er ist in der Apotheke der Universitätsklinik Würzburg als Krankenhausapotheker angestellt.

Seit 1989 ist er Mitglied der Gemeinschaft Sant'Egidio und seit 1991 deren Mitarbeiter bei Entwicklungshilfeprojekten. Er ist verantwortlich für die Entwicklungszusammenarbeit der Gemeinschaft Sant'Egidio als deren Sprecher in Deutschland.

Hauptarbeitsgebiete sind Gesundheitsprojekte (v. a. in Afrika), insbesondere das Programm DREAM der Gemeinschaft Sant'Egidio zur AIDS-Therapie von Patienten mit HIV/AIDS in Afrika; er ist der verantwortliche Apotheker des Programms DREAM.

Im Rahmen der Eine-Welt-Arbeit unternimmt er regelmäßig Reisen nach Albanien, Indien, Mosambik und Tansania.

Die Gemeinschaft Sant'Egidio entstand im Jahr 1968 in Rom. Heute ist sie eine Laienbewegung, zu der mehr als 50.000 Personen gehören. Sie setzt sich in mehr als 70 Ländern der Welt für die Weitergabe des Evangeliums und im Dienst an den Armen ein.

Kontakt:

Gemeinschaft Sant'Egidio
Dieter Wenderlein
Schönthalstraße 6
97070 Würzburg
Tel. 0931/322 940
Fax 0931/3229439
dieterwenderlein@santegidio.de
www.santegidio.org

Andreas Zumach



Andreas Zumach wurde 1954 in Köln geboren. Seit 1998 bearbeitet er vom europäischen UN-Büro in Genf aus als Korrespondent u. a. für die deutsche Tageszeitung „taz“ UN-Themen und andere internationalen Angelegenheiten.

Darüber hinaus ist er für eine Reihe anderer regionaler und nationaler Zeitungen, Magazine und den öffentlichen Rundfunk in Deutschland, der Schweiz und Österreich tätig.

Er veröffentlichte zahlreiche Beiträge in deutsch- und englischsprachigen Büchern sowie Fachpublikationen zu Themen wie Sicherheitspolitik, Rüstungskontrolle und Abrüstung. 1997 wurde Andreas Zumach mit dem Preis des Verbandes der UNO-Korrespondenten in New York ausgezeichnet für die weltweit beste Berichterstattung über die UNO.

Biographisches:

1981-1988: Organisator und Sprecher für verschiedene deutsche Organisationen der Friedensbewegung, u. a. des bundesweiten Koordinierungsausschusses der Friedensbewegung

1979-1981: Herausgeber der deutschen Tageszeitung „Die Neue“ für internationale Angelegenheiten, Auslandskorrespondent in Südafrika

1975-1978: Studium der Fächer Volkswirtschaft und Journalismus an der Universität Köln und der Kölner Journalistenschule; Organisator der deutschen Kampagne zu Handels- und Werbepraktiken des Nestle-Konzerns und anderer Babynahrungsherstellern in Afrika, Asien und Lateinamerika

Kontakt:

Andreas Zumach
Salle de Presses 1
Palais des nations
1211 GENF 10
Schweiz
Tel. + 41/22/9173791
Fax + 41/22/7342361
andreas.zumach@itu.int

„Steckt den Polizisten Blumen an“

M. Merkur 1.2.06

Der Physiker und Friedensaktivist Dürr zur Sicherheitskonferenz

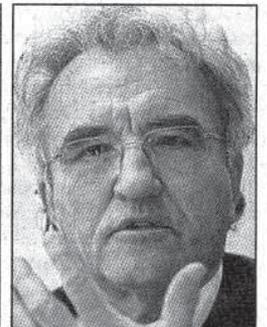
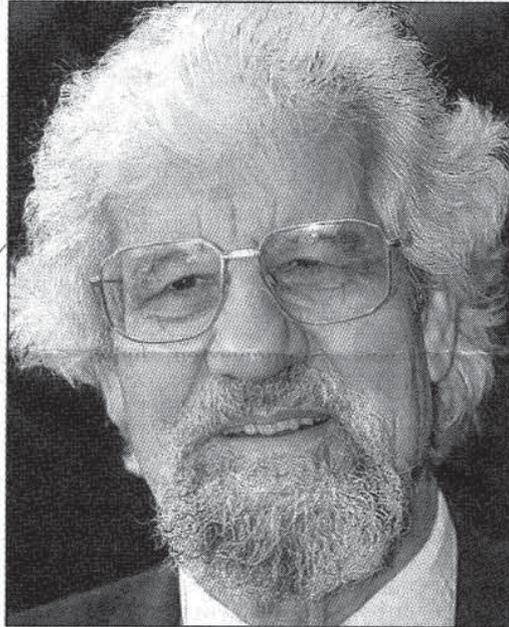
Ab Freitag herrscht wieder der Ausnahmezustand: 250 Politiker und Militärs treffen sich im Bayerischen Hof zur „42. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik“ (Siko). 4000 Polizisten sind im Einsatz. Die Konferenz wird von zahlreichen Protesten begleitet, etwa der „Friedenskonferenz“ (Programm: www.friedenskonferenz.info). Schirmherr der Gegentagung ist der Quantenphysiker Hans-Peter Dürr, früher Professor am Max-Planck-Institut für Physik, Mitglied des „Club of Rome“ und Träger des Alternativen Nobelpreises. Wir sprachen mit ihm über das umstrittene Politikertreffen.

Warum sind Sie ein Gegner der Sicherheitskonferenz?

Dürr: Bei der Tagung geht es nur darum, wie man militärpolitisch die Sicherheit einiger weniger Länder gewährleistet. Der Veranstalter, Horst Teltschik, war schon mein Hauptgegner bei der SDI-Debatte. Er hat das Projekt verteidigt, obwohl er wusste, dass es nicht um Verteidigung, sondern um eine Bewaffnung des Weltraums ging. Er ist ein Lobbyist der Rüstungsindustrie.

Ein Thema wird die Iran-Krise sein. Welche Rolle wird die US-Delegation dabei spielen?

Dürr: Die USA sagen, die Uno ist uns egal, wir sind ein Empire und geben den Ton an. Und jetzt suchen sie natürlich Freunde auf dieser Tagung, um Druck auf den Iran auszuüben, damit er seine Ölpolitik aufgibt. Die Urananreicherung ist nur ein Vorwand.



Hans-Peter Dürr (li.) ist Träger des Alternativen Nobelpreises, als Mitglied der forschungskritischen internationalen Gruppe „Pugwash“ seit 1995 auch Träger des Friedensnobelpreises. Der Quantenphysiker kritisiert die „Siko“ scharf: Veranstalter Horst Teltschik (re.) sei ein Rüstungslobbyist; die USA, vertreten durch Verteidigungsminister Donald Rumsfeld (Mi.), wollten nur für ihre Linie werben. Wie gestern Abend bekannt wurde, nimmt auch eine iranische Delegation an der Tagung teil, darunter Irans Chefunterhändler bei den Nuklearverhandlungen, Javad Vaiedi. ap/dpa (2)

Worum geht es dann?

Dürr: Um Öl und Erdgas. Der Iran sagt, es ist uns egal, wenn die USA ihr Öl nicht bei uns kaufen, wir haben gute Verträge mit China, Indien, Japan und Europa. Der Iran will das in Euro machen und nicht in US-Dollar. Die USA wollen das natürlich verhindern.

Kommt es zum Krieg?

Dürr: Ich könnte mir vorstellen, dass ganz gezielt die Nuklearanlagen zerstört werden und man das Israel machen lässt, damit die USA sich nicht eingemischt haben.

Sie fordern eine zivile Konfliktbewältigung.

Dürr: Schon die Drohung mit Krieg muss verboten werden. Sie ist das beste Instrument, um Terrorismus zu produzie-

ren. Wir müssen die Ursachen von Kriegen verhindern. Das fängt schon in der Schule an. Wir müssen unseren Kindern klar machen, dass jeder zwar ein bisschen anders sein will, wir aber fähig sind, zu kooperieren. Johannes Rau hat gesagt: Der Frieden ist der Ernstfall. Das heißt, wenn wir einen Krieg verhindern müssen, ist es schon zu spät.

Aber auf der „Siko“ sollen doch friedliche Lösungen gefunden werden?

Dürr: Die Konferenz führt uns in die Irre. Teltschik nennt sie Friedenskonferenz und stiehlt uns den Begriff. Das ist genau wie mit der Globalisierung. „Eine Welt“ heißt ein gleichberechtigtes Zusammenleben und nicht, dass einer ungehindert den

Zugriff auf alle Ressourcen der Welt hat.

Sie lehnen Gewalt zur Lösung von Konflikten ab. Aber linke „Siko“-Gegner liefern sich Jahr für Jahr Rangeleien mit der Polizei.

Dürr: Man sollte die Polizisten zum Lachen bringen und ein Zeichen geben: Wir haben dasselbe Ziel. Man könnte ihnen Blumen anstecken, bis sie selber wie Blumen aussehen. Dann sagen nachher alle: War das nicht toll? Sie zu beschimpfen, ist völlig falsch.

Wenn Sie der „Siko“ einen Titel geben könnten. Wie würde er lauten?

Dürr: Ausbau des Empire.

■ **Das Interview führte Wolfgang Hauskrecht.**

1.2.06

Gipfeltreffen der Alternativen

Die Gegenveranstaltungen zur Sicherheitskonferenz

Konferenzen allerorten: An diesem Wochenende tagt nicht nur die Münchner Sicherheitskonferenz im Bayerischen Hof, es werden auch eine ganze Reihe von Alternativkonferenzen stattfinden. „Bei der Sicherheitskonferenz geht es nicht um die Sicherheit der Menschen, sondern um die Durchsetzung machtpolitischer und ökonomischer Interessen“, sagt Thomas Rödl, Geschäftsführer des Trägerkreises Friedenskonferenz bei einem Pressegespräch. Der Trägerkreis, zu dem sich Organisationen wie Kreisjugendring, Pax Christi, Bund Naturschutz und NaturwissenschaftlerInneninitiative zusammengeschlossen haben, möchte nicht nur eine Gegenkonferenz veranstalten, sondern auch „zeigen, wie es stattdessen gehen könnte“, so Schirmherr Professor Hans-Peter Dürr. „Krieg ist heutzutage nicht mehr Krieg, sondern Massaker. Und es gibt kein gerechtes Massaker.“ Zu behaupten, dass es keine Alternative gebe, sei ein Zeichen von „Phantasielosigkeit.“ Krieg sei kein Instrument, mit dem man Konflikte lösen könne, sagt Dürr: „Wir wollen eine Zivilmacht schaffen, die so überzeugend ist, dass andere sie nachmachen.“

Am Mittwoch und am Donnerstag bietet der Kreisjugendring gemeinsam mit anderen Organisationen zwei Veranstaltungen speziell für Jugendliche an: Einen Diskussionsabend zum Thema „Friedensfachkräfte: Helden oder Spinner“ und den Vortrag „Deutsche Waffen morden mit: Rüstungsexporte ermöglichen Kriege – Menschenrechte bleiben auf der Strecke.“ Am Freitagabend findet im Alten Rathaus ein Internationales Forum unter dem Motto „Friedensprozesse – Erfahrungen und Hoffnungen“ statt. Schwerpunkt ist die Friedensarbeit in Mosambik, im Kaukasus, in Angola und im Kongo. Am folgenden Tag können die Teilnehmer diese Themen auf Diskussionsforen weiterverfolgen. Am Samstag werden Workshops zu den Themen Energiepolitik, Friedensarbeit und dem Friedensprozess in Tschetschenien angeboten. Am Sonntag treffen sich Muslime, Juden und Christen zum gemeinsamen Gebet in der Evangelischen Stadtakademie, am Abend versammeln sich Experten und Interessierte zur Podiumsdiskussion „Wie ist der Krieg gegen Iran abwendbar?“. Unter dem Namen „Alternativenkonferenz“ bieten andere Veranstalter eine weitere Konferenzreihe an: Am Mittwochabend die Podiumsveranstaltung „Wie die deutsche Regierung den Irak-Krieg unterstützte“, am Tag darauf gibt es von 10 Uhr an eine ganze Reihe von Konferenzen zu den Themen Militarisierung und zivile Konfliktlösung im DGB-Haus. Weitere Infos unter www.friedenskonferenz.info, www.muenchner-friedensbuendnis.de. *Angela Köckritz*

3.2.06

Protest gegen ^{SZ} die Nato-Politik

Konferenz-Gegner treffen sich zu alternativen Tagungen

Die Gegner der Sicherheitskonferenz wollen mit zwei alternativen Tagungsreihen gegen die ihrer Meinung nach kriegstreiberische Politik der Nato-Staaten protestieren und Alternativen aufzeigen. Der Trägerkreis Friedenskonferenz bietet am Wochenende Tagungen, Workshops und Diskussionen zur internationalen Friedensarbeit an. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Lösung des iranischen Atomkonfliktes. „Wir wollen einen konkreten Friedensplan für Iran vorstellen, den wir den Aussagen der Sicherheitskonferenz gegenüberstellen werden“, sagt Heinz Staudacher von der „NaturwissenschaftlerInneninitiative“. Zentrales Element des Plans ist eine umfassende Abrüstung im Nahen Osten.

Der Trägerkreis Friedenskonferenz tritt zudem für eine Stärkung des internationalen Rechts, weltweite Abrüstung und die Förderung von Friedenskräften ein. Staudacher ist zwar frustriert, dass sich trotz jahrelangem Protest wenig an der politischen Einstellung der an der Sicherheitskonferenz teilnehmenden Staaten geändert habe – „doch immerhin haben wir sie dazu gebracht, unsere Sprache zu verwenden.“ Ein Beispiel sei das Motto „Frieden durch Dialog“. Einerseits, so Staudacher, sei dies „Lüge“, andererseits zeige es, „dass sie sich in der Defensive befinden.“ Der Bundesausschuss Friedensratschlag und Attac Mün-



Kein Durchkommen: Das Hotel Bayerischer Hof ist weiträumig abgesperrt.

chen veranstalteten gemeinsam mit weiteren Gruppen am Mittwoch und Donnerstag eine Alternativenkonferenz. „Wir verstehen uns als Expertenkonferenz, die unter Mitwirkung hoher Militärs wie dem Bundeswehr-Major Florian Pfaff Alternativen ausarbeitet“, sagt Erhard Crome von der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Seit 1989 habe in Deutschland, der EU und der Nato eine militärische Neuausrichtung stattgefunden, die zum Krieg in Jugoslawien und im Irak geführt habe. „Wir stehen für eine Änderung dieses Kurses“, sagt Crome, „militärisches Vorgehen ist keine Strategie zur Lösung internationaler Konflikte.“ Frieden solle durch die „Rückbesinnung auf das demokratische Völkerrecht“ und „friedliche Mittel“ geschaffen werden. Infos unter www.friedenskonferenz.info und www.attac.de *Angela Köckritz*

ND 4-5-2, 06

Abschied vom EU-»Friedensblock«

Alternativkonferenz am Rande des NATO-Treffens in München

Von Gerhard Armanski, München

Zahlreiche Initiativen beraten anlässlich der NATO-Sicherheitskonferenz in München auf einer Friedenskonferenz Alternativen zur herrschenden Politik.

Es war Tobias Pflüger, der den Rahmen für die Debatte absteckte. Der Abgeordnete der Linkspartei im Europaparlament setzte die trügerische rotgrüne »Friedenspolitik« ins rechte Licht. Die deutsche Beteiligung am Irak-Krieg lieferte auch den Titel zur Auftaktveranstaltung der Konferenz.

Pflüger bezeichnete die Phase unmittelbar nach dem Irak-Krieg als »Durchlauferhitze für die EU-Militarisierung«. Die derzeitige österreichische Ratspräsidentschaft habe verlauten lassen, dass sie die Militärpolitik als Motor der europäischen Einigung ansehe. Auch in der (abgelehnten) Verfassung spielt sie eine prominente Rolle. Unabhängig von der geplanten schnellen EU-Eingreiftruppe werden derzeit neun »Battlegroups« aufgestellt, deren erste im Kongo zum Einsatz kommen soll. Ein »European Headquarter« steuere die weltweiten Einsätze.

Wer noch Zweifel an der neuen

kriegerischen Rolle der EU hege, werde mit der aktuellen Eskalationsstrategie gegenüber dem Iran endgültig eines Besseren belehrt, so Pflüger. Die großen Drei der EU – Großbritannien, Frankreich und Deutschland – wollten »ganz vorn mitmischen« und schürten die Kriegsgefahr. Da heißt es, von der auch in der Antikriegs-Szene verbreiteten Vorstellung eines europäischen »Friedensblocks« gegen die militärische USA-Außenpolitik Abschied zu nehmen.

Claudia Haydt von der Informationsstelle Militarisierung Tübingen unterstrich noch einmal den Wandel der deutschen Außen- und Militärpolitik, der in der Öffentlichkeit (noch) nicht so recht wahrgenommen werde. Im Namen der »deutschen Interessen« an Handels- und Rohstoffströmen würde, so Haydt, die Verteidigung zugunsten einer globalisierten Eingreifarmee aufgegeben – und damit auch das Führungsideal des »Staatsbürgers in Uniform«. Zivile und militärische Kompetenzen werden zu einer Haltung »zivilisatorischer Überheblichkeit« verschmolzen. Die humanitären Hilfsorganisationen gerieten damit in die Defensive.

Unter der Überschrift »Handel mit dem Tod« spielte auch die deutsche Dominanz im Waffenexport auf der Alternativ-Konferenz eine Rolle. 17 der 50 führenden transnationalen Rüstungskonzerne kommen aus Europa. Für die Bundeswehr allein rechnet man für die nächsten zehn Jahre mit einem Zusatzbedarf von 70 Milliarden Euro für die Umrüstung der Streitkräfte. Die rund eine Milliarden Euro schwere Waffenausfuhr pro Jahr gehe keineswegs nur in EU-Staaten, sondern zum erheblichen Teil in »Drittländer« (häufig in Spannungsgebieten), so Haydt.

Zeitweise verlief die Konferenz in stiller Arbeitsamkeit. Es steht jedoch zu befürchten, dass dies die Bevölkerung weder erreicht noch beeindruckt und die zum Wochenende eintreffenden »Kriegstreiber« des offiziellen NATO-Treffens erst recht nicht. Um das öffentliche Bewusstsein mochte man sich denn auch wenig Gedanken machen.

Zunächst hat man seit gestern auch auf der Straße die Initiative übernommen. Auf zentralen Plätzen der Stadt kamen mehrere tausend Demonstranten zusammen.

„Warum wird der Islam zum Feind gemacht?“

Die Friedenskonferenz diskutiert die Situation in Iran und fordert einen atomwaffenfreien Nahen Osten

52
6.2.06

Von Angela Köckritz

An der Wand die Friedenstauben, auf den Stühlen die Gäste. 250 Menschen, ein paar Junge und mehr Ältere, Sakkos und Schlapperpullis, Eleganz und Wohlgefühlens. Die Trägergemeinschaft Friedenskonferenz lädt zur Podiumsdiskussion ins DGB-Haus, das Thema lautet: „Wie ist der Krieg gegen Iran abwendbar?“ Auf dem Podium sitzen Mohssen Massarrat, in Teheran geboren, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Osnabrück, Katajun Amirpur, Lehrbeauftragte für Islamwissenschaft an der FU Berlin und Andreas Zumach, Korrespondent der taz in Genf.

Amirpur referiert über gesellschaftliche und politische Strömungen im Iran. Ihre These: „Ein Angriff auf Iran würde

das Regime des Präsidenten Achmadine-schad stärken.“ Massarat erläutert die sicherheitspolitischen Erwägungen Irans und die Strategie der USA. Iran fühle sich durch Israel und die USA bedroht, die das Land durch Besatzungstruppen im Irak und Afghanistan einkreisen. Die USA selbst hätten Iran zu einer regionalen Mittelmacht erhoben, indem sie die Taliban und das Regime Husseins stützten. „Nun versuchen sie, die Fehler auszubessern und Iran militärisch zu schwächen.“ Problematisch für die Führung Irans sei der Wunsch der USA „die atomare Vormachtstellung Israels auf jeden Fall aufrechtzuerhalten.“

Massarat fordert eine friedliche, „regionale Gesamtlösung“ des Konfliktes mit dem Ziel eines atomwaffenfreien Mittleren Ostens und wendet sich mit einem

entsprechenden Appell an UN-Generalsekretär Kofi Annan. Journalist Zumach sieht allerdings ein großes Problem darin, dass die Stimmungslage heute eine andere sei als vor dem Irakkrieg. „Dahins gab es bei den politischen Eliten Dissens über das Bedrohungsszenario, heute geht kein Blatt Papier dazwischen.“ Auch in der Bevölkerung gebe es wenig Protest gegen einen Angriff auf Iran: „Es herrscht eine antiamerikanische Stimmung in diesem Land.“

Nach den Vorträgen wird im Saal angeregt diskutiert. Draußen sitzt Leo Sauer, ein Veteran der Friedensbewegung. Seit dreißig Jahren ist er dabei, hat die Aufregung und Abs miterlebt. „Momentan ist wieder großes Interesse da. Die Rezension zwingt die Leute dazu, politisch zu werden.“ Schade nur, „dass so wenig junge

Leute kommen“, dabei würde Sauer doch so gerne seine Erfahrungen weitergeben. „Die sollen nicht das Rad neu erfinden müssen.“ Jung sind Laura und Pamela Ruprecht, und auch sie wundert, „dass nicht mehr in unserem Alter da wären“, sagt Laura. „Dabei ist es doch wichtig, mal die Position der Leute aus Iran zu erfahren und nicht immer nur die westlichen Journalisten.“

Das wichtigste sei, keine Angst voreinander zu haben, meint Besucherin Brigitte Gentz. Sie ist mit dem Iraner Javad Davodyfar verheiratet, er ist Moslem, sie konfessionslos, „das ist ganz normal und menschlich“, meint Davodyfar. „Warum wird der Islam zum Feind gemacht“, fragt Gentz: „Braucht der Mensch Feindbilder – oder braucht sie die Rüstungsindustrie?“

Politik bewegt sich doch – wenn auch langsam. Ein Jahr, nachdem der damalige Kanzler Gerhard Schröder die Sicherheitspolitiker zur kritischen Nachschau über die Strukturen der Nato aufgefordert hatte, beginnt nun eine Diskussion über die Zukunft der Nato. So steht es zumindest auf den Sprechzetteln und in den Redemanuskripten der Dutzenden Minister und Sicherheitspolitiker, die am Freitagabend zum Auftakt der 42. Sicherheitskonferenz nach München gekommen sind.

Ob es allerdings am Wochenende zu dieser Generalrevision kommt, ist ungewiss. Denn die sicherheitspolitische Agenda dieser Tage ist gedrängt, Iran und der Atomstreit überlagern die Diskussion, Organisationen wie die Nato können sich den Luxus kaum leisten, in Ruhe über ihre Politik der nächsten Jahre nachzudenken.

Was die Demonstranten in München als „Nato-Kriegskonferenz“ verhöhnen, ist in Wahrheit längst zum globa-

Basar der Probleme

Volles Programm auf der Münchner Sicherheitskonferenz

den Basar für den sicherheitspolitischen Meinungsaustausch und zur dreitägigen vertrauensbildenden Maßnahme gerade mit Ländern außerhalb des transatlantischen Bündnisses geworden. Mit der Nato hat das wenig zu tun.

Mit besonderem Interesse werden die Schritte einer iranischen Delegation beobachtet, die sich in München angesagt hat. Zunehmend gesuchte Gesprächspartner sind außerdem die chinesischen Experten, deren Einbindung in ein pazifisches Sicherheits-Geflecht erhitzt diskutiert wird. Die Hotel-Salons sind für vertrauliche Gespräche ausgebuht, das Bedürfnis nach Nähe zu den wirklich Mächtigen ist immens. Vor allem die kleinen Staaten Mittel- und Osteuropas und des Balkans schicken häufig

gleich mehrere Minister, die den günstigen Moment nutzen und sich Gesprächszeit mit US-Senatoren oder den Politikern der großen europäischen Staaten sichern wollen.

Maßgeblich bestimmen wird die Diskussion das viel bestaunte außenpolitische Wunderkind, Bundeskanzlerin Angela Merkel. Ihr beklatschter Eröffnungsvortrag durch Europa, die USA und Russland wird in München mit einer sicherheitspolitischen Rede beendigt. Gerade die amerikanischen Gäste erhoffen sich von ihr frische Impulse für Europa und auch für die Nato. Zwischen der EU und der nordatlantischen Allianz hakt es in diesen Tagen mehr denn je, nach wie vor fehlt zwischen Washington und Brüssel ein systemati-

4-5-2-06

scher Austausch über die wirklich großen sicherheitspolitischen Fragen dieser Zeit: der Kampf um Rohstoffe, Migrations-Probleme oder eben die Ambitionen Chinas.

Die Sicherheitskonferenz geht das Themenbündel schön geordnet an: Erst Deutschland und Merkel, dann das gespannte Verhältnis Europas zu den USA, über das Verteidigungsminister Donald Rumsfeld reden wird – spitze Worte von ihm haben bereits Tradition. Schließlich die Nato, deren Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer sich an das Thema „globale Sicherheitsarchitektur“ herantastet wird. Will heißen: ja zu Partnerschaften mit Staaten außerhalb des euro-atlantischen Verbundes, nein zu Mitgliedschaften mit einer wechselseitigen Beistandspflicht. Am Ende der Konferenz bleibt dann noch Zeit für das vielleicht brisanteste Thema: Iran und vor allem die Rolle Russlands bei der Zählung der nuklearen Ambitionen. (München) *Stefan Kornelius*



Schlagabtausch: War Irans Außenminister Abbas Araghchi (l.) wirklich „500 klein mit Hut“ nach Angela Merkels harter Kritik am Antisemitismus von Präsident Ahmadinedschad? FOTOS: AP

Schulterschluss gegen Iran

Auf der Münchner Sicherheitskonferenz verdrängte die gemeinsame Front gegen Irans Atomprogramm andere Konflikte

AUS MÜNCHEN BETTINA GAUS

Offiziell stand das Thema Iran gar nicht auf der Tagesordnung der Münchner Sicherheitskonferenz, zu der rund 300 Teilnehmer aus aller Welt – unter ihnen etwa 40 Außen- und Verteidigungsminister – am Wochenende angereist waren. Die Zukunft der Nato, die transatlantischen Beziehungen und die Rolle von Russland waren Themen von Diskussionsforen. In ruhigen Zeiten hätten die unterschiedlichen Positionen genug Stoff für kritische Analysen über neue (und alte) Konflikte hergegeben. Aber die Zeiten sind nicht ruhig. Und deshalb wurde aufmerksamer als sonst jedem Zwischenwort nachgelauscht, auf jeden Halbsatz geachtet, in dem es eben doch um den Iran ging. Wird es Krieg geben?

Niemand wollte das, versicherten alle – möglicherweise – Beteiligten, an den Mikrofonen ebenso wie in der Kaffee-

ANGELA MERKEL ZUM IRAN:

Wer den Holocaust leugnet, kann dabei von uns keine Toleranz erwarten

pause. Bislang seien ja noch gar keine konkreten Sanktionen angedroht worden. Die Befassung des Welt Sicherheitsrats mit dem iranischen Atomprogramm sei keine Provokation. Die militärische „Option“ sei nur die allerletzte Möglichkeit. Als das müsse sie jedoch auch klar benannt werden. Sonst fehle der Druck. Aber, wie gesagt, niemand wolle das.

Wann wird aus einer latenten Bedrohung eine akute Gefahr? Vielleicht dann, wenn Konfliktparteien nicht einmal mehr eine gemeinsame Sprache finden können. Einen scharfen Schlagabtausch lieferte sich Angela Merkel mit dem iranischen Vizeaußenminister Abbas Araghchi. Der beteuerte, niemals habe sein Land den Besitz von Nuklearwaffen angestrebt. Er verstehe nicht, weshalb Laborforschung zu zivilen Zwecken als Bedrohung verstanden werde. Die Bundeskanzlerin kontierte mit dem Hinweis darauf, dass Araghchi kein Wort zu den antisemitischen Ausfällen seines Präsidenten gesagt habe. Schon in ihrer Rede hatte sie erklärt: „Ein Präsident, der das Existenzrecht von Israel in Frage stellt, ein Präsident, der die Existenz des Holocaust leugnet, kann nicht erwarten, dass Deutschland in dieser Frage auch nur die geringste Toleranz zeigt. Wir haben aus unserer Geschichte gelernt.“

Die klaren Worte kamen auf der Konferenz gut an. „Der Iraner wagte kein Widerwort mehr“, hieß es in einer Agenturmeldung. „500 klein mit Hut“ sei er ge-

MUND AUF, AUGEN ZU?

„Eine Politikerin sollte nicht die Augen schließen und dann einfach den Mund aufmachen, sondern erst die Augen und dann langsam den Mund.“

Irans Außenamtssprecher Hamid-Resa Assefi zu den Äußerungen von Angela Merkel

wesen, meinte eine Beobachterin. Das mag so sein. Vielleicht war er auch nur ratlos. Oder wütend. Auffallend war jedenfalls, dass ein Dilemma von den meisten gar nicht als solches empfunden wurde: dass nämlich einerseits gerade Deutschland tatsächlich allen Anlass hat, antisemitische Äußerungen nicht einfach stehen zu lassen – dass aber andererseits es bislang nicht als diplomatische Meisterleistung galt, einen Gesprächspartner öffentlich zu brüskieren.

Ohnehin verlief die Veranstaltung in München erstaunlich widerspruchsfrei. Zumindest in öffentlichen Statements herrschte völlige Übereinstimmung: Die Nato-Partner glauben dem Iran nicht, dass sein Nuklearprogramm ausschließlich zivilen Zwecken dient. Sollte das anders sein, könne Teheran ja das russische Angebot annehmen, die Urananreicherung auf seinem Territorium zu übernehmen. Wenn die iranische Regierung das ablehnt, dann müsse sie eben mit den Konsequenzen leben. Eine Atombombe dürfe jedenfalls nicht in die Hände des Iran geraten, erklärte US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, denn dieser sei „führender staatlicher Sponsor des Terrorismus“. Wenn die westliche Führungsmacht das erst einmal über ein Land sagt, dann hat dessen Regierung im Allgemeinen Grund zur Sorge.

Die Frage, was die iranische Führung trotz des damit verbundenen Risikos denn eigentlich zu ihrem Kurs veranlasst, spielte im abgeriegelten Tagungshotel „Bayerischer Hof“ nicht die geringste Rolle. Damit setzte sich ein paar hundert Meter entfernt andere auseinander: die Teilnehmer der Friedenskonferenz, die von verschiedenen Organisationen als Gegenveranstaltung zur Sicherheitskonferenz geplant worden war.

„Kein Krieg gegen Iran – für eine Welt ohne ABC-Waffen“, lautete das Thema einer Podiumsdiskussion im DGB-Haus, zu der rund 200 Zuhörer gekommen waren. Auch dort glaubte kaum jemand daran, dass der Iran mit seinem Nuklearprogramm allein friedliche Ziele ver-

folge. Ein militärischer Angriff auf das Land, so die einhellige Überzeugung, könne die Situation jedoch nur verschlimmern. Das würde nur dem Präsidenten nutzen, warnte die Islamwissenschaftlerin Katajun Amirpur. „Sobald Einmischung von außen droht, scharf sich dieses Volk hinter seinem Herrscherhaus zusammen.“ Deshalb hielten auch viele Iraner das russische Angebot für nicht akzeptabel. „Sie fragen: Warum sollten wir uns abhängig machen von einer ausländischen Macht?“

Der Sozialwissenschaftler Mohssen Massarrat, selbst ein gebürtiger Iraner, wies darauf hin, dass das Land „aus Sicht der Militärs“ tatsächlich ein Sicherheitsproblem habe: „Eine Mittelmacht fühlt sich eingekreist.“ Andreas Zumach, taz-Korrespondent bei der UNO, nannte eine atomare Bewaffnung Irans „eine fatale Entwicklung in jeder Hinsicht“. Die jedoch nicht mit einem Krieg verhindert werden könne, sondern nur mit mi-

DONALD RUMSFELD:

Iran ist ein führender staatlicher Sponsor des Terrorismus

litärischen Sicherheitsgarantien, einer regionalen Gesamtlösung – und mit Druck auf Israel, seinerseits abzurüsten und eine weniger aggressive Politik zu verfolgen. „Nichts gefährdet die Existenz Israels mittel- und langfristig mehr als diese Politik.“

Auch in den Reihen der Nato mag es einige Politiker geben, die diese Einschätzung teilen. Aber öffentlich äußern würden sie das wohl kaum – und ganz bestimmt nicht jetzt, wo der demonstrative Schulterschluss das Gebot der Stunde ist. Nicht einmal die französische Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie konnte mit einer Erklärung, die nicht mit anderen Nato-Partnern abgesprochen war, die harmonische Stimmung trüben – und das, obwohl sie sich kriegerisch genug gab: Ja, ihr Land sei fähig und willens, mit Atomwaffen gezielt gegen „Entscheidungszentren“ in Staaten vorzugehen, von denen es sich terroristisch bedroht fühle.

Gemessen daran nimmt sich ein kleiner Streit ums Geld harmlos aus. Angela Merkel zeigte zwar freundliches Verständnis für den Wunsch von US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld nach einer Erhöhung des Wehretats, musste aber – leider, leider – auch sagen, dass solche Erwartungen „an einigen Stellen vielleicht nicht“ erfüllt werden können. Heißt im Klartext: Mehr Geld für die Bundeswehr wird es nicht geben.

Auch die Debatte über die Zukunft

der Nato sorgte nicht für Missstimmung, obwohl die Meinungsverschiedenheiten unüberhörbar waren. Eine stärkere politische Rolle soll das Bündnis übernehmen, wenn es nach der deutschen Bundesregierung geht. US-Verteidigungsminister Rumsfeld und Nato-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer warben für engere militärische Partnerschaften rund um den Globus, auch mit Ländern wie Japan oder Australien. Sehr zum Missfallen der französischen Regierung, die meint, die Nato dürfe sich nicht verzetteln.

Angela Merkel schlug vor, die strategischen Grundlagen des Bündnisses doch in zwei oder drei Jahren noch einmal grundsätzlich zu überprüfen. Eine gute Idee, fanden die meisten. Denn in bewegten Zeiten werden interne Konflikte gerne erst einmal vertagt.

RUSSLAND-DEBATTE

Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) hat Russland im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und wegen seiner Rolle in der Energiewirtschaft als unverzichtbaren Partner bezeichnet. Allerdings mahnte er am Sonntag bei der Münchner Sicherheitskonferenz, bei der Bekämpfung des Terrorismus müssten rechtsstaatliche und völkerrechtliche Regeln beachtet werden. „Das gilt auch für Tschetschenien.“

Russlands Verteidigungsminister Sergej Iwanow bedauerte, dass es nach wie vor keine gemeinsame Definition des Terrorismus gebe. „Angriffe auf Soldaten der Koalitionstruppen in Irak werden als Terrorismus bezeichnet, während die gleichen Angriffe in Russland als Ausdruck des Freiheitskampfes des tschetschenischen Volkes dargestellt werden“, sagte er.

Der stellvertretende US-Außenminister Robert Zoellick und mehrere US-Senatoren warfen Russland Druck auf Nachbarn wie die Ukraine, die baltischen Staaten und Polen vor. Sie kritisierten auch das Vorgehen gegen Nichtregierungsorganisationen in Russland und Rückschritte beim Aufbau eines demokratischen Rechtsstaats.

DPA, AP



Internationaler Versöhnungsbund

Seit 1914 gewaltfrei aktiv
gegen Unrecht und Krieg

Dem 1914 gegründeten Internationalen Versöhnungsbund gehören rund 100 000 Menschen in 40 Staaten der Erde an. Ihnen gemeinsam ist die Vision einer Welt, in der Menschen geschwisterlich miteinander leben und Konflikte gewaltfrei gelöst werden. Der Verband hat Beraterstatus bei den Vereinten Nationen. Der Sitz des Deutschen Zweiges des Internationalen Versöhnungsbundes ist in Minden.

Kontakt:

Internationaler Versöhnungsbund - Deutscher Zweig e.V.
Schwarzer Weg 8
32423 Minden
Tel. 0571 - 850875
Fax 0571 - 8292387
www.versoehnungsbund.de
vb@versoehnungsbund.de

Netzwerk Friedenssteuer, Region Bayern

Das Netzwerk umfasst interessierte Personen aus der ganzen Bundesrepublik, die sich für ein Zivilsteuergesetz einsetzen, das den Menschen die demokratische Wahlmöglichkeit gibt, dass ihre Steuern ausschließlich für zivile Zwecke verwendet werden. Einige dieser Personen verweigern Militärsteuern aus Gewissensgründen. Allen ist der Grundrechtsaspekt und der demokratische Wert eines Zivilsteuergesetzes wichtig.

Spenden: Netzwerk Friedenssteuer e.V. (gemeinnützig),
GLS-Gemeinschaftsbank, Kto. Nr. 700 160 160 0, BLZ 430 609 67

www.netzwerk-friedenssteuer.de



Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Landesverband Bayern

Die DFG-VK ist ein deutscher Zweig der Internationale der Kriegsdienstgegner (War resisters International, WRI, gegründet 1921, u.a. von Albert Einstein). Die Grundsatzklärung der Internationale der Kriegsdienstgegner lautet:

„Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuwirken.“

Kontakt:

Schwanthalerstr. 133
80339 München
Tel. 089 - 62 34 46
www.dfg-vk.de/muenchen
www.dfg-vk.de
www.wri-irg.org
www.schritte-zur-abruestung.de
muenchen@dfg-vk.de



Helmut-Michael-Vogel Bildungswerk

Das Helmut-Michael-Vogel- Bildungswerk ist der gemeinnützige Verein zur Förderung der Friedensarbeit der DFG-VK Bayern, c/o DFG-VK.

www.h-m-v-bildungswerk.de

Wir bitten um Spenden: H-M-V- Bildungswerk, Postbank Nürnberg, BLZ 760 100 85, Konto No 33 60 68 851 (absetzbar)



BILDUNGSWERK E.V.

Helmut-Michael-Vogel-
Verein zur Förderung
der FRIEDENSARBEIT
der DFG VK Bayern

Pax Christi

Als internationale katholische Friedensbewegung benennt Pax Christi Missstände in Politik und Gesellschaft und bezieht klare Positionen, wo Menschenrechte verletzt und Konflikte mit Gewalt ausgetragen werden.

Kontakt:

Landwehrstr. 44
80336 München
Tel. und Fax: 089 - 54 38 515
www.paxchristi.de
www.erzbistum-muenchen.de/paxchristi
paxchristi.muenchen@t-online.de
Spendenkonto: 887 36 - 801
bei der Postbank München, BLZ 700 100 80



Friedensinitiative Christen in der Region München e.V.

Ziel der Friedensinitiative ist die Förderung und Unterstützung der ökumenischen Arbeit für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung

Kontakt:

c/o Inge Ammon
Jägerstr. 24
82256 Fürstenfeldbruck
inge@ammon-ffb.de
Spendenkonto 3728 83 - 806, bei der
Postbank München, BLZ 700 100 80



NaturwissenschaftlerInnen – Initiative für Friedens- und Zukunftsfähigkeit

Wir sind nicht nur verantwortlich für das was wir tun, sondern auch für das, was wir widerspruchslos hinnehmen. Was uns bewegt, ist die Verantwortung für Frieden und Abrüstung, das Ökosystem Erde, die Folgen unseres eigenen Tuns. Wir wollen das mit Fachwissen und unserem persönlichen Engagement zur Wahrung des Friedens für ethisch verantwortlichen Umgang in Wissenschaft und Technik und ihre Folgen bewirken. Unsere Mitgliederzeitung heißt „Wissenschaft & Frieden“

Kontakt:

NaturwissenschaftlerInnen Initiative
Stralauer Platz 34
10243 Berlin
Tel: 030 - 31996686
Fax 030 - 31996689
www.natwiss.de
Bankverbindung für Spenden: NaturwissenschaftlerInnen-Initiative
Kto Nr. 393408-504, Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50



Kreisjugendring München-Stadt

Der Kreisjugendring München-Stadt (KJR) ist die Arbeitsgemeinschaft der rund 60 Münchner Jugendverbände und -gemeinschaften, sowie Träger von fast 50 städtischen Freizeitstätten. Ziel und Grundlage seines Handelns sind Toleranz, Friede, soziale Gerechtigkeit, Völkerverständigung und demokratische Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen.

Kontakt:

Kreisjugendring München Stadt
Postfach 151 223
80047 München
Tel. 089 / 514106-10
www.kjr-m.de

